

# ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN UND SOZIALISTEN IN DEUTSCHLAND

## Dank für die Befreiung!

Etwas Außergewöhnliches ist eingetreten: Während es Menschen unseres Schlages normalerweise kalt läßt, zu welchen Takt- und Geschmacklosigkeiten unsere politischen, ideologischen und sozialen Gegner greifen, sehe ich mich zu einem Geständnis veranlaßt. Ich schäme mich für die billigen Ausflüchte einer Bundeskanzlerin, deren steile Karriere nicht nur durch ihre vorzügliche akademische Ausbildung in der DDR, sondern überdies auch durch ein qualifiziertes Zusatzstudium an einer sowjetischen Hochschule zumindest erleichtert

Hitlerfaschismus zu tiefem Dank verpflichtet fühlen. Diese Zeilen entstehen in der „RotFuchs“-Redaktion, die ihre Zelte bekanntlich nur wenige hundert Meter vom Deutsch-Russischen Museum in Berlin-Karlshorst aufgeschlagen hat. Dort – in der damaligen Heerespionierschule der faschistischen Wehrmacht – nahm der sowjetische Marschall Shukow im Beisein hochrangiger Vertreter der westlichen Alliierten am 8. Mai 1945 die bedingungslose Kapitulation Nazi-Deutschlands entgegen.



**Alle Mitstreiterinnen und Mitstreiter, Freunde und Genossen grüßen wir mit einer neuen Version der Nelken-Grafik Cornelia Noacks zum 1. Mai – dem Kampf- und Feiertag der internationalen Arbeiterklasse.**

wurde. Vor einiger Zeit schilderte ein alter Freund – Johannes Chemnitzer, der zu Zeiten der DDR die SED im Bezirk Neubrandenburg leitete – den Lesern des RF, wie er die sprachbegabte Angela Merkel zu ihrem Sieg bei der DDR-weiten Russisch-Olympiade beglückwünschen konnte. Da ist die Entscheidung von Kohls einstigem „Mädchen“, die Moskauer Einladung zu den Feierlichkeiten aus Anlaß des 70. Jahrestages des Sieges der Roten Armee am 9. Mai auszusprechen, ein Akt moralischer Selbstverneinung. Auch die Flucht in ein zu nichts verpflichtendes Ausweichmanöver für den Tag darauf ändert an Merckels Boykott überhaupt nichts. Ihre Entscheidung mag unter dem Druck fanatischer Putin-Hasser und deutlich noch weiter rechts stehender Mitglieder ihres Kabinetts zustande gekommen sein. Doch wie auch immer: Das „Njet“ der Kanzlerin ist ein Schlag ins Gesicht all jener Deutschen, die sich „den Russen“ für die mit Millionen und aber Millionen Opfern verbundene Befreiung vom

Historischer Boden zwingt in besonderem Maße zu geschichtlicher Exaktheit, wobei wir die militärischen Aspekte des Geschehens vor allem den in dieser Ausgabe des RF zu Wort kommenden Generälen der Sowjetarmee und der NVA überlassen wollen. Nur soviel sei gesagt: Wir vertreten eine fundamental andere Auffassung als Obama und Cameron. Diese bezeichneten die am 6. Juni 1944 in der Normandie nach jahrelanger Verzögerung an Land gesetzten westalliierten Truppen als „größte Befreiungskraft, welche die Welt jemals gekannt hat“. In uneingeschränkter Würdigung des Beitrags der Befreier aus allen Staaten der Antihitlerkoalition und der französischen Résistance stimmen wir mit dem renommierten kanadischen Internet-Journal „Global Research“ überein: „Die Rote Armee hat den Krieg mit Deutschland gewonnen.“ Zum Zeitpunkt der Invasion an Frankreichs Küste lagen hinter den Kämpfern mit dem

Fortsetzung auf Seite 2



### INHALT

	Seite
Hitlers Stern ging im Osten unter	3
Bericht des Buchenwald-Häftlings Emil Carlebach: Als kriegsgefangene Rotarmisten ins Lager kamen	4
Wie sich die Häftlinge selbst befreiten	5
Der Schwur von Buchenwald	5
Juri Lewitan: Goworit Moskwa	6
Die Leningrader schrieben Geschichte	7
Vom Zarengeneral zum Stabschef der Roten Armee: M. D. Bontsch-Brujewitsch	7
Ein Teller Haferflockensuppe und seine Folgen	8
Warum wurde das Volkseigentum nicht verteidigt?	9
Als Volkspolizisten ein Kreiskrankenhaus erbauten	9
Hermann Weber verpiff seine Genossen	10
Maxime der DDR-Schmäher: Haltet den Dieb!	11
Kraftzuwachs nach Hilferuf	11
Mehr als 40 Jahre Mitglied der NDPD	12
Warum ich als Taxifahrer gekündigt habe	13
Ist die Rentenangleichung bis 2019 eine Farce?	14
Das Land, wo Milch und Honig fließen ...	14
Ein Kuckucksei der Reichen	15
Das Teufelchen, das in der Ecke lauert	16
Ein junger Philosoph zu zwei alten Begriffen	16
Kampf der Linien in der KP Chinas	16
■ Facetten einer Erinnerungsschlacht	RF-Extra I
■ Bilanz eines Divisionskommandeurs	RF-Extra III
KP Japans – Paukenschlag auf Okinawa	17
Die Würger der Griechen	18
Antiimperialistische Solidarität – ein Eckpfeiler unseres Denkens und Handelns	19
Portugals CGTP attackiert „Programm der Aggression“	20
Armutswelle überrollt Spanien	20
Hans Modrow und Volker Hermsdorf über Kuba	21
Als mich die DDR nach Guinea schickte (Teil 1)	22
Würdigung zweier Linker bei „Charlie Hebdo“	23
Unvergessene antifaschistische Athleten	24
Klassenkampf mit elektronischen Waffen	25
Das „Archiv des Todes“ lebt	26
Compañera Christa: Brief an meinen Vater (Teil 1)	27
Gisela Steineckert: Hand aufs Herz	28
Leserbriefe	29
Grafik des Monats	32



Für mich Neunjährige war es ein wunderbares Glücksgefühl, Flugzeuge am Himmel zu sehen, die keine Bomben mehr abwerfen würden nach den vielen Tagen voller Angst in den Kellern ...  
Gertrud Zucker

roten Stern bereits nahezu drei schwere und verlustreiche Kriegsjahre. Am 22. Juni 1941 waren die Faschisten mit drei Millionen Soldaten, 7500 Artilleriegeschützen, 3000 Panzern und 2500 Flugzeugen über die UdSSR hergefallen. Obwohl sie bereits bei dem Versuch, Moskau im Frontalstoß einzunehmen, das Schicksal Napoleons ereilt hatte, brachte erst die Stalingrader Schlacht vom 23. August 1942 bis zum 2. Februar 1943 die kriegsentscheidende Wende.

Als die Westalliierten, die sich zuvor auf die massive Bombardierung deutscher Großstädte beschränkt hatten, schließlich in der Normandie landeten, befanden sich die kampfstärksten Verbände der dezimierten faschistischen Wehrmacht fast ausnahmslos an der „Ostfront“. Damit soll der Beitrag der Angehörigen westalliierten Armeen, die ihr Blut im Kampf gegen Nazi-Deutschland vergossen, in keiner Weise geschmälert werden. Doch es gab – aus marxistischer Sicht

– einen fundamentalen Unterschied: Während alle beteiligten Armeen als Befreier vom Faschismus zu würdigen sind, öffnete allein die Rote Armee der Sowjetunion den Völkern der durch sie befreiten Territorien, also auch den Menschen in Ostdeutschland, zugleich die Tore zu ihrer sozialen Befreiung vom Kapitalismus. Damit wurden die antifaschistisch-demokratischen und sozialistisch-kommunistischen Kräfte der sowjetischen Besatzungszone in die Lage versetzt, mehr als vier Jahrzehnte in einem Drittel Deutschlands ein ausbeutungsfreies Gesellschaftssystem aufzubauen. Für diese doppelte Befreiungstat gebührt den Rotarmisten unser besonderer Dank. Richard von Weizsäcker, der im Unterschied zu eher kleinkalibrigen Amtsträgern der BRD ein bedeutender bürgerlicher Staatsmann war, hat den 8. Mai in seiner historischen Rede 1985 als Tag der Befreiung bezeichnet. Jetzt versuchen all jene, welche einst über ihn herfielen, Weizäckers Rede für sich

zu vereinnahmen. Der Versuch, sich in den „Mantel der Geschichte“ zu hüllen, wirkt nicht weniger kläglich als Merkels Zurückweisung der Moskauer Einladung.

Vor 70 Jahren erlöste uns die Rote Armee der Russen und ihrer Brudervölker von Deutschlands Verderbern. Heute sehen wir uns einer Situation gegenüber, die einmal mehr von der Kriegsdrohung rabiater Kreise der NATO gegen Rußland überschattet wird. Da gilt es, die Befreier von 1945 gegen die alten und neuen Russen-Hasser zu verteidigen.

Unser solidarischer Gruß kommt aus jener Karlshorster Straße, die zu DDR-Zeiten den Namen Fritz Schmenkels trug. Er war ein deutscher Kommunist, der in den Reihen sowjetischer Partisanen auf belo-



Am 6. Oktober 1944 wurde Fritz Schmenkel postum mit dem Orden „Held der Sowjetunion“ ausgezeichnet.

russischem Boden kämpfte. Die Hitler okkupanten haben ihn in Minsk ermordet. Natürlich wurde auch unsere Straße nach dem Anschluß der DDR an die BRD umbenannt. Doch das Vermächtnis des einstigen Namensgebers lebt wie die Erinnerung an die Großtat der Befreier in uns fort.

Klaus Steiniger



In Torgau an der Elbe kam es im April 1945 zur legendären Begegnung sowjetischer und amerikanischer Soldaten.

## Der heilige Krieg

(Auszug)

Steh auf, steh auf, du Riesenland!  
Heraus zur großen Schlacht!  
Den Nazihorden Widerstand!  
Tod der Faschistenmacht!

Es breche über sie der Zorn  
wie finstre Flut herein.  
Das soll der Krieg des Volkes,  
der Krieg der Menschheit sein.

Den Würgern bieten wir die Stirn,  
Den Mördern der Ideen.  
Die Peiniger und Plünderer,  
Sie müssen untergehen.

Text: Wassili Lebedew-Kumatsch

Musik: Alexander Alexandrow

Deutsche Fassung: Stephan Hermlin



## Der Sieg der Roten Armee war eine welthistorische Tat Hitlers Stern ging im Osten unter

Im Mai begehen wir den 70. Jahrestag des Sieges der Sowjetarmee im Großen Vaterländischen Krieg. Er brachte uns die Befreiung vom Faschismus. In einer Zeit der Verleumdung und Verketzerung des russischen Volkes durch die gleichen Kräfte, welche die Schuld an den Kriegen der Vergangenheit trugen, sowie der Beleidigung und Herabsetzung seines Präsidenten danken wir der Sowjetarmee und allen Völkern der UdSSR für ihre weltgeschichtliche Tat.

Die Maitage dieses Jahres sind zugleich Gedenktage, die an den Sieg der gesamten Antihitlerkoalition über den deutschen Faschismus erinnern. Deshalb werden sie auch eine Würdigung aller sein, die an seiner Zerschlagung beteiligt waren. Bei uneingeschränkter Anerkennung des Beitrags der westlichen Alliierten zur militärischen Vernichtung der Armeen Hitlers im 2. Weltkrieg bleibt es eine unumstößliche Tatsache, daß die Sowjetunion dabei die Hauptlast trug. Sie hat die meisten Opfer gebracht – 27 Millionen Tote. 1700 Städte und 70 000 Dörfer, insgesamt 6 Millionen Gebäude, fielen der Vernichtung durch die deutschen Aggressoren zum Opfer. Wer das unterschlägt oder leugnet, verfälscht bewußt die Geschichte. Es waren die Rote Armee und Hunderttausende Partisanen, die aufopferungsvollen Leistungen von Millionen Sowjetbürgern und das anspornende Beispiel sowjetischer Kommunisten an der Front wie im Hinterland, die den Sieg über den Faschismus ermöglichten. In 1418 Tagen wurden die faschistischen Truppen – zunächst in erbitterten Abwehrkämpfen, ab 1942 dann in gewaltigen Offensivschlachten – niedergedrückt. Das ganze Land – von Brest bis Wladiwostok – blutete aus tausend Wunden und trauerte um die Opfer.

Übermenschliches an Mut und Standhaftigkeit sowie der unbändige Glaube an den Sieg prägten den Überlebenswillen des sowjetischen Volkes zwischen 1941 und dem Frühjahr 1945. Am 9. Mai aber wehte die rote Fahne der Sieger auf dem Berliner Reichstag. Der Sieg der Sowjetarmee war eine welthistorische Befreiungstat.

Schon in der Schlacht zur Verteidigung Moskaus im Winter 1941/42 wurde den faschistischen Aggressoren eine den weiteren Kriegsverlauf bestimmende Niederlage zugefügt. An der legendären Stalingrader Schlacht im Winter 1942/43, welche die Wende im 2. Weltkrieg einleitete, waren zwei Millionen Rotarmisten, 4000 Panzer und 26 000

Artilleriegeschütze beteiligt. Unvergessen ist auch die Schlacht im Kursker Bogen vom Sommer 1943 – die größte Panzerschlacht des 2. Weltkriegs.

Ein besonderes Kapitel des Heldenmuts und



Plakat von W. Serow (1941):  
Unsere Sache ist gerecht – wir werden siegen

des opferreichen Kampfes schrieb die Bevölkerung Leningrads. Fast zweieinhalb Jahre widerstanden die Einwohner der Heldenstadt und die sie schützenden Soldaten dem Druck der Faschisten. Mehr als eine Million Leningrader kamen ums Leben, verhungerten oder erfroren.

Eine gigantische Leistung war die Verlagerung der wichtigsten Industriebetriebe aus westlichen Teilen der Sowjetunion hinter den Ural bis in die Tiefen Sibiriens, um sie dem Zugriff der Faschisten zu entziehen. Dadurch war es möglich, die Streitkräfte mit dem erforderlichen Kriegsmaterial, neuen Waffen und moderner Kampftechnik zu versorgen. Dazu zählten der robuste mittlere Panzer T-34 und der als Stalinorgel bekannt gewordene Geschosswerfer „Katjuscha“ sowie weiterentwickelte Typen von Granatwerfern, Geschützen, Jagd- und Bombenflugzeugen, Kriegsschiffen und automatischen Handfeuerwaffen.

Drei Viertel der militärischen Kräfte Nazi-Deutschlands wurden durch die Rote Armee zerschlagen. Seine kampffähigsten und stärksten Truppen, einschließlich ihrer Eliteverbände und Verbündeten, gingen im Osten unter. Sie waren nach Anfangserfolgen den Schlägen der sowjetischen Streitkräfte nicht gewachsen. Deren Überlegenheit wurde im Verlauf des Krieges immer augenscheinlicher. In diesen Tagen wird in der früheren UdSSR vielerorts auch der legendären Heerführer

gedacht, die entscheidenden Anteil an diesen Erfolgen der Sowjetarmee hatten. Man erinnert an die Marschälle, Generale und Offiziere, aber auch an die Millionen Soldaten, die heldenhaft ihr Land verteidigten. Die Heerführer haben mit Klugheit, militärischer Erfahrung und Können, gestützt auf den Willen von Millionen Kämpfern an der Front, den Kriegsverlauf entscheidend beeinflusst. Während des Studiums an sowjetischen Militärakademien konnten wir uns mit ihren Erkenntnissen und Erfahrungen gründlich vertraut machen.

Der Tag des Sieges wird 2015 im Zeichen des russischen Patriotismus begangen. Das Volk rückt angesichts der Verleumdungen und Schmähungen durch die imperialistischen Kräfte des Westens noch enger zusammen. Es gibt wohl kaum eine russische Familie, die in diesen Tagen nicht ihrer Toten gedenkt. Nie wieder darf sich ein solches Massaker, wie es auf dem Boden der UdSSR begangen wurde, wiederholen! Russische Menschen, denen wir uns in langjähriger Freundschaft verbunden fühlen, ließen uns immer wieder wissen: Wir wollen Frieden mit allen Völkern und dürfen nicht zulassen, daß uns unterschiedliche Kulturen, Weltanschauungen und Lebensauffassungen entzweien.

Wie verlogen sind da Behauptungen westlicher Politiker und Medien, die größte Gefahr für den Frieden gehe derzeit von Rußland aus. US-Präsident Obama verstieg sich sogar zu der empörenden Erklärung, die Welt sei heute vor allem durch Ebola, die Terroristen des IS und Putins Rußland bedroht. Welche Infamie! In ähnlicher Tonart äußerte sich BRD-Präsident Gauck in seiner Rede aus Anlaß des 75. Jahrestages der deutschen Aggression gegen Polen, die er auf der Westernplatte bei Gdąnsk gehalten hat. Dort vernahm man kein Wort der Würdigung des Befreiungsbeitrags der Sowjetarmee, sondern nur neue Drohgebärden gegen Rußland.

Das Fernbleiben der Bundeskanzlerin von den Feierlichkeiten am 9. Mai in Moskau ist eine Mißachtung und Beleidigung der Millionen Opfer, welche die Sowjetunion im 2. Weltkrieg auch für die Befreiung des deutschen Volkes gebracht hat. Wir sehen darin einen neuerlichen Affront gegenüber Rußland und eine weitere Verschärfung des Kalten Krieges. Alle auf deutschem Boden, die Freunde der Sowjetunion waren und auch Rußland verbunden bleiben, werden den 70. Jahrestag der Befreiung würdig begehen. In Berlin-Treptow, auf den Seelower Höhen und an vielen anderen Orten erneuern wir unseren Eid: Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!

**Generalleutnant a. D. Manfred Grätz**  
**Generalleutnant a. D. Manfred Volland**

*Beide hochrangige Militärs der NVA haben zwei sowjetische Militärakademien absolviert und – wie sie uns wissen ließen – fast ein Jahrzehnt die „russische Seele“ kennen- und liebgelernt.*

Am 7. Mai um 17 Uhr spricht **Generalmajor a. D. Heinz Bilan** auf einer Veranstaltung der **RF-Regionalgruppe Suhl** in den Räumen der Volkssolidarität, Rimbachhügel 3, über das Thema

**Der 70. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus und Rußlands aktuelle Militärdoktrin**

## Authentischer Bericht des Buchenwald-Überlebenden Emil Carlebach

# Als Kriegsgefangene ins Lager kamen

Schleppend zog sich das Leben für uns Schutzhäftlinge im Konzentrationslager Buchenwald dahin. Drückender noch waren die Tage geworden seit dem Überfall auf die Sowjetunion.

Da trat im Herbst 1941 plötzlich ein Ereignis ein, das alle aufrüttelte: Die SS ließ einen Teil des Appellplatzes mit Stacheldraht umzäunen, ein „kleines Lager“, wie es in ihrem Sprachgebrauch hieß, ein KZ im KZ errichten. Jeder wußte, was das bedeutete, hatten wir es doch nach Hitlers Einmarsch in Polen schon einmal erlebt oder, noch früher, anlässlich der „Judenaktion“ im November 1938.

„Kleines Lager“, das hieß, neue Häftlinge wurden erwartet, Häftlinge, die vielleicht noch schlimmer gepeinigt werden sollten als wir „Alten“.

Aber was dann kam, war schrecklicher, als wir gefürchtet hatten. Eines Tages wurde das eiserne Lagertor mit der höhnenden Aufschrift „Arbeit macht frei“ weit aufgerissen. Mit Kolbenstößen und Peitschenhieben trieben SS-Leute einen Zug Menschen herein. Menschen? Es war schwer, in diesen zerlumpten, verhungerten, schmutzstarrenden Wesen noch etwas Menschliches zu erkennen. Die satanische Niedertracht der Goebbels und Himmler hatte eine neue Meisterleistung vollbracht. Die da zu uns hereingeprügelt wurden, waren die Übriggebliebenen von zwanzigtausend sowjetischen Kriegsgefangenen aus dem Kessel von Minsk. Im Juni/Juli 1941 waren sie gefangenegenommen worden. Jetzt war es Oktober.

Inzwischen war folgendes mit ihnen geschehen: Die zwanzigtausend hatten den Weg nach Westen zuerst durch Polen, dann durch Ost- und Mitteldeutschland bis nach Hannover und dann wieder südöstlich bis Buchenwald zu Fuß zurücklegen müssen. Sie hatten auf diesem monatelangen Golgathaweg nicht ein einziges Mal warmes Essen bekommen, keinen Augenblick in einem überdachten Raum verweilen dürfen, auch bei Wind und Wetter unter freiem Himmel schlafen müssen. Sie durften sich weder waschen noch rasieren. Und das alles zu dem Zweck, der deutschen Bevölkerung zu demonstrieren: Seht, so sehen die bolschewistischen Untermenschen aus, verkommen, zerlumpt, verdrückt!

Immer weiter hatte sich der Leidenszug über die Landstraßen und durch die Ortschaften geschleppt. Wer nicht mehr mitkonnte, wurde abgeknallt und mit den Leichen der Verhungerten zusammen verscharrt. Unnötig zu sagen, daß die Herren Offiziere der Hitlerwehrmacht kein Wort darüber verloren, wie himmelschreiend hier alle völkerrechtlichen Bestimmungen über die Behandlung von Kriegsgefangenen mit Füßen getreten wurden – es ging ja gegen den Bolschewismus!

Die zu uns in das KZ Buchenwald hineingeprügelt wurden, waren noch zweitausend.

Zweitausend von zwanzigtausend! Achtzehntausend Menschen waren umgekommen auf diesem Todesmarsch, umgekommen mitten in dem hochzivilisierten Deutsch-



Emil Carlebach

land, das auf seine „abendländische Tradition“ so stolz war, verhungert in einem Lande, wo es noch genug zu essen gab, verwarlost in einem Lande, das bis dahin die Verwüstung seiner eigenen Städte und Dörfer noch nicht kennengelernt hatte.

Die SS triumphierte. Der Kommandant gab Anweisung, die Kriegsgefangenen nicht vom Tor aus direkt in das dicht dabei liegende „kleine Lager“ zu treiben, sondern zuerst durch das ganze Lager, zwischen allen Baracken hindurch, damit wir „Hochverräter“ auch richtig sähen, was aus den Bolschewisten geworden war. Das kam einer Provokation gleich, einer offenen Provokation, wie wir sie seit dem 22. Juni, dem Tage des heimtückischen Überfalls auf die Sowjetunion, stündlich erwartet hatten.

Was tun? Wir konnten doch angesichts dieser entsetzlichen Unmenschlichkeit nicht untätig bleiben! Durften wir tatenlos zusehen, weil wir schwach waren im Vergleich zu den Maschinengewehren der SS?

Die da an uns vorübergetrieben wurden, waren Menschen wie wir, an denen sich Menschen eines anderen Volkes in unvorstellbarer Weise vergangen hatten. Durften wir beiseite stehen? Es waren Genossen, Genossen, die der Faschismus zum Tode verdammt hatte! Wir mußten etwas unternehmen!

Was dann geschah, hatten weder wir noch die SS erwartet. Als der Märtyrerzug zwischen den Häftlingsbaracken hindurchgetrieben wurde, öffneten sich plötzlich die Fenster zur Rechten und zur Linken. Nicht nur die politischen Gefangenen aus Deutschland, die Verschleppten aus Polen und aus der ČSR, nein,

auch die kriminellen Häftlinge, die sogenannten „Berufsverbrecher“ und „Arbeitsscheuen“, alle möglichen Menschen, die die SS mit uns zusammengeserrt hatte, um sie als Spitzel, als Antreiber gegen uns einzusetzen, auch sie wurden überwältigt und mitgerissen von der Welle der Solidarität, die spontan das Lager überflutete.

Von allen Seiten flogen die Gaben in den Zug der Kriegsgefangenen. Brotkranten, Halbstücker, Wäschestücke – und nur wer das Elend des KZlers kennt, kann ermessen, was diese Solidarität auch materiell bedeutete, ganz zu schweigen von der Herausforderung an die SS. Wir erhielten damals für acht Mann einen Laib Brot täglich – und dennoch opferten Hunderte, ohne auch nur einen Augenblick zu zögern, diese Hungerration. Wir wußten, daß jede Widerständigkeit, ja auch nur der Anschein einer solchen, von jedem SS-Mann auf der Stelle, ohne Urteil oder auch nur Untersuchung, mit dem Tode bestraft werden konnte. Und dennoch widersetzte sich das Lager demonstrativ dem gegen die sowjetischen Kriegsgefangenen verhängten Vernichtungsbefehl.

Die SS tobte. Dutzendweise wurden Genossen aus ihren Baracken geholt und in die Strafkompanie, in strenge Isolierung gesteckt. Essenentzug, Strafexerzieren und andere Sonderstrafen wurden verhängt.

Wochenlang bangten wir um das Leben dieser Genossen. Aber selbst die SS hatte gespürt, daß es hier keine „Rädelsführer“ gegeben, ja, daß nicht einmal die „Politischen“ hier eine Aktion für sich durchgeführt hatten. Das rettete unseren Genossen das Leben.

In all unserer Not frohlockten wir: die Häftlinge des Lagers Buchenwald hatten wenigstens zu ihrem Teil etwas getan, um die Schande abzuwaschen, die dem deutschen Namen durch die SS im Zeichen des Antibolschewismus zugefügt worden war.

*Aus: Zweimal geboren. Buch der Freundschaft, Verlag Kultur und Fortschritt, Berlin 1959*

Am 18. Mai um 18 Uhr findet ein Lesertreff der **RF-Regionalgruppe Jena** statt. Eingeladen wird in den Umsonstladen, Unterm Markt 2. Es geht um das Thema

**Der 70. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus**

Am 19. Mai um 18 Uhr spricht der Kenner von UdSSR und Rußland **Bruno Mahlow**, Mitglied des Ältestenrates der Partei Die Linke, auf einer Veranstaltung der **RF-Gruppe Berlin Marzahn-Hellersdorf** im Stadtteilzentrum Marzahn-Mitte, Marzahner Promenade 38, über das Thema

**Wie Phönix aus der Asche – Rußlands Wiedergeburt als Großmacht**



## Wie sich die Häftlinge selbst befreiten

**E**in zentrales Ereignis in der Geschichte des Konzentrationslagers Buchenwald ist die Vorbereitung der Selbstbefreiung der Häftlinge am 11. April 1945. Es zeigt, daß sogar unter den Bedingungen der faschistischen Terrorherrschaft ein gemeinsamer Überlebenswille, der sich über nationale Grenzen hinweg entwickelte, in der Rettung von über 20 000 Häftlingen mündete. Seit 1990 wird bei dem Versuch der ideologischen Abwicklung der antifaschistischen Geschichte Buchenwalds alles unternommen, die Selbstbefreiung als „DDR-Mythos“ oder „kommunistische Legendenbildung“ zu verunglimpfen.

Die historischen Tatsachen sprechen jedoch eine eindeutige Sprache. Bereits 1943 beauftragte das illegale Internationale Lagerkomitee (ILK) politisch zuverlässige Häftlinge, zum Selbstschutz eine Militärorganisation aus entsprechend erfahrenen Häftlingen aufzubauen. Unter Leitung von Otto Roth wurden politisch bewußte deutsche, französische und sowjetische Häftlinge hierfür ausgewählt und ausgebildet. Die deutschen Häftlinge nutzten die Möglichkeiten des Lagerschutzes und der Lagerfeuerwehr, um solche Strukturen unter den Augen der SS zu schaffen.

Nun mußte für eine angemessene Bewaffnung des Selbstschutzes gesorgt werden. Über Monate hinweg wurden Pistolen und Munition aus den Beständen der SS organisiert und an sicheren Plätzen deponiert. Aus der Karabinerproduktion in den Gustloff-Werken wurden Waffenteile ins Lager geschmuggelt und dort zusammengesetzt. Die sowjetischen Häftlinge stellten zahlreiche Brandflaschen

sowie Hieb- und Stichwaffen aus ganz einfachen Materialien her. Anfang 1945 gelang es sogar, bei der Räumung eines Evakuierungstransports ein komplettes Maschinengewehr in das Lager zu schmuggeln.

So bereitete man sich praktisch auf den Schutz der Häftlinge angesichts einer befürchteten Vernichtung der Lagerinsassen beim weiteren Vormarsch der Alliierten vor. Eine bewaffnete Aktion gegen die SS war jedoch erst möglich, als sich das Kräfteverhältnis durch eine deutliche Schwächung der SS zugunsten der Häftlinge verschob.

Diese Situation ergab sich Anfang April, als noch über 50 000 Häftlinge im Lager waren. Der militärische Vormarsch der Roten Armee im Osten und amerikanischer Truppen durch Hessen in Richtung Westthüringen führte zu der Überlegung, militärische Schritte zu unternehmen. Am 2. April lehnte das Internationale Lagerkomitee zwar einen bewaffneten Aufstand ab, forderte aber, die geplante Evakuierung des Lagers zu verzögern. Die folgenden Tage waren an Dramatik nicht zu überbieten. Einerseits schickte die SS Gruppen von Häftlingen auf Todesmärsche, andererseits trafen Tausende Häftlinge aus den Außenlagern auf dem Ettersberg ein. Gleichzeitig wurde sichtbar, daß die SS-Führung Absetzbewegungen vorbereitete. Dazu gehörte die Vernichtung von Unterlagern, aber auch der Versuch, politische Gegner noch in letzter Minute zu ermorden. Als am 6. April dann von der SS 46 durch sie zur illegalen Lagerleitung gezählte Häftlinge ans Tor gerufen wurden, zeigte sich der Widerstand: Keiner folgte der Aufforderung. Das

Lager versteckte die Gesuchten vor dem Zugriff der SS.

Noch waren die Häftlinge nicht stark genug, weitere Deportationen zu verhindern. Doch bei einigen Transporten schickte man Angehörige der Militärorganisation mit, die Handfeuerwaffen bei sich hatten.

Erst als am 10. April der Großteil der SS-Einheiten und die Lagerführung den Ettersberg verlassen hatten, schien militärisches Handeln gegen einen immer noch mächtigen Feind möglich. Als unweit des Lagers Spitzen amerikanischer Panzerkräfte eintrafen, erteilte das ILK am 11. April um 14.30 Uhr dem Leiter der Militärorganisation den Befehl zum Aufstand. Die bewaffneten Kampfgruppen der Häftlinge erstürmten das Haupttor, schalteten den Strom im Stacheldrahtzaun ab, besetzten die Wachtürme und eroberten Waffen. Um 15.15 Uhr verkündete der Lagerälteste Hans Eiden: „Kameraden, wir sind frei!“ Die bewaffneten Häftlinge nahmen etwa 220 Angehörige der SS und andere Nazis gefangen.

Zwei amerikanische Aufklärer waren – wie es 1945 in einer US-Militärzeitung hieß – völlig überrascht, als sie auf bewaffnete Häftlinge stießen, die den Schutz des befreiten Lagers übernommen hatten. Am 13. April 1945 wurde Buchenwald dem Befehlshaber der III. US-Armee unterstellt.

**Ulrich Schneider**

*Aus: Die Glocke vom Ettersberg 1/2015 (redaktionell leicht bearbeitet)*

*Der Autor ist Generalsekretär der FIR und einer der Bundessprecher der VVN-BdA.*

## Der Schwur von Buchenwald

**K**ameraden! Wir Buchenwalder Antifaschisten sind heute angetreten zu Ehren der in Buchenwald und seinen Außenkommandos von der Nazi-Bestie und ihren Helfershelfern ermordeten 51 000 Gefangenen!

51 000 erschossen, gehenkt, zertrampelt, erschlagen, erstickt, ersäuft, verhungert, vergiftet, abgespritzt. – 51 000 Väter, Brüder, Söhne starben einen qualvollen Tod, weil sie Kämpfer gegen das faschistische Mordregime waren. – 51 000 Mütter und Frauen und Hunderttausende Kinder klagen an!

Wir lebend Gebliebenen, wir Zeugen der nazistischen Bestialität, sahen in ohnmächtiger Wut unsere Kameraden fallen.

Wenn uns eins am Leben hielt, dann war es der Gedanke: Es kommt der Tag der Rache!

Heute sind wir frei!

Wir danken den verbündeten Armeen der Amerikaner, Engländer, Sowjets und allen Freiheitsarmeen, die uns und der gesamten Welt den Frieden und das Leben erkämpften. Wir gedenken an dieser Stelle des großen Freundes der Antifaschisten aller Länder, eines Organisators und Initiators des Kampfes um eine neue, demokratische, friedliche Welt, F. D. Roosevelt. Ehre seinem Andenken!

Wir Buchenwalder – Russen, Franzosen, Polen, Tschechen, Slowaken und Deutsche, Spanier,



**Buchenwald-Denkmal von Fritz Cremer**

Italiener und Österreicher, Belgier und Holländer, Engländer, Luxemburger, Rumänen, Jugoslawen und Ungarn – kämpften gemeinsam gegen die SS, gegen die nazistischen Verbrecher, für unsere eigene Befreiung.

Uns beseelte eine Idee: Unsere Sache ist gerecht – Der Sieg muß unser sein!

Wir führten in vielen Sprachen den gleichen harten, erbarmungslosen, opferreichen Kampf, und dieser Kampf ist noch nicht zu Ende. Noch wehen Hitlerfahnen! Noch leben die Mörder unserer Kameraden! Noch laufen unsere sadistischen Peiniger frei herum!

Wir schwören deshalb vor aller Welt auf diesem Appellplatz, an dieser Stätte des faschistischen Grauens:

Wir stellen den Kampf erst ein, wenn auch der letzte Schuldige vor den Richtern der Völker steht!

Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.

Das sind wir unseren gemordeten Kameraden und ihren Angehörigen schuldig.

**Buchenwald/Weimar, 19. April 1945**

## Juri Lewitan war die Stimme der Sowjetunion in schwerster Zeit Goworit Moskwa – Hier spricht Moskau

Es gibt Augenblicke, die man zeitlebens nicht vergißt. Am 22 Juni 1941 konnte ich, minderjährig wie ich war, das Ganze noch nicht erfassen. Ich sah um mich strenge Gesichter. Der Vater packte irgendwie unnatürlich und hastig den kleinen Koffer. Eine Stimme, die in stündlichen Abständen im Lautsprecher ertönte, prägte sich mir besonders ein. Das war die harte, alarmierende Stimme des Sprechers Juri Lewitan. Das erfuhr ich erst später. Doch von dem Tag an erwartete ich diese Stimme mit stockendem Herzen.

Juri Lewitan, Ansager im Unionsrundfunk, Verdienter Künstler der RSFSR. Kommunist. Seine Stimme ist Millionen Hörern bekannt. Mehr noch, in jenen schweren Zeiten wurde sie zur Stimme Moskaus. Für den Soldaten, der zum Angriff übergang, für den Partisanen tief im Rücken des Feindes, für alle, die Front-Nachrichten erwarteten ...

Im Herbst 1931 kam ein Junge aus Wladimir nach Moskau. Nichts an ihm fiel irgendwie auf – hager, mit schwarz eingefärbter Brille. Er hatte das Elternhaus verlassen, fast ohne Geld. Er wollte sich an der Hochschule für Filmschaffen immatrikulieren, wurde aber nicht aufgenommen – er war viel zu jung. Er war nahe daran, heimzukehren, als er plötzlich in einem Stellenangebot vom Ansagerwettbewerb erfuhr. Freilich hatte er eine sehr vage Vorstellung von diesem Beruf. Woher auch: der Rundfunk steckte noch in den Kinderschuhen. Juri war bis zur letzten, der fünften Wettbewerbsrunde vorgerückt, fiel aber dann doch durch. Die eigentümliche Sprechweise, wie sie in der Stadt Wladimir üblich ist, hatte ihm einen Streich gespielt. Immerhin blieb er aber doch beim Rundfunk, lernte viel, auch bei älteren Kollegen. Bereits nach zwei Monaten qualifizierte er sich zum Ansager von Radio Moskau. Die Zeit verstrich. Immer öfter wurden Juri Lewitan verantwortungsvolle Sendungen anvertraut. Bereits bei seinem ersten selbständigen Auftreten vor dem Mikrofon bewährte er sich als ein Ansager von stark ausgeprägtem Einfühlungsvermögen, als eine markante Persönlichkeit. Er nahm das Studium an der Rundfunkakademie der Elektrotechnischen Hochschule auf. Tagsüber berufstätig, besuchte er am Abend die Vorlesungen, später die Höhere Theater-schule „Boris Stschepkin“ beim Wachtangow-Theater. Ob die Arbeit interessant sei? Juri Lewitan dachte nur kurz nach und sagte, sie gehöre wohl zu den interessantesten. Und zu den verantwortungsvollsten, „Wir informieren doch als erste das Volk über das Zeitgeschehen, sei es eine neue Glanzleistung am Hochofen oder das erfolgreiche Experiment mit Lunochod.“

Im April 1934 berichtete seine Stimme über die Heldentat der Tscheljuskin-Leute, über den Mut der sowjetischen Flieger, welche die Besetzung der Schmidt-Expedition aus der Eisfangenschaft befreit hatten. Im Mai

1937 kam die Meldung von der beispiellosen Drift der Papanin-Leute. Juri Lewitan wandte sich feierlich an alle Welt, Millionen verfolgten an Rundfunkempfängern die Berichte über die tapferen sowjetischen Flieger Tschkalow, Baidukow und Beljakow, über ihren bis dahin in der Geschichte einzig-



Juri Lewitan im Studio des Moskauer Rundfunks

artigen Nonstop-Flug Moskau – Nordpol – Amerika. Zu den Ergebnissen der ersten Fünfjahrpläne teilte die Stimme Moskaus mit: „Dneproges ausgelastet!“ „Der erste Hochofen in Magnitogorsk in Betrieb genommen.“ Vielleicht machen diese erhabenen Augenblicke gerade den Sinn des ganzen Lebens eines Ansagers aus?

Juri Lewitan erinnert sich: „Der Krieg begann für mich mit dem Anruf aus dem Rundfunkkomitee, schnellstens ins Funkhaus zu kommen. ‚Halten Sie sich bereit. Um zwölf Uhr kommt eine Regierungsmeldung.‘ Um die Mittagszeit sagte ich dann auch, die Aufregung kaum unterdrückend: Hier spricht Moskau!“ ... Neunmal las Juri Lewitan an jenem Tag diese Mitteilung über den Ausbruch des Krieges vor. Ich entsinne mich, wie er das machte. Ich entsinne mich seiner Stimme. Darin war alles: Schmerz, Vertrauen, Hoffnung. So etwas vergißt man nicht. Einmal fiel eine Bombe auf das Gebäude des Rundfunkkomitees. Die Sendungen setzten aus. Der faschistische Rundfunk verkündete bereits die Zerstörung des sowjetischen Rundfunkhauses. Doch es war keine Viertelstunde vergangen, als im Äther wieder die ruhige Stimme Lewitans ertönte. Besonders ungeduldig warteten alle Sowjetbürger auf Meldungen vom Kriegsschauplatz. Auch die Faschisten wußten, was diese Stimme für die Sowjetmenschen bedeutete. Nicht von ungefähr wurden in einem feindlichen Flugblatt 200 000 Reichsmark „Kopfgeld“ für Juri Lewitan versprochen. Indes überstürzten sich die Ereignisse: Vom 1. Dezember 1941 an wurde in den faschistischen Blättern täglich Platz für eine Mitteilung über

die Besetzung Moskaus reserviert ... Moskau aber harrte aus! Am 6. Dezember nachmittags übermittelte Radio Moskau: „Unsere Truppen sind zu einem Gegenangriff übergegangen.“ Lewitans Stimme verriet Jubel und Stolz auf den beispiellosen Heroismus, den Mut und die Standfestigkeit der besten Söhne des Volkes. Das war ein Wendepunkt im ganzen Krieg, der Beginn der historischen Mission der Sowjetarmee zur Befreiung Europas.

Tag und Nacht lauschte man der Stimme Lewitans. An der Front, unter den Partisanen, in der Illegalität, im Hinterland, in Europa, in der ganzen Welt. Die Stimme Moskaus bestärkte den heiligen Haß gegen den Feind, die unerschütterliche Siegeszuversicht. Endlich kam das Langersehnte: Die Sowjettruppen haben über dem Reichstag in Berlin die Siegesfahne gehißt! Im Befehl Stalins, den Juri Lewitan am 9. Mai 1945 verlas, wurde das Fazit des Großen Vaterländischen Krieges gezogen, einer blutigen Schlacht, die das Sowjetvolk gegen den Faschismus geführt hatte. Im Namen der Freiheit, des Humanismus und der Gerechtigkeit.

... Wir machten es uns in der gemütlichen Wohnung Lewitans bequem. Der Gastgeber bewirtete uns mit starkem Tee und berichtete über seine Arbeit, über Begegnungen mit Hörern; auch im Ausland. „Was ich besonders gern verlese? Die letzten Nachrichten, politische Sendungen, Publizistik. Bei literarischen Sendungen lese ich Gedichte Majakowskis, Simonows, Surkows ... Ob ich mich vor den Sendungen aufrege? Offen gesagt, ja. Hauptsache aber, daß die Hörer meine Einstellung zum Text spüren ...“

O. Jewsikow (APN)

Dieser Beitrag erschien erstmals in Nr. 4/1972 der DDR-Zeitschrift „FF dabei“.

Wir haben – menschlich wie politisch – einen schweren Verlust erlitten. Kurz vor seinem 90. Geburtstag verstarb am 31. März unser lieber Genosse

### Walter Kern

aus Münchehofe. An vielen Fronten bewährt, war er als Ingenieur aktiv am Aufbau von Eisenhüttenstadt beteiligt. Wir gedenken des Gründers und Motors der RF-Regionalgruppe Königs Wusterhausen, der sich als Kommunist in der DKP organisiert hatte, als eines überaus ideenreichen, stets einsetzbaren und absolut integren Kampfgefährten.

Seinen Angehörigen gehört unser Mitgefühl.



# Als die Leningrader Geschichte schrieben

Am 27. Januar 1944 endete nach 900 Tagen die Einkesselung Leningrads durch die faschistische Heeresgruppe Nord unter Generalfeldmarschall Ritter von Leeb. Auf besonderen Befehl Hitlers sollte Lenins Stadt – die Wiege der Oktoberrevolution – ausgehungert und dann dem Erdboden gleichgemacht werden.

Dieser Befehl kostete eine Million Einwohner das Leben. Gleich zu Beginn der Blockade gab es keinen Strom mehr, alle Wasserleitungen waren eingefroren. Die tägliche Brotration sank auf zwei Scheiben pro Person. Die Rote Armee und Zehntausende Zivilisten konnten zwar über den im Winter zugefrorenen Ladogasee eine „Straße des Lebens“ errichten, die aber zur Versorgung nicht ausreichte.

Während viele Menschen vor Entkräftung tot umsanken, ging die Arbeit in den Fabriken weiter. Sie stellten Panzer, Geschütze und Munition her, die beim Kampf gegen die faschistischen Aggressoren eingesetzt werden konnten. Und

während der Tod reiche Ernte hielt, blieben Theater und Bibliotheken, sogar die



Denkmal für die Verteidiger der Stadt an der Newa

Ermitage, geöffnet, gab es Konzerte und trug man Gedichte vor.

Dem Hunger und der drohenden Unterjochung durch Hitlers Soldateska zum Trotz vollbrachten die Leningrader im Kampf gegen die

längste Belagerung im 20. Jahrhundert Unvorstellbares: Aus der Bevölkerung rekrutierte

Verteidigungskommissar Shdanow zehn Divisionen der Arbeitermiliz. 32 000 Frauen und Mädchen gingen als Krankenpflegerinnen an die Front. 90% aller Leningrader Kommunisten – das waren etwa 600 000 Jugendliche – arbeiteten Tag für Tag, selbst bei minus 40 Grad, nur mit Hacke und Schaufel ausgerüstet, an den Verteidigungsanlagen. Sie hoben 700 Kilometer Panzergräben aus, errichteten auf einer Länge von 300 Kilometern Baumsperren und bauten 5000 Erdbunker.

Nie zuvor oder danach – sieht man hier vom vietnamesischen Ho-Chi-Minh-Pfad ab – wurde eine solche Verteidigungsleistung vollbracht. Wie auch auf tausend anderen Kampfplätzen in der UdSSR opferte sich die kommunistische Jugend für die Freiheit des Vaterlandes auf, trug sie maßgeblich dazu bei, daß Leningrad der Titel „Heldenstadt“ verliehen wurde.

**Joachim Augustin, Bockhorn (Friesland)**

## Vom Zarengeneral zum Stabschef der Roten Armee

### M. D. Bontsch-Brujewitsch

In den Tagen des Aufbruchs einer neuen Gesellschaft kommt es immer wieder vor, daß progressive Kräfte der überlebten Gesellschaftsordnung ihrer Klasse den Rücken kehren und sich der Revolution zur Verfügung stellen. Der General der zaristischen Armee Michail Dmitrijewitsch Bontsch-Brujewitsch gehörte zu jenen, die noch am Beginn des Ersten Weltkrieges auf Nikolai II. eingeschworen waren, die aber schon vor der Oktoberrevolution erkannten, daß sie historisch auf der falschen Seite standen und aus ihrer patriotischen Verantwortung heraus die richtigen Konsequenzen zogen. M. D. Bontsch-Brujewitsch, 1870 in Moskau geboren, war seiner ganzen Erziehung nach ein Repräsentant des Zarismus. Er hatte im Litowsker Leibregiment gedient, die Generalschule absolviert und zählte zu den befähigtesten und zuverlässigsten Offizieren. Sein Entwicklungsweg ließ keineswegs vermuten, daß er eines Tages zum militärischen Berater Lenins und der Bolschewiki werden würde.

Wie war diese Entwicklung möglich?

Lassen wir ihn selbst darauf antworten: „Auf welche Weise wurde ich, ein General des alten Regimes, der hohe Stabsfunktionen in der zaristischen Armee bekleidete, schon am Vorabend des Oktober ein Anhänger des mir damals nicht sehr verständlichen Lenin? Ich war an ein bequemes und privilegienreiches Leben gewöhnt. Man betitelte mich ‚Euer Exzellenz‘ und stand vor mir stramm.“



Und er kommt, 40 Jahre nach der Oktoberrevolution, zu dem Schluß: „Trotzdem diente ich der Revolution. Aber selbst jetzt, in meinem 87. Lebensjahr, kann ich, da mir weder Ausflüchte noch Mittel der List zu Gebote stehen, nicht sofort klar und präzise antworten, weshalb ich so gehandelt habe.“ Offenbar hat sich dieser Mann trotz seiner konservativen und streng religiösen Erziehung den Blick für die Realitäten des Lebens bewahrt und den geschichtlichen Entwicklungsprozeß wenn schon nicht gleich verstanden, so doch aber erahnt. Sein Abscheu gegen

Korruption und Intrigen bewirkte, daß er die engen Klassenschranken überwand und sich von seinen ehemaligen Generalskollegen, Leuten wie Krasnow, Kornilow und Denikin, distanzierte.

Noch im Herbst 1917 ist M. D. Bontsch-Brujewitsch Oberkommandierender der zaristischen Truppen an der Nordfront. Doch in den Tagen der Oktoberrevolution wird er in seiner Eigenschaft als Garnisonschef Mitglied des Sowjets der Arbeiter- und Bauern-Deputierten. Und nun überschlagen sich für ihn die Ereignisse: Schon im November 1917 wird er vom Rat der Volkskommissare zum Stabschef des Obersten Befehlshabers ernannt. Im Februar 1918 ist er mitverantwortlich für die Verteidigung Petrograds gegen die Weißgardisten. Im März 1918 wird er zum Leiter des Obersten Kriegsrates berufen, und in der Mitte des Jahres 1919 wirkt er – getragen vom Vertrauen der Bolschewiki – als Chef des Feldstabes der Roten Armee!

Im Schicksal von M. D. Bontsch-Brujewitsch wird einmal mehr deutlich, daß in den Reihen oder an der Seite der Kommunisten für jeden Platz ist – vorausgesetzt, er kommt mit dem festen Vorsatz, mit der Vergangenheit zu brechen und sich aktiv am Aufbau der neuen Gesellschaft des Sozialismus zu beteiligen.

**Steffen Kastner**

*Diesen Beitrag schrieb unser Nestor Helmuth Hellge im Oktober 1977 unter Pseudonym für die Westberliner Zeitung „Die Wahrheit“.*

## Warum der 8. Mai für mich immer der Tag der Befreiung sein wird

# Ein Teller Haferflockensuppe und seine Folgen

Niemand wird als Kommunist geboren. Aber oftmals können sich traumatische Kindheitserinnerungen prägend auf die weitere Persönlichkeitsentwicklung auswirken.

Ich bin 1941 geboren und erinnere mich noch lebhaft an Fliegeralarm und das Hasten unserer Mutter mit ihren zwei Söhnen in den Luftschutzkeller der benachbarten Bank. Wir wohnten damals in der Schützenstraße von Coswig/Anhalt, die nach der DDR-Gründung in Puschkinstraße umbenannt wurde.

Es war Ende April/Anfang Mai 1945, als vor unserem Haus sowjetische Zwangsarbeiter beim Straßenbau eingesetzt wurden. Ich saß auf den Treppenstufen vor der Haustür, als sich plötzlich eine kriegsgefangene Rotarmistin völlig erschöpft neben mir niederließ. Meine Mutter reichte ihr rasch einen Teller Haferflockensuppe. Ich habe nie wieder einen Menschen so angstvoll und hastig essen sehen. Dann stellte mir meine Sitznachbarin den leeren Teller schnell auf den Schoß. In den Augen des faschistischen Blockwarts, der davon erfuhr, hatte sich meine Mutter mit ihrer humanen Geste über ein Nazi-Verbot hinweggesetzt, das jeglichen Kontakt mit Kriegsgefangenen bei strengster Strafe untersagte. So zeigte der Blockwart die Spenderin bei der SS an. Dies und das darauf Folgende weiß ich aus Erzählungen meiner Mutter.

In Coswig gab es damals eine illegale Gruppe der KPD unter Leitung Paul Bothmanns. Dessen Familie wohnte uns direkt gegenüber. Im Auftrag dieses Genossen besuchte uns in den Abendstunden jenes Tages eine Mitstreiterin, die wir nur als Frau Fahlteich kannten. Sie bedeutete meiner Mutter, schnell ein paar Sachen zusammenzupacken, um mit mir und meinem zweijährigen Bruder bis zu einem vereinbarten Punkt an der Autobahn Coswig-Dessau zu eilen und so der drohenden Erschießung durch ein SS-Kommando zu entgehen.

An diese nächtliche Flucht erinnere ich mich noch sehr genau. Wir näherten uns auf ungewissem Gelände der Autobahn, immer vor den kreisenden Scheinwerfern der Wehrmacht in Deckung gehend. Ich zog meinen kleinen Bruder im Kinderwagen hinter mir her und folgte der Mutter, die ihr Fahrrad mit ein paar Habseligkeiten führte. Im Böschungsraben mußten wir abermals eine Scheinwerferpause abwarten, um während dieser schnell über die Autobahn zu huschen. Auf der anderen Seite befanden wir uns auf bereits auf befreitem Gebiet. Ein sowjetischer LKW, auf dem zahlreiche Menschen, vorwiegend Frauen mit Kindern, unter einer Plane saßen, brachte uns

zum Dessauer Hauptbahnhof. Dann waren wir wieder auf uns selbst gestellt.

Mein Erinnerungsvermögen hat auch einen Fliegerangriff auf den Leipziger Hauptbahn-

Menge. Meiner Mutter mit Kleinkind auf dem Arm gelang es, in einem Dienstabteil unterzukommen, während ich zunächst auf dem Trittbrett blieb, bis mich beherzte Männer durch ein offenes Fenster zu ihr hineinreichten.

Unser Reiseziel war Bad Klosterlausnitz, wo die Großeltern mütterlicherseits lebten. Sie gewährten uns einige Tage Unterkunft und Nahrung.

Nach dem 8. Mai 1945 zögerte meine Mutter nicht, nach Coswig zurückzukehren, wobei sie nicht wissen konnte, was uns dort erwartete.

Ihre Geste, der Kriegsgefangenen einen Teller Haferflockensuppe zu reichen, war dem sowjetischen Stadtkommandanten zu Ohren gekommen. Deshalb schrieb er an sie: „Die Ihnen vom faschistischen Bürgermeister entzogene Wohnung steht Ihnen ab sofort wieder zur Verfügung.“

Weihnachten 1946 kam auch mein Vater heim. Er hatte zum Erstaunen unverbesserlicher Zeitgenossen seine Entlassung aus britischer Kriegsgefangenschaft in die Sowjetische Besatzungszone erwirkt.

Als reifer werdender Jugendlicher begriff ich, daß die Nachkriegsentscheidungen beider Eltern so oder so politischer Natur waren. Vor allem aber wurde mir bewußt, daß es deutsche Kommunisten gewesen sind, die meiner Mutter das Leben gerettet und uns Kinder vor einer ungewissen Zukunft bewahrt hatten.

Als die mich am meisten prägenden Jahre betrachte ich die Zeit zwischen 1956 und 1962, als ich in Wernigerode die Fachschule für Landwirtschaft besuchte. Hier erwarb ich von überzeugend parteiverbundenen Pädagogen das politische und geistige Rüstzeug, um bereits dort Kandidat und später Mitglied der SED zu werden. In meiner weiteren beruflichen Entwicklung gab es zwar einige Brüche, doch ich blieb der kommunistischen Sache treu. Auch heute steht mir – einem inzwischen 73jährigen – am 8. Mai jeden Jahres noch einmal der Graben an der Autobahn bei Coswig vor Augen.

**Dieter Pfannenberger, Berlin**



**Diese historische Aufnahme von Anfang Mai 1945 – sie zeigt Rotarmisten mit ihren auf den Stadtkern gerichteten Haubitzen unweit des Rathauses von Berlin-Lichtenberg – stammt aus der kostbaren Hinterlassenschaft des schon 1898 zur SPD Bebel's und Liebknechts gestoßenen späteren SED-Genossen Max Schröder. Der Sohn des bereits 1949 verstorbenen proletarischen Klassenkämpfers – unser Leser Fritz (Fritze) Schröder, langjähriger Redakteur des alten ND – übersandte uns mit anderen Dokumenten die einmalige Aufnahme.**

hof festgehalten. Das Glasdach zerbarst, Eisenträger stürzten herab, und überall sah man Tote. Wir saßen auf einer Decke mit dem Rücken zur Wand und eng an unsere Mutter geschmiegt.

Als das Schlimmste vorüber war, wurde ein Zug bereitgestellt, den alle, die mit heiler Haut davongekommen waren, unverzüglich stürmten. Auch wir befanden uns in der

**Zum 5. Mai, 18 Uhr, lädt die RF-Regionalgruppe Leipzig zur**

**Vorführung des Films  
„Vier Tage im Mai“**

über die letzten Kriegstage in Deutschland mit anschließendem Gedankenaustausch in das Bürohaus (Gesellschaft für Völkerverständigung), Kochstraße 132, Werk 2, herzlich ein.

**Die RF-Regionalgruppe Pasewalk** veranstaltet am **6. Mai um 18 Uhr** ein öffentliches Forum mit **Prof. Dr. Anton Latzo**, Vorsitzender der Geschichtskommission der DKP, zum Thema

**Der Sieg über den Faschismus war eine Befreiungstat**

Ort: Galerie im „Kulturforum Historisches U“, An der Kürassierkaserne



# Warum wurde das Volkseigentum nicht verteidigt?

Auf einer Veranstaltung unserer „RotFuchs“-Regionalgruppe mit Christa Luft, die am 28. Februar stattfand, wurde von mehreren Diskussionsteilnehmern die Frage aufgeworfen, warum die Arbeiterklasse der DDR eigentlich kein engeres Verhältnis zu „ihrem“ Volkseigentum entwickelt habe. Die fehlende Verbundenheit sei auch daran zu messen gewesen, daß die meisten Betriebskollektive der als „Abwicklung“ bezeichneten Zerschlagung der VEBs durch die Treuhand nur wenig Widerstand entgegengesetzt hätten.

Eine plausible Antwort auf diese alle bewegende Frage konnte während der Veranstaltung nicht gefunden werden. Ich möchte den Versuch wagen und hänge die Darlegung meines Standpunkts an dem bekannten Sprichwort auf: „Einem geschenkten Gaul schaut man nicht ins Maul.“

Der bildhafte Satz stammt aus der Zeit des vielerorts üblichen Pferdehandels. Erfahrene Roßhändler waren dazu in der Lage, das tatsächliche Alter des Gauls durch einen Blick auf sein Gebiß zu bestimmen. Dadurch konnten sie betrügerischen Behauptungen über die Verfaßtheit des Tieres – also Roßtäuschertricks – begegnen. Der „Blick ins Maul“ war indes überflüssig, wenn es sich um ein Geschenk handelte, Geld also keine Rolle spielte. Darauf soll der Ursprung dieses Sprichworts beruhen.

In unserem Falle geht es nicht um Pferde, sondern um Betriebe und Liegenschaften, die den Werktätigen gewissermaßen „geschenkt“

wurden. Hier kommt eine menschliche Schwäche zum Vorschein, die sicher jeder aus eigenem Erleben kennt: Die meisten Menschen verhalten sich zu geschenkten Gegenständen



Belegschaftsversammlung in einem volkseigenen Betrieb

den völlig anders als in bezug auf Werte, die sie selbst durch körperliche Anstrengungen oder geistige Arbeit erworben haben. Die investierte Kraft und Mühe sind es, die Achtung, Wertschätzung und pfleglichen Umgang bewirken.

Was nun das Volkseigentum betrifft, so wurde es uns Arbeitern der DDR quasi „geschenkt“. Ich kenne keinen, der physische oder geistige Energie dafür hat aufwenden müssen, „seinen“ Betrieb in Besitz zu nehmen. Hier haben wir, will mir scheinen, einen Grund für das ungenügend ausgeprägte Eigentümerbewußtsein der

in unseren volkseigenen Betrieben beschäftigt Gewesenen.

So weit, so gut. Oder besser gesagt: nicht so gut. Die eingangs gestellte Frage mag damit zumindest teilweise beantwortet sein. Doch der Gedanke, wie man es denn hätte besser machen können, steht weiter im Raum. Mit einiger Phantasie vermag man sich so manches vorzustellen. Warum erhielt beispielsweise der einzelne Kollege mit seinem Eintritt in einen volkseigenen Betrieb der DDR nicht das Recht, durch Arbeit bestimmte Anteile am Betriebsvermögen zu erwerben? Ich meine damit nicht Aktien im kapitalistischen Sinne, sondern etwas qualitativ völlig anderes. Die Höhe seines Anteils hätte von seiner Leistung und der Dauer seiner Betriebszugehörigkeit abhängig gemacht werden müssen. Die Zinsen dafür wären dem Miteigner dann in Form von Lohnerhöhungen oder als Prämien ausbezahlt worden.

So oder ähnlich ließen sich bestimmt verschiedene Varianten ausfindig machen, um Betriebsangehörigen eine materiell spürbare Beteiligung am Volkseigentum – in diesem Falle ihres konkreten VEB – zu ermöglichen. Unter solchen Bedingungen wären sie stärker mit ihrem Werk oder Unternehmen verbunden gewesen, hätten sie mit weitaus mehr Schöpferertum an der Mehrung des gesellschaftlichen Reichtums mitgewirkt und ihr Eigentum auch entsprechend verteidigt.

Wolfgang Giensch, Neubrandenburg

# Als Volkspolizisten ein Kreiskrankenhaus erbauten

Seit Gründung der DDR am 7. Oktober 1949 war gelebte Solidarität ein bestimmendes Merkmal des Füreinanderdaseins. Sie förderte den Zusammenhalt und die Hilfsbereitschaft der Bürger untereinander, was sich auch in der Erfüllung übernommener Verpflichtungen positiv niederschlug. Auf diese Weise konnten erhebliche zusätzliche Werte geschaffen werden, die allen zugute kamen.

Gerne erinnere ich mich an die auf freiwilliger Basis beruhende Bewegungsbewegung innerhalb der Deutschen Volkspolizei aus Anlaß des 80. Geburtstages von Wilhelm Pieck am 3. Januar 1956. Im Unterschied zu manchen Politikern in späterer Zeit genoß der erste und einzige DDR-Präsident ein hohes Maß an Popularität. Die Volkspolizisten setzten sich zum Ziel, das erst 1951 neuerrichtete Landambulatorium in Röbel – dem kleinsten Kreis der gesamten Republik – aus Spendenmitteln zu einem Kreiskrankenhaus zu erweitern.

Die Initiative löste eine beispiellose Bewegung der Hilfsbereitschaft und Unterstützung aus, die fast in jeder VP-Dienststelle Widerhall fand. In der ganzen Republik spendeten Volkspolizisten einen Prozentsatz ihres damals noch kargen Einkommens.

Innerhalb weniger Wochen waren zwei Millionen Mark der DDR auf dem Spendenkonto eingegangen. Doch auf finanzielle Unterstützung beschränkte man sich nicht. Unsere Genossen nahmen selbst die Rekonstruktion und Erweiterung des Objekts in Angriff. Ein Stauen und Raunen ging durch die kleine Stadt an der Müritz: Volkspolizisten, die von Beruf Maurer, Zimmerleute, Klempner, Dachdecker und Installateure waren, reisten aus territorial weit entfernten Dienststellen an und konnten das Bauvorhaben in einem knappen Jahr abschließen.

Dieser Solidaritätsbeweis gegenüber den nur 18 000 Einwohnern des Kreises Röbel war einmalig. Die örtlichen Partei- und Staatsorgane erwiesen den freiwilligen Helfern vielfältige Unterstützung. Und wir Volkspolizisten hielten Wort. Am 3. Januar 1957, dem 81. Geburtstag unseres Wilhelm Pieck, war es soweit: Die gut ausgestattete medizinische Einrichtung konnte übergeben werden. Röbel besaß nun sein eigenes Kreiskrankenhaus. Der damalige Chefarzt Dr. Kosmowski nahm den Schlüssel entgegen. Trotz des ungemütlichen Winterwetters hatten sich zahlreiche Einwohner Röbels zur Zeremonie eingefunden.

Als zeitweiliger Leiter des Volkspolizeikreisamtes Röbel habe ich – auch in späteren Jah-

ren – immer wieder lobende Worte zum Ruf des Hauses vernommen. Noch heute schwele ich in diesen Erinnerungen, und das nicht nur, weil meine Frau dort als Krankenschwester tätig gewesen ist. Bis 1953 hatten in der alten Einrichtung drei Ärzte und ein Zahnmediziner praktiziert. Ab 1963 waren es dann acht Ärzte und vier Dentologen, in den 70er Jahren sogar 18 Ärzte und zehn Zahnärzte.

Bei einer Kapazität von 165 Betten konnten der stationären Behandlung bedürftige Patienten durch gut ausgebildete Fachkräfte in den Disziplinen Chirurgie, Innere Medizin, Gynäkologie, Pädiatrie, Allgemeinmedizin und Stomatologie versorgt werden.

Ich bin noch heute froh, daß meine Polizei des Volkes mit ihren Spenden und Aufbauleistungen an der Errichtung des Kreiskrankenhauses so maßgeblich mitgewirkt hat. Unter BRD-Bedingungen wären soziale Taten dieser Art undenkbar, geht es doch in ihrem Gesundheitswesen allein darum, am Menschen und an seinen Leiden möglichst viel Geld zu verdienen.

Unterdessen ist die während vieler Jahre erfolgreiche Einrichtung – wie vieles andere auch – dem Abwicklungsfanatismus der kapitalistischen Rückeroberer zum Opfer gefallen.

Walter Krüger, Güstrow

# Wie ein Renegat in die Toga des „Kommunismus-Forschers“ schlüpfte Hermann Weber verpiff seine Genossen

Am 29. Dezember 2014 starb 86jährig in Mannheim jener Hermann Weber, welcher in allen bürgerlichen Medien jahrzehntelang als „Kommunismus-Forscher“ bezeichnet worden war. Nach seinem Tod gab es – leider auch in linken Publikationen

berüchtigter „Steinwache“ isoliert, wo sie bei Verhören gefoltert wurde. Doch sie verriet keinen ihrer Genossen, weshalb man sie im Widerstand die „Eiserne Johanna“ nannte. Von den Faschisten zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt, wirkte sie nach dem

Krieg als KPD-Landtagsabgeordnete von Nordrhein-Westfalen und im DFD. Sie hätte untertauchen müssen, da gegen den Demokratischen Frauenbund ein Verfahren lief, welches am 10. April 1957 mit dem Verbot der Organisation endete.

Bei laufender Fahndung nach Hanna Melzer schrieb das BKA am 23. Oktober 1953 an den Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofes (BGH), man habe Verbindung zu Hermann Weber aufgenommen, der sich „sehr zugänglich“ gezeigt und versprochen habe, „nach der Melzer zu forschen“.

Weiter: „Unter dem Vorwand, die Melzer müßte zu einigen Punkten polizeilich gehört werden, die für eine beschleunigte Freilassung seiner [Webers, H. D.] Ehefrau aus der Haft von Bedeutung sein könnten, versprach W.[eber], falls sie im Raum Mannheim auftreten sollte, sie zur dortigen Kriminalpolizei zu beordern.“ Er werde auch versuchen, Frau Melzer dem Ermittlungsrichter des BGH zuzuführen. Weber hatte offensichtlich Erfolg, da wenig später seine Frau aus der Haft entlassen wurde. Hanna Melzer starb im Oktober 1960, nicht zuletzt an den Folgen der Gestapo-Haft.

Im Verbotprozeß gegen den DFD war Gerda Weber eine Hauptzeugin der Anklage. Diese vertrat Nazi-Oberstaatsanwalt Karl-Heinz Ottersbach, der im Faschismus für polnische Frauen Todesurteile gefordert und durchgesetzt hatte. Selbst unverurteilte Frauen hatte er sich „überstellen“ lassen, was deren Tod bedeutete. In den Gerichtsakten findet sich ein Aussageprotokoll von Gerda Weber, in dem sie erklärt: „Später, nachdem ich aus der Haft entlassen worden war, habe ich dann die Abkehr vom Kommunismus stalinscher Prägung mit meinem Mann vollzogen und gemeinsam mit ihm schriftstellerisch gegen die Politik Moskaus und der SED Stellung genommen.“

Und weiter: „In einem Prozeß der Westdeutschen Frauenfriedensbewegung gegen das Land Rheinland-Pfalz habe ich dann zutreffende Angaben über die Abhängigkeit der WFFB von der KPD gemacht. Ich bin auch bereit, in Zukunft auf entsprechende

detaillierte Fragen Auskunft zu geben (...) Daß es sich nicht um leere Worte handelt, zeigt meine aktive Mitarbeit an den Arbeiten und Veröffentlichungen meines Mannes Hermann Weber, die gegen das SED-Regime gerichtet sind.“

Der 2004 aus der SPD ausgetretene Arno Klönne schrieb hierzu: „1954 kam es zur Trennung zwischen der KPD und Weber.“ Dabei verschwieger er allerdings den Grund: Weber wurde ausgeschlossen, weil er und seine Frau Genossen an die Adenauer-Justiz verraten hatten.

1954 wurde die FDJ in der BRD verboten. Ein Jahr später trat Weber der SPD bei. Seitdem versuchte er, der DDR und der revolutionären Arbeiterbewegung mit haßerfüllten antikommunistischen Publikationen so viel wie möglich zu schaden. Dabei berief er sich auf Fakten, die er bewußt fehlinterpretierte, in falsche Zusammenhänge stellte und teilweise unvollständig wiedergab, was dazu führte, daß sie zu Bibeln finsterster Reaktionen wurden. Laut „Berliner Zeitung“ vom 23. August 2003 verstieg sich Weber sogar zu der Behauptung, er habe „der DDR einst zuviel Kredit in bezug auf die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit eingeräumt“. Hermann Weber lehrte bis 1993 an der Universität Mannheim und war bis 2011 Mitglied des Stiftungsrates der „Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur“. Wenn ein solcher Mann nicht als Renegat bezeichnet werden darf, wer dann?

**Hans Dölzer, Hirschberg**



Der Geist von Goebbels hat überlebt. Karikatur: Herluf Bidstrup

– Nekrologe, die den Renegaten der kommunistischen Bewegung gegen den Vorwurf, einer gewesen zu sein, in Schutz zu nehmen suchten.

Wie lagen die Dinge wirklich? Hermann Weber entstammte einer kommunistischen Familie. Sein Vater wurde von den Faschisten verfolgt und befand sich mehr als ein Jahr in Haft. 1945 trat der junge Weber der KPD bei. Ab 1947 leitete er die Redaktion des Zentralorgans der FDJ in Westdeutschland.

Bruchlos übernahm die neugegründete Bundesrepublik den haßerfüllten Antikommunismus der Faschisten. Zehntausende schwer belastete Nazis saßen bald wieder an den Schalthebeln in Wirtschaft und Politik, während Zehntausende Kommunisten und andere Antifaschisten abermals verfolgt, entlassen und eingekerkert wurden. Das geschah unter Bruch selbst der bürgerlichen Gesetze. Verbotanträgen gegen die Freie Deutsche Jugend, die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, den Demokratischen Frauenbund Deutschlands (DFD) und die KPD wurde ohne Skrupel stattgegeben. Auch Gerda Weber, Hermanns Frau, die in DFD und KPD aktiv war, gehörte zu den Inhaftierten.

1953 fahndete der Adenauer-Staat nach der Kommunistin Hanna Melzer. Die 1904 Geborene war unter Bergleuten in Lünen/Westfalen aufgewachsen und früh zur Antifaschistin geworden. Die Gestapo hatte sie 1934 verhaftet und, an Händen und Füßen gefesselt, wochenlang in Dortmunds

Am 9. Mai um 10 Uhr spricht Dr. Arnold Schölzel, Chefredakteur der Tageszeitung „junge Welt“, auf einer Veranstaltung der RF-Regionalgruppe Dresden in der „Drogenmühle“ Heidenau, Dresdner Straße 26, über das Thema

**Sie lügen wie gedruckt – wir schreiben, wie sie lügen**

Am 21. Mai 2015 um 17 Uhr sprechen Dr. Reinhard Grimmer, Dieter Skiba und Reiner Stenzel auf einer Veranstaltung der RF-Regionalgruppe Suhl in den Räumen der Volkssolidarität, Rimbachhügel 3, über das Thema

**Die Aufklärung von Nazi- und Kriegsverbrechen in der DDR**

Am 30. Mai um 10 Uhr spricht der DKP-Vorsitzende Patrik Köbele auf einer Veranstaltung der RF-Regionalgruppe Bitterfeld-Wolfen im Kulturhaus, Puschkinplatz 3, über das Thema

**Zwischenbilanz nach dem 20. Parteitag der DKP**



# Maxime der DDR-Schmäher: Haltet den Dieb!

Es füllt den schwarz-weiß und kunterbunt gedruckten Tages-, Wochen- und Monats-Blätterwald, abendliche TV-Talk-Shows, öffentliche Foren, Koalitionspapiere von Parteien, Erklärungen führender bundesdeutscher Staatsmänner und solcher, die es gerne werden möchten. Von extrem rechts bis hinein in „Die Linke“ erklingt es im Chor: „Die DDR war ein Unrechtssystem, ein Unrechtsstaat.“

Doch hin und wieder melden klügere Köpfe hierzu Zweifel an. Statt sich unmißverständlich zu erklären, schleichen sie wie die Katze um den heißen Brei oder winden sich wie ein Aal, um nicht öffentlich bekunden zu müssen, daß die DDR ein Rechtsstaat gewesen ist.

Einige „klammern“ sich ans Völkerrecht, das den Begriff „Unrechtsstaat“ nicht kennt. Es ist ein Versteckspiel vor jenen, welche das Leben in der DDR und deren Geschichte dem Reißwolf übergeben zu haben glauben. Die aber haben ihren Schmähbegriff ohne Rücksicht auf das Völkerrecht kreierte. Will man nicht begriffsstutzig sein, muß man die „Begriffsschöpfer“ gehörig stutzen und den Wölfen des Verrisses die Zähne ziehen.

Andere flüchten in „Vergleiche“. Sie meinen, wie ich kürzlich im blaßroten ND einem Interview mit dem Innenminister der damals bereits im Koma liegenden DDR entnahm, es könne doch nicht sein, daß man die DDR mit dem Unrechtssystem der Nazis auf eine Stufe stelle. Das wäre der DDR gegenüber deshalb ungerecht, weil sie im Ergebnis des 2. Weltkrieges rechtmäßig entstanden sei. Ich schätze diesen einstigen Minister der Nach-DDR wegen seiner politischen Lauterkeit sehr. Die DDR in einen historischen Vergleich mit

der Hitlerdiktatur zu stellen, betrachte ich jedoch als einen „Griff in die falsche Kiste“. Andere würden von einem „Fehltritt“ sprechen. Die DDR war nicht „rechtmäßig“ im Ergebnis der Niederlage Hitlerdeutschlands in einem von diesem entfachten verheerenden Weltenbrand entstanden, sondern entsprach mit ihrer Gründung am 7. Oktober 1949 und der nachfolgenden Entwicklung den völkerrechtlichen Festlegungen des Potsdamer Abkommens vom August 1945. In ihm wurden die Voraussetzungen eines antifaschistischen, entmilitarisierten und friedfertigen deutschen Staates festgelegt. Das geschah im Gegensatz zu der Deutschland spaltenden Gründung der BRD im Mai 1949, die sich alsbald anti-antifaschistisch, säbelrasselnd und dem deutschen Kapital weiterhin treu ergeben präsentierte.

Besonders „ausgewogen“ Argumentierende bezeichnen Unrecht in der DDR als etwas in jedem Staat und jeder Gesellschaft „völlig Normales“. Sie mögen damit zwar recht haben, der antikommunistischen Politfloskel vom „Unrechtsstaat DDR“ widersprechen sie damit aber noch nicht. Was als rechtens oder gegen das geltende Recht in einem souveränen, weltweit anerkannten Staat wie der DDR Verstoßendes zu bewerten ist, läßt sich nur mit einem subjektiven, inzwischen aus historischer Distanz getroffenen Urteil bestimmen. Jeder Staat nimmt sich berechtigterweise das Recht, gegen eine ihm von außen drohende Gefahr oder sein „Terrain“ unterwühlende „Maulwürfe“ im Innern vorzugehen. Er schafft sich hierfür Gesetze, die so lange kein Unrecht sind, wie sie nicht gegen das Völkerrecht und die deklarierten

Menschenrechte verstoßen. Eine Verletzung geltenden Völkerrechts konnte der DDR weder im Verlauf ihrer 40jährigen Existenz noch „postum“ in den fast zweieinhalb Jahrzehnten seit ihrer Annexion durch die BRD nachgewiesen werden. Und schlüssige Beweise für Menschenrechtsverletzungen in der DDR sind die Erfinder des „Unrechtssystems“ und des „Unrechtsstaates“ bisher ebenfalls schuldig geblieben.

Ohne jede Einschränkung stelle ich fest: Die zunächst antifaschistisch-demokratische, dann sozialistische DDR war zeit ihres Bestehens dem Frieden, der Völkerfreundschaft und der sozialen Sicherheit ihrer Bürger verpflichtet. Ihr rechtsstaatliches Gesellschaftsmodell könnte ganz Deutschland eines Tages als Vorbild dienen. **Manfred Wild, Berlin**



Denkzettel: Dieter Eckhardt

## Kraftzuwachs nach Hilferuf

Auf den im November-RF veröffentlichten redaktionellen Hilferuf „Es geht um die Wurst“, in dem wir die angespannte finanzielle Situation unseres weder einen Preis fordern noch Mäzene besitzenden Blattes darlegten, erreichte uns tage- und wochenlang eine geradezu überschäumende Welle der Solidarität. Dieser Kraftzuwachs verlieh unserem schon etwas struppig erscheinenden kleinen roten Fuchs wieder ein glänzenderes Fell. Der Bestand der Zeitschrift, die wie die „junge Welt“ und andere Publikationen eine echte Alternative zur Presse der antikommunistischen Brunnenvergifter darstellt, ist damit vorerst gesichert. Wir danken den Tausenden und aber Tausenden „RotFuchs“-Lesern der Print- wie

der Internetausgabe, die in den 17 Jahren des Bestehens dieses kleinen und zugleich großen Blattes dafür gesorgt haben, daß es niemals in die roten Zahlen geriet, für ihre ständige ideelle und materielle Unterstützung.

In der Gewißheit, daß wir unsere – Eure – rote, antifaschistische, dem Frieden und der internationalen Solidarität verpflichtete Zeitschrift auch in Zukunft gemeinsam über Wasser halten können, grüßen wir jeden von Euch auf das herzlichste.

**Klaus Steiniger,**  
**Chefredakteur des RF,**  
**Wolfgang Dockhorn,**  
**amtierender Vorsitzender des**  
**RF-Fördervereins**



„Alle ziehen an einem Strang.“ Aus „Solidaire“, Brüssel

### Merkel-Gauck-Sommer

Drohnen, tausendmal schlimmer als Killerbienen Kriegseinsätze im honigsüßen Namen der Menschenrechte / wieserbunte Unwahrheit: als Friedensstaat tue die BRD keiner Fliege etwas zuleide / ein Platz an der gleißenden Weltmacht-Sonne / Hauptaugenmerk Merkels oberstes Ziel im Domizil von Bellevue

Jürgen Riedel, Minden

Am 16. Mai um 14 Uhr sprechen **Dr. Reinhard Grimmer** und **Dieter Skiba** auf einer Veranstaltung der **RF-Regionalgruppe Gera** in der Geschäftsstelle der Partei Die Linke, Markt 12 A, über das Thema

**Der 70. Jahrestag der Befreiung – Historische Bedeutung und Lehren**

## Erfahrungen und Erkenntnisse eines DDR-Blockpolitikers

# Mehr als 40 Jahre Mitglied der NDPD

Ohne Rückblick auf in der Vergangenheit selbst Erlebtes und Gestaltetes sind Vorstellungen über eine friedliche Zukunft in einer sich rasch verändernden Welt nicht möglich.

40 Jahre Mitgliedschaft in der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NDPD) waren vier Jahrzehnte reifender Erfahrungen und Erkenntnisse bei der Block- und Bündnispolitik mit der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED), der Christlich-Demokratischen Union (CDU), der Liberaldemokratischen Partei Deutschlands (LDPD) und der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands (DBD). Nach dem 2. Weltkrieg und dem „Sturz“ ins Unbekannte war ich Teilnehmer an einem politischen Experiment besonderer Art mit seinen Qualitäten, Unwägbarkeiten und Illusionen. Dieses „Experiment“ – eine 40jährige „Langzeitstudie“ des Aufbaus des Sozialismus in der DDR – hat sich als Tatsache und visionärer Ausblick erwiesen, aber auch Öffnungen und Grenzen gezeigt.

Die hier geäußerten Gedanken beruhen auf meinen Lebenserfahrungen. Sie sind keine Schönfärberei, um einigen zu gefallen oder nach dem Munde zu reden. Es sind Schlußfolgerungen aus einer Zeit, in der ich mitreden konnte, ob erwünscht oder manchmal auch nicht, und die ich keineswegs missen möchte. Sie beweisen, was möglich ist, wenn mit Vernunft und klarem Blick, dynamisch und praktisch-dialektisch gedacht und gehandelt wird. Wo ehrliche Partner sich gefunden hatten, blieben gemeinsame Erfolge nicht aus, Grenzen wurden nicht nur rechtzeitig erkannt, sondern auch überwunden. Es war eine Zeit, die in dieser Farbigeit und Tiefe der Problematik wohl so nicht wiederkommen wird.

Das Zusammenwirken zwischen Mitgliedern der Blockparteien verlief nicht immer konfliktlos und auf Augenhöhe. Die allzu prononcierte Dominanz einer Partei, gleich welcher, schadet ihrer Führungsposition. Partner sind keine Erfüllungsgehilfen, sondern verantwortliche Gestalter in voller Mitverantwortung! Im Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien und Massenorganisationen fanden die politischen Kräfte unter Beachtung der besonderen Rolle der SED zusammen, wenn auch manche Beratung ohne einstimmig gefaßte Beschlüsse ausging. Die Beziehungen zwischen den Verantwortlichen der Parteien waren freundlich, aber nicht immer freundschaftlich und kameradschaftlich.

Meine Aufgabe als politischer Leiter eines Kreisverbandes – er nannte sich später Kreissekretär – war es, Mitglieder zu gewinnen und die Arbeit zu organisieren. Das „Tauziehen“ um für geeignet gehaltene Personen zwischen NDPD, LDPD und CDU verlief nicht immer ohne „blaue Flecken“. Dabei ging es vor allem um die Besetzung leitender Positionen in Staat und Gesellschaft. Ich wurde

von meinem Landesvorstand daran gemessen, wie sich der Einfluß der NDPD im Kreis entwickelte. Wir erlebten einen Prozeß des Umdenkens zur Gestaltung einer neuen, völlig anderen Gesellschaftsordnung und hatten



dafür keinerlei „Vorbereitungszeit“. Ich habe in dieser frühen Phase der DDR etwa 100 Mitglieder für meine Partei gewonnen.



Es gab natürlich auch Leute, die der SED gewissermaßen in gebückter Haltung gegenübertraten, was allerdings bei uns im Bezirk Karl-Marx-Stadt untypisch war. Meine Parteifreunde verhielten sich kritisch und waren manchmal auch unbequem. Ich betrachtete die Entwicklung und Festigung von Bündnissen als ein schweres, aber erstrebenswertes Unterfangen. Entscheidend war dabei das vertrauensvolle Handeln aller Beteiligten ohne Tabus bei inhaltlichen Fragen.

Ein paar Bemerkungen zu mir selbst: Ich kam direkt aus dem Kloster und überquerte 1949 „schwarz“ die Zonengrenze gen Osten, wo meine Eltern und Verwandten lebten. Mein Vater konnte sich in Reichenbach als Gastwirt des „Waldhauses zur Postsäule“ eine neue berufliche Existenz aufbauen.

Im Dezember 1949 wurde ich Mitglied der NDPD. In der Partei fand ich tolerante Partner und Freunde. Sie akzeptierten meinen katholischen Glauben.

Leitende Funktionäre der Partei wie Vinzenz Müller, unser Politischer Geschäftsführer, und der sächsische Landesvorsitzende Wilhelm Adam, die in sowjetischer Kriegsgefangenschaft zum Nationalkomitee Freies Deutschland gestoßen waren, inspirierten mich ebenso wie Dr. Lothar Bolz. Der NDPD-Parteivorsitzende hatte vor seiner Emigration verfolgt Antifaschisten als Anwalt vertreten. 1953 besuchte ich den 2. Halbjahreslehrgang an der Hochschule für Nationale Politik in Waldsiedersdorf. Ob als Mitarbeiter im NDPD-Bezirksvorstand Karl-Marx-Stadt,

persönlicher Referent seines Politischen Geschäftsführers, stellvertretender Bürgermeister eines Stadtbezirks, stellvertretender Vorsitzender des Bezirksfriedensrates oder Vorsitzender des Bezirksausschusses der Volkssolidarität – stets war ich bemüht, mein Bestes zu geben. Dabei fanden mein medizinisches Fachschulstudium als Arbeitshygieniker/Inspektor für Arbeitshygiene sowie meine philosophischen Interessen und das Studium an der Leipziger Karl-Marx-Universität nicht immer den „Segen“ der Partei. Als aber am Ende alles erfolgreich verlief und auch meine wissenschaftliche Arbeit Beachtung fand, änderte sich die Situation. Alles in allem war die Tätigkeit in der NDPD für mich also eine Lebensschule, zu der „Streicheinheiten“ wie „Backpfeifen“ gehörten.

Die Personalpolitik in der DDR beruhte ganz wesentlich auf der Beachtung und Gewährleistung der führenden Rolle der SED. Als unverzichtbare Bündnispartner unterstützten die Blockparteien sie öffentlich und intern, wenn auch mit bisweilen unterschiedlichen Positionen. Sie wurden in die Verantwortung einbezogen, wobei die Entscheidungskompetenz in Schlüsselfragen der Ideologie, der Wirtschaft sowie im Sicherheitsbereich in Händen der SED lag. Charakter und Modalitäten der Wahlen, zu denen die Kandidaten der Nationalen

Front gemeinsam antraten, sicherten deren führende Rolle. Bei Personalentscheidungen wurden Wissen und Können der Blockfreunde berücksichtigt. Deren Arbeits- und Leitungswirksamkeit hing in der Praxis davon ab, in welchem Maße man ihnen vertraute und wie man sie einsetzte.

Daran, daß die DDR vier Jahrzehnte lang bestand, hatten die Blockparteien und deren kompetente Persönlichkeiten einen nicht unwesentlichen Anteil.

1990 entließ ich als amtierender Vorsitzender des Stadtverbandes Karl-Marx-Stadt die NDPD kurz vor dem 3. Oktober schweren Herzens in die Geschichte.

**Dr. Wilfried Meißner, Chemnitz**

Die **RF-Regionalgruppe Bautzen/Oberlausitz** lädt zu einer

**Sonderfahrt nach Berlin zum Tag des Sieges der Roten Armee**

am **9. Mai** in den Treptower Park Berlins ein. Der Bus fährt um **7 Uhr** vom August-Bebel-Platz (Busbahnhof) ab.

**Anmeldungen** unter: 03 59 32-3 11 61

Am **12. Mai um 17 Uhr** findet im Haus der Sorben, Postplatz 2, ein

**Forum zur aktuell-politischen Lage in Rußland und der Ukraine**

statt.



## Wie von den Taxi-Unternehmern der Mindestlohn unterlaufen wird Warum ich als Fahrer gekündigt habe

Am 7. Februar erhielt ich Gelegenheit, in einem Interview mit der „Thüringer Landeszeitung“ ein paar den Unternehmern unangenehme Wahrheiten über die Taxibranche nicht nur in Weimar auszusprechen. Das Blatt war durch die Lese-Empfehlung eines Weimarer Onlineportals auf mein Blog aufmerksam geworden, aus dem ja auch der „RotFuchs“ Erlebnisse und Geschichten eines Taxifahrers veröffentlicht hat.

Angesichts des „neuen Zeitalters“ für den Niedriglohnsektor und in realistischer Einschätzung der Lachnummer „Mindestlohn“ hatte ich mir rechtzeitig eine andere Lohnarbeit gesucht. Die düstere Vorahnung wurde durch das „großzügige Angebot“ meines Taxiunternehmers bestätigt, fortan für 41 statt wie bisher für 40 % Umsatzbeteiligung zur Vermehrung seines Reichtums beizutragen. Einziger Fahrer, der auf der Bezahlung der Zeitstunde mit 8,50 EUR bestand, waren meine Tage in Diensten dieses marktwirtschaftlichen Vorzeigebürgers gezählt.

Alle anderen Kollegen fühlen sich gezwungen, das schäbige Spiel mitzumachen und sich zu denselben Konditionen wie zuvor, nun aber unter Fingierung reduzierter Arbeitsstunden, zähneknirschend weiter ausbeuten zu lassen. Da werden Arbeitszeitkonten gefälscht, Fahrtenbucheinträge unterschätzt oder der nun als „Überstunden“ zu deklarierende Anteil der Arbeitszeit einem fiktiven Überstundenkonto gutgeschrieben. Dieses soll angeblich am Jahresende – also am Sankt-Nimmerleins-Tag – ausgeglichen werden. Etwa 250 Stunden im Monat waren die Regel und sind es immer noch. Nur werden jetzt 100 davon als „Überstunden“ deklariert. Kein Fahrer glaubt daran, daß „sein“ Unternehmer ihm nach einem Jahr mehrere tausend Euro auszahlen oder ihn ersatzweise 3 bis 4 Monate bei Weiterbezug des Lohns freistellen wird. Eine pikante Extranote erhält die Angelegenheit durch die drastische Tarifierhöhung von beinahe 100 % pro gefahrenem Kilometer (3,00 € statt bisher 1,60 €), die sich Weimars Taxi-Unternehmerschaft schon im Dezember 2014 von der Stadt hatte genehmigen lassen. Die nun spürbar verteuerten Fahrten sorgen für deutlich mehr Umsatz, und das sogar in den traditionell „schwachen“ Monaten Januar und Februar. Die Fahrer aber müssen mit ansehen, wie von diesem Mehrerlös nichts bei ihnen hängenbleibt.

Selbst eine derart dreiste Nummer der „Arbeitgeber“, als Begründung für die Tarifierhöhung den ihnen drohenden Mindestlohn anzugeben und sich die dadurch gesteigerten Mehrumsätze in die eigenen Taschen zu stecken, wird von der Mehrzahl der Fahrer entweder nicht zur Kenntnis genommen oder mit resignierendem Achselzucken verbucht. Die Vereinzelung, das

Gegeneinander und die Reduzierung jedes Fahrers auf eine beliebig ausnutzbare Einkommensquelle für den jeweiligen Unternehmer ist ungebrochen.



Cartoon: Heinz Herresbach

Es ist überflüssig zu erwähnen, daß ich nach Erscheinen des Interviews in der „Thüringer Landeszeitung“ erst recht keine Chancen mehr hatte, von irgendeinem Taxibetreiber jemals wieder gefragt zu werden, ob ich nicht ein paar Schichten fahren wolle. Allerdings war das auch nicht meine Absicht, obwohl ich die Arbeit wegen der Fahrgäste und mancher Kollegen gerne gemacht habe. Meine Hoffnung war, daß durch die Publikation eines Artikels mit klar geäußerten Hinweisen auf den branchenüblichen Versuch der Umgehung des Mindestlohns vielleicht die eine oder andere Behörde aufmerksam und den „Arbeitgebern“ etwas genauer auf die Finger und in die Bücher geschaut würde. Ich denke nicht, daß sich diese Hoffnung erfüllen dürfte. Zu sicher sind sich die Bosse, daß ihre Masche nicht auffliegt, sondern sogar auf verständnisvolles Wohlwollen bei politischen Sachwaltern stößt. Immerhin ist ja – wenige Monate nach Einführung des „flächendeckenden Mindestlohns“ – schon wieder die Rede davon, den Firmenchefs solche Zumutungen wie eine genaue Zeiterfassung zu ersparen. Das aber wäre die einzige Maßnahme, die eine wirksame Kontrolle darüber

ermöglichen würde, ob der Mindestlohn tatsächlich auch gezahlt wird.

Wenn es noch eines Beispiels zur Illustration der Schaumschlägerei sozialdemokratischer

Kapitalistenverstehers dafür bedürft hätte, um klarzustellen, wer hierzulande das Sagen hat und die Gesetze macht – der „Mindestlohn“ öffnet einem die Augen. So man es denn will.

Wenn aber schon weitaus „größere“, für das Überleben der Menschheit spürbar gefährlichere Entwicklungen wie der immer kriegslüsternere Expansionsdrang des Imperialismus nicht in der Lage sind, eine Mehrheit der Bevölkerung gegen die Lügen der herrschenden Klasse zu mobilisieren, wie soll dann erst irgendein Hund durch den marktwirtschaftsüblichen Betrug an den Arbeitern in einer peripheren Niedriglohnbranche wie dem Taxiwesen hinter dem Ofen hervorgehakt werden?

Die Aufgabe von Kommunisten, Sozialisten und anderen Humanisten kann angesichts der gegebenen Verhältnisse nur darin bestehen, geduldig aufzuklären und die Ursachen von Not, Ausbeutung, Arbeitslosigkeit und Krieg zu benennen. Man darf die Hoffnung nicht verlieren, daß sich eines Tages genügend Menschen zusammenschließen, die mit der nötigen Konsequenz die Eigentumsfrage stellen. Für mich heißt das nicht – wie für die Partei Die Linke –, den Kapitalismus ein bißchen erträglicher machen zu wollen und dafür in bürgerlichen Wahlen Stimmen zu sammeln, sondern aus dem Kapitalstandort BRD ein Land zu machen, wo eine bedürfnisorientierte Planwirtschaft den immensen Reichtum von Land und Leuten allen zugute kommen läßt.

Kay Strathus, Weimar

Prof. Dr. Ekkehard Lieberam ist in zwei „RotFuchs“-Gruppen zu Gast:

Am **16. Mai um 10 Uhr** spricht er auf einer Veranstaltung der **RF-Regionalgruppe Chemnitz-Zwickau-Plauen** in Zwickau, Kopernikusstraße 7, Seniorenbüro, über das Thema

**Ergebnisse des Strebens der Partei Die Linke nach Regierungsbeteiligungen**

Am **29. Mai 2015 um 15 Uhr** spricht Prof. Lieberam auf einer Veranstaltung der **RF-Regionalgruppe Frankfurt/Oder** in der Volkssolidarität, Logenstraße 1, über das Thema

**Die Linke, die DDR und die heutige Zeit**

# Ist die Rentenangleichung bis 2019 eine Farce?

Im Februar verlautete aus Merkels Regierung, man sei besorgt, daß die im Koalitionsvertrag vereinbarte volle Angleichung der Ostrenten an die Westbezüge bis 2019 scheitern könnte. Während der CDU-Haushaltspolitiker Eckhardt Rehberg meint, die schnelle Rentenangleichung sei der falsche Schritt, und man wolle erst einmal abwarten, wie sich der Mindestlohn auf die Renten auswirkt (!), verkündete Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reiner Haselhoff (gleichfalls CDU), daß der Markt es nicht richten werde, und „die Politik“ unverzüglich eingreifen müsse. Die Ostrenten betragen derzeit 92,4 % des Westniveaus.

Die Deutsche Rentenversicherung (DRV) mahnte schon Ende 2014, daß die Angleichung ohne zusätzliche Milliarden aus dem Staatshaushalt wohl nicht gelingen könne, weil eine Anpassung der ostdeutschen Löhne, die gegenwärtig bei 80 % der westdeutschen liegen, auch in den nächsten Jahren nicht zu erwarten sei.

Derzeit beträgt die Ost-Standardrente aus der Gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) etwa 1190, die West-Standardrente aber 1290 Euro. Völlig unberücksichtigt bleibt dabei die Tatsache, daß in den alten Bundesländern nur 41 % der abhängig Beschäftigten Rente aus der GRV beziehen und 51 % Einkünfte aus einer Kombination von GRV-Rente, betrieblicher Altersversorgung (AV) und anderen Zusatzleistungen erhalten. In Ostdeutschland sind hingegen 98 % der abhängig Beschäftigten allein auf die Rente aus der GRV angewiesen. Betrachtet man nun die Gesamteinkünfte, so entspricht das Ostniveau nur 65 % des Westniveaus!

Der den Bezügen zugrundeliegende Rentenwert und die Beitragsbemessungsgrenze wurden seit dem Anschluß der DDR an die BRD in der Annahme, daß sich die Einkommensverhältnisse in Ost und West kurzfristig angleichen würden, unterschiedlich festgelegt und auch entsprechend fortgeschrieben. Die Bundesregierungen haben jedoch seit 1989 keinen gleichstellenden Aufschwung der Produktions- und Lebensverhältnisse in die Wege zu leiten vermocht. Seit mehr als zehn Jahren liegen Untersuchungen, Vorschläge und Anträge von Gewerkschaften, Sozialverbänden und der Linkspartei zur Lösung dieses Problems vor. Stets waren sich CDU und SPD einig, dem nicht zu entsprechen. Unisono haben sie in der vergangenen Legislaturperiode alle 19 Anträge der Linkspartei nicht nur abgelehnt, sondern deren Verfasser überdies auch noch verhöhnt.

Da verblüfft es schon, wenn Iris Gleicke (SPD), Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Länder, im Februar verkünden ließ, sie halte einen „Zwischenschritt“ und nicht etwa den letzten Schritt bei der Rentenangleichung Ost – West im Jahr 2017 für „wahrscheinlich“.

Aber die eigentliche Frage ist doch, ob das mit dem Rentenüberleitungsgesetz angeblich nur für kurze Zeit anvisierte „Sonderrecht Ost“ zur Alterssicherung, das unterschiedliche Rentenwerte und Beitragsbemessungsgrenzen manifestiert, weiterhin unverändert und mit unbestimmtem Ende für die noch lebenden ehemaligen DDR-Bürger und die heute im Osten der BRD Ansässigen gelten soll.

Die damals gegebenen Voraussetzungen haben sich inzwischen grundlegend geändert. 1990 ging man von gleichen Beschäftigungsverhältnissen in ganz Deutschland aus. Doch im Osten ist die Zahl der Beitragszahler deutlich geringer geworden und sinkt weiter. Das Auswandern Arbeitsfähiger in den Westen, das Pendeln von im Osten Lebenden und im Westen Arbeitenden, deren Anzahl Ende 1991 rund 1,7 Millionen betrug und sich bis heute in unterschiedlichem Maße fortsetzt, haben zum Vergreisen ganzer Landstriche auf einstigem DDR-Territorium geführt. Dort gibt es nur noch Rentenempfänger, aber fast keine Beitragszahler mehr. Das ist für die private Versicherungswirtschaft eine Steilvorlage, um profitable Verträge abzuschließen.

Der einzig logische Weg wäre, die Beiträge der aus dem Osten in den Westen abgewanderten Lohn- und Gehaltsempfänger, die alle in die Rentenkasse West einzahlen, denen anzurechnen, die sie im Osten erzogen und auf das Berufsleben vorbereitet haben. Ein Ausgleich, der dem „Generationenvertrag“ entspräche – dem gesellschaftlichen Konsens, daß sich eine Generation solidarisch zur anderen verhalten muß.

„Die Gesetzliche Rente hat eine Zukunft – auch im Osten –, wenn endlich der Rentenwert Ost an den Rentenwert West angeglichen, das Rentenüberleitungsgesetz korrigiert und bei der Rentenversicherung eine grundlegende Kehrtwende eingeleitet wird“, stellte die frühere Bundestagsabgeordnete und jetzige Beraterin der Linkspartei, Dr. Martina Bunge, fest.

**Heinz Scharf, Neuenhagen**

## Das Land, wo Milch und Honig fließen ...

Pünktlich vor dem Ostergeschäft 2015 legten sich die Medien der BRD einmal mehr mächtig ins Zeug, um Massen von Menschen in die Geschäfte zu locken. Das Konsum-Barometer war auf 9,7 Punkte gestiegen und wies somit den höchsten Wert seit Oktober 2001 auf. Daß die derzeit niedrigen Zinsen viele nicht mehr zum Sparen animieren, ließ man nur noch in Nebensätzen durchblicken. Die Frage, ob ein nicht geringer Teil der Bevölkerung denn überhaupt imstande sei, etwas beiseite zu legen, blendeten Presse, Funk und Fernsehen gleich ganz aus.

Bestimmte Tatsachen werden aber mit Vorliebe unter den Teppich der Erfolgsmeldungen gekehrt: 25 Prozent der Arbeiter und Angestellten waren 2014 im sogenannten Niedriglohnsektor beschäftigt. Sie verdienen weniger als zehn Euro brutto in der Stunde. Wovon sollten diese etwa acht Millionen Betroffenen denn noch irgend etwas anlegen? Licht ins Dunkel brachte die Berliner Sparkasse, als sie 2014 in ihrem Magazin „Berliner Akzente“ Einnahmen und Ausgaben

gegenüberstellte. Da war der 22jährige Student mit einem Nettoeinkommen von 1000 Euro, Ausgaben 995 Euro. Macht satte fünf Euro Überschuß. Der Weg zum neuen Fahrrad oder Smartphone dürfte hier sehr lang sein oder ein Kauf auf Pump erfolgen. Eine alleinerziehende Frau (30) mit vierjähriger Tochter wurde vorgestellt. Nettogehalt: 1430 Euro, Ausgaben: 1422 Euro. Von den acht Euro Ersparnis pro Monat wird die junge Mutter kaum „große“ Sprünge machen können. Geht hier die Waschmaschine kaputt, ist der Weg in die Schuldenfalle vorprogrammiert. Und die Bedürfnisse der Tochter werden in den künftigen Jahren mit Sicherheit steigen. In beiden Fällen muß übrigens mehr als ein Drittel der Nettobezüge für die monatliche Wohnungsmiete auf den Tisch gelegt werden. Das gleichfalls vorgestellte Seniorenhepaar bringt es bei Nettoeinkommen in Höhe von 2200 Euro und Ausgaben von 2168 Euro immerhin auf ein Plus von 32 Euro.

Mit dem folgenden Fall eröffnete die Berliner Sparkasse dem Leser endlich jene

Gehaltsklasse, welche erklimmen werden muß, um unbeschwert über die Runden zu kommen. Eine drahtige Endvierzigerin, als Single in einer Eigentumswohnung lebend, kann auf ein Nettoentgelt in Höhe von 3000 Euro verweisen. Bei vergleichsweise hohen Ausgaben für Wohnen, Ernährung, Bildung und Freizeit verbleiben ihr davon immerhin 360 Euro, von denen sie etwas auf die hohe Kante legen kann. Der Beruf der Dame wurde nicht verraten. Möge jeder RF-Leser darüber nachdenken, wie viele Menschen es in seinem Umfeld gibt, die zu derart gehobenen Gehaltsklassen gehören.

**Rico Jalowitzki**

Am 28. Mai um 15 Uhr spricht **Uwe Hiksich**, Sprecher des Marxistischen Forums in der Partei Die Linke, auf einer Veranstaltung der **RF-Regionalgruppe Erfurt-Weimar** in Erfurt, Gaststätte „Dahlie“, Roßlauer Straße 1, über das Thema

**Antimilitarismus und Friedenspolitik**



## Ein Kuckucksei der Reichen für das Nest der Einkommensschwachen

# Was in der DDR undenkbar gewesen wäre

Ich stelle mir vor, das Staatliche Komitee für Fernsehen und das Staatliche Komitee für Rundfunk beim Ministerrat der DDR wären im Verbund mit der DDR-Volkskammer übereingekommen, das Kündigungsrecht für eine Rundfunkleistung abzuschaffen und die bestehende individuelle Rundfunkgebühr für Radio und Fernsehen (ein Gerät = eine Gebühr) aufzuheben, um diese durch eine pauschale Abgabe pro Wohnung zu ersetzen. Und zwar unabhängig davon, ob sich dort überhaupt ein Gerät befindet.

Welches Geschrei hätte sich in den West-Medien über eine solche Maßnahme der DDR erhoben? Wäre sie nicht wegen des Entzugs der freien Selbstbestimmung ihrer Bürger darüber, wofür sie ihr Geld auszugeben oder nicht auszugeben gedenken, wegen schwerster Verletzung der Menschenrechte angeklagt worden? Eine „kommunistische Einheitsgebühr“ für Rundfunk und Fernsehen hätte vortrefflich in das Konzept der Anti-DDR-Propaganda gepaßt!

Als aber im Januar 2013 eine solche in der DDR undenkbare „Wohnungsabgabe“ bundesweit eingeführt wurde, blieb ein Aufschrei der Medien aus. Der Staatsrundfunk verteidigte die neue Beitragsregelung sogar als „sozial gerecht“. Die Presse berichtete wertungsneutral oder gab Meinungen kommentarlos wieder. Man schwieg zu dem sozialen Unrechtsgesetz, wonach Geringverdienende den Beitrag für Besitzende, die mehr als ein Radio und ein Fernsehgerät sowie das Internet in ihrer Wohnung nutzen, mitfinanzieren müssen. Hatte nicht Herr Gauck in seiner Rede auf der 22. Sitzung des UN-Menschenrechtsrats in Genf am 25. Februar 2013 erklärt, auch Demokratien müßten „sich fragen lassen, ob sie nicht aus wirtschaftlichen Gründen Menschenrechte relativieren“. Relativieren?

Im Reigen der BRD-Medien nimmt „neues deutschland“ in dieser Frage sogar eine Sonderrolle ein. In seiner Ausgabe vom 20./21. Dezember 2014 verteidigte die

„Sozialistische Tageszeitung“ unter dem Titel „Schon gezahlt?“ von Robert D. Meyer ausdrücklich die seit 2013 geltende Wohnungsabgabe und stellte jene an den Pranger, welche ihre Stimme dagegen erheben. So behauptete das Blatt u. a.: „... egal, ob alte GEZ-Gebühr oder Haushaltsabgabe: In beiden Fällen war und ist der monatliche Beitrag nicht an die tatsächliche Nutzung gekoppelt.“ Stimmt das? Nein. Auch

nichts eine volle Wohnungsabgabe von 17,98 Euro im Monat entrichten.

Personen, die mehr als ein Radio, mehr als ein Fernsehgerät und das Internet nutzten, mußten bis Dezember 2012 für jedes Empfangsgerät eine Gebühr entrichten. Sie sind ebenso Nutznießer dieser Regelung wie Wohngemeinschaften, deren Mitglieder sich eine „Wohnungsabgabe“ teilen können. Um Verständnis für das soziale Unrecht zu

wecken, verweist das „nd“ auf das „Gesundheitswesen“. Da müßten ja auch alle zahlen. Wer sich indes erkennt, weiß, daß sich der Beitrag für die Sozialversicherung nach dem Einkommen des Versicherten richtet, wovon Privatversicherte ausgenommen sind. Das Gesundheitswesen ist überdies eine soziale Einrichtung.

Die Entstehungsgeschichte zum aktuellen Rundfunkbeitrag begann mit einer Hetzkampagne des Deutschlandfunks im Sommer 2010 gegen sogenannte Schwarzseher und -hörer. Sie wurden systematisch kriminalisiert. Dann scheuchten die Rundfunkanstalten ihre Mitarbeiter durch die Wohngebiete, um „illegale“ Zuschauer und Hörer aufzuspüren. Die so entstehende Unruhe sollte die Bevölkerung zur Akzeptanz jeder Gebührenlösung bewegen, um nur in Ruhe gelassen zu werden. Das Ganze mündete in der parlamentarischen Absegnung

des von den Rundfunkanstalten begehrten Gesetzes.

Ich erhob in Karlsruhe Verfassungsbeschwerde gegen die Abschaffung des Kündigungsrechts. Sie wurde wegen eines Formfehlers nicht angenommen.

Zugegeben: Auch in der DDR war nicht alles so, wie es hätte sein sollen. Doch auf die Idee, eine Gebühr zu erlassen, bei der Geringverdienende für Besserverdienende zur Kasse gebeten werden, lag in ihrer Zeit außerhalb jeglichen Vorstellungsvermögens der Bürger. **Hans-Jürgen Schmidt, Berlin**



Karikatur: Klaus Stüttmann

wenn sich für jene, welche schon immer für ein Radio und für ein Fernsehgerät bezahlt haben, ab Januar 2013 nichts geändert hat. Wer sich den Rundfunkbeitragsstaatsvertrag vom Dezember 2010, in der Fassung des 15. Rundfunkänderungsstaatsvertrags mit Rechtskraft ab 1. Januar 2013 ansieht, wird folgende Änderungen feststellen: 1. Die individuelle Rundfunkgebühr (1 Gerät = 1 Gebühr), wie sie bis Dezember 2012 galt, wurde abgeschafft und durch eine Wohnungsabgabe ersetzt. 2. Das Recht auf Kündigung, um eine nichtgewollte Leistung abwehren zu können, wurde aufgehoben. So wird jede und jeder unterschiedslos gezwungen, sobald er oder sie eine Wohnung besitzt, einen Rundfunkbeitrag zu leisten. 3. Ein Bußgeld wurde eingeführt, um jene zu belangen, die sich weigern, für eine nichtgewollte Rundfunkleistung zu bezahlen. 4. Personen wie z. B. Hartz-IV-Empfänger, die bis Dezember 2012 von der Rundfunkgebühr befreit waren, haben nun einen geminderten Rundfunkbeitrag zu erbringen.

Leidtragende der Neuregelung sind alle, die nur ein Radio nutzen. Für sie erhöhte sich der Beitrag um 200 Prozent, für Nutzer nur eines Fernsehgeräts um 30 Prozent. Wer weder Radio noch Fernseher, noch das Internet in Anspruch nimmt, muß unter Strafandrohung für nichts und wieder

Als Wegbereiter und Vorsitzender der RF-Regionalgruppe Freiberg hat Genosse

### Lothar Hunger

aus Brand-Erbisdorf wichtige Pionierarbeit für unseren Förderverein geleistet. Am 7. Mai wird unser verlässlicher Mitstreiter, der sich zu DDR-Zeiten als verantwortlicher Wirtschaftspolitiker bewährte, 80 Jahre alt. Sei umarmt, lieber Lothar!

Am 13. Mai begeht unser dem „RotFuchs“ seit vielen Jahren eng verbundener Genosse

### Kurt Koopmann

aus Seddiner See seinen 85. Geburtstag. Der erfahrene Gewerkschaftsfunktionär und spätere Parteisekretär eines Großbetriebes der elektronischen Industrie hat sich beim Aufbau der RF-Regionalgruppe Potsdam sehr verdient gemacht.

Laß Dir von Herzen gratulieren, lieber Kurt!

## Ein Teufelchen, das in der Ecke lauert

Die Prosperität ist jene Etappe im Krisenzyklus des Kapitals, welche den Kapitalisten besonders hohe Profite beschert. Es ist eine Etappe des steigenden Umsatzes, der relativ stabilen Preise, des billigen Geldes und günstiger Kredite bei verhältnismäßig geringer Arbeitslosigkeit und wachsendem Konsum. Kurzum, eine scheinbare Wohlfühlzeit für alle Schichten der Gesellschaft.

Allerdings gibt es da ein kleines Teufelchen, das versteckt in der Ecke lauert. Und das ist ausgerechnet der Markt, dem man es am wenigsten zugetraut hätte. Er ist der große Regulierer der Produktion, der allumfassende Wahrsager, Bedürfnisbefriediger, ja der Messias der kapitalistischen Gesellschaft.

Wieso ist er das? Es ist nicht seine Schuld. Nein, er ist nach wie vor das exakte Barometer der Bedürfnisse und des Verbrauchs. Andere Bedingungen der kapitalistischen Produktion sind es, die seine regulative Wirkung zeitweise außer Kraft setzen. In erster Linie handelt es sich dabei um das Finanz- und Kreditsystem als festen Bestandteil der widersprüchlichen Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Produktionsweise. Marx, der diese Zusammenhänge aufdeckte, schreibt: „In Zeiten der

Prosperität, großer Expansion, Beschleunigung und Energie des Reproduktionsprozesses sind die Arbeiter voll beschäftigt. Meist tritt auch Steigen des Lohnes ein und gleicht das Fallen desselben unter das Durchschnittsniveau in den andern Perioden des kommerziellen Zyklus einigermaßen aus. Gleichzeitig wachsen die Revenuen der Kapitalisten bedeutend. Die Konsumtion steigt allgemein.“ (MEW, Band 25, S. 462)

Das sind alles Erscheinungen, wie wir sie aus der Gegenwart kennen, wenn auch die „Reservearmee“ der Arbeitslosen nie ganz verschwindet, wie das an anderer Stelle in der Krisentheorie hervorgehoben wird. Die Prosperität ist auch keine weltweit gleichzeitig auftretende Erscheinung. Die fortgeschrittene Globalisierung in der Wirtschaft nivelliert heutzutage die Krisenzyklen der einzelnen Länder. Bestimmte Etappen verschieben sich zeitlich oder treten nur stark deformiert auf. Viele Länder, auch europäische mit hoher Arbeitslosigkeit und Anziehen der Preise für Konsumartikel sind der Beweis.

Noch ein Wort zur Einschränkung der Wirkung des Marktes. Marx schreibt: „Der Kredit macht den Rückfluß in Geldform unabhängig vom Zeitpunkt des wirklichen Rückflusses, sei es für den

industriellen Kapitalisten, sei es für den Kaufmann. Jeder von beiden verkauft auf Kredit; seine Ware ist also veräußert, bevor sie sich für ihn in Geld rückverwandelt, also zu ihm selbst in Geldform zurückgeflossen ist. Andererseits kauft er auf Kredit und so hat sich der Wert seiner Ware für ihn rückverwandelt, sei es in produktives Kapital, sei es in Warenkapital, schon bevor dieser Wert wirklich in Geld verwandelt worden, bevor der Warenpreis verfallen und bezahlt ist.“ (A.a.O., S. 463 f.)

Marx meint hier eindeutig, daß der Akt des echten Verkaufs der Ware auf dem Markt und der Rückfluß seines Kapitals durch den Kredit zeitlich auseinanderfallen. Den Kapitalisten interessiert nicht mehr, wo seine Ware abbleibt, ob sie verkäuflich ist oder in Textillagerhallen und auf Stellplätzen für Neu- oder Gebrauchtwagen, ja sogar auf dem Müll landet.

Wenn den Kreditgebern das Geld ausgeht, nennt sich das „Finanzkrise“. Dann hilft der kapitalistische Staat. Falls die Steuern des Volkes nicht reichen, wird eben neues Geld gedruckt. Auf den Markt schaut niemand mehr. Diese Geldaufblähungen müssen irgendwann einmal reguliert werden. Die Luft entweicht mit einem Knall.

**Dr. oec. Werner Kulitzscher, Berlin**

## Demokratie und Freiheit aus philosophischer Sicht

Gegenwärtig ergehen sich die Politiker der Bourgeoisie einmal mehr in den Vokabeln Demokratie und Freiheit. Die Begriffe hängen inhaltlich von der jeweiligen Interessenlage ab. Es geht darum, wann und wo welche Werte wie und warum zu verteidigen sind. Für uns Marxisten gibt es auf diese Frage nur eine Antwort: Demokratie ist kein klassenneutraler Begriff. Sie hängt von den ökonomischen Rahmenbedingungen ab. Dem Wort liegen zwei griechische Vokabeln zugrunde. Demos bedeutet nicht Volk, sondern Angehöriger einer Gemeinschaft. Damit waren in der Antike Gelehrte, aber auch Handwerker und Soldaten gemeint. Demos ist also nicht gleichbedeutend mit ethnos (Volk). Der zweite Begriff – kratia – heißt Herrschaft im Sinne von Entscheidungsmacht.

Der Begriff Freiheit taucht erstmals in der Idee des Naturrechts auf, die insbesondere von John Locke entwickelt wurde. Danach hat der Mensch von Natur aus Grundrechte, deren Beschneidung einen Eingriff in seine garantierten Freiheiten darstelle. Freiheit im Sinne von Selbstbestimmung wird erst mit Immanuel Kant eingeführt. Er unterscheidet zwei wichtige Arten: Erstens die Willkürfreiheit, also die Freiheit, die uns gestattet, jede beliebige Handlung ohne Rücksicht auf andere auszuführen. Da der Mensch jedoch ein vernunftbegabtes Wesen ist, bleibt diese Freiheit unvollkommen.

Zweitens die Freiheit als Autonomie. Diese koppelt sich selbstverständlich auch an das,

was Kant unter Demokratie versteht. Die Garantie der Entscheidungsfreiheit eines jeden zugunsten der optimalen Freiheit aller. In Hegels Rechtsphilosophie wird die Freiheit zur Idee, also zum Begriff aller Begriffe der menschlichen Geschichte.

Für Marx – und das ist der entscheidende Übertritt – sind Demokratie und Freiheit wie bei Hegel zwar historische Begriffe, entspringen aber nicht dem Denken, sondern werden erst durch die sozialökonomischen Bedingungen als Gedachtes reflektiert. Hier sind die Begriffe, mit denen sich der „Zeitgeist“ kleidet, Ergebnisse der jeweiligen Klassengesellschaft, oder anders ausgedrückt: Die herrschenden Bedingungen, die herrschende Klasse geben die Definition ihrer Begriffe vor. Dennoch sollten wir nicht den Fehler begehen, diese Fragen allein an den Klassenkampf zu verweisen. Das würde Marx und seinen Vorläufer, die er selbst als „Giganten“ bezeichnete, nicht gerecht. Die Praxis als Kriterium der Wahrheit zu nehmen bedeutet auch, den historischen Hintergrund der unterschiedlichen Kulturen zu achten. Der Marxismus zeichnet sich in der Tradition der Hegelschen Philosophie eben dadurch aus, daß er kein Dogma ist, sondern sein revolutionäres Programm daraus herleitet, inwieweit und durch was die historischen Bedingungen gegeben sind. Das heißt vor allem, die Befangenheit in einem historischen Wertesystem aus der Politik der Arbeiterbewegung zu verbannen.

**Nico Jühe, Wuppertal**

## Kampf der Linien in der KP Chinas

Mit dieser Überschrift versahen Richard Corell u. a. von der „Kommunistischen Arbeiterzeitung“ (KAZ) ihren die Gesamtentwicklung Chinas positiv bewertenden Beitrag in der Vierteljahresschrift „Theorie und Praxis“ (T & P), in dem es einleitend heißt:

*„Es gibt in der KPCh einen harten politischen Meinungskampf, in dem zwei Grundlinien deutlich sind: Die Mehrheit will eine kontinuierliche Entwicklung. Eine linke Minderheit sieht aber die Gefahr, daß bei ‚Öffnung und Reform‘ die Marktwirtschaft vom Mittel zum Zweck wird, d. h. zur Rückkehr des Kapitalismus und zur Machtübernahme der Bourgeoisie führt.“*

Am 13. Mai um 15.30 Uhr spricht Oberst a. D. **Bernd Biedermann** auf einer Veranstaltung der **RF-Regionalgruppe Mecklenburg-Vorpommern/Nordwest** im Gebäude der Volkssolidarität Wismar-Wendorf, Hanno-Günther-Str. 6, über das Thema

**Die Lage im asiatisch-pazifischen Raum und die Interessengegensätze zwischen den USA und China**



## 6 Millionen Stimmen für Japans Kommunisten stärken die Friedenskräfte in Asien

# Paukenschlag auf Okinawa

Wie die RF-Leser bereits wissen, hat die Kommunistische Partei Japans (KPJ) bei den Unterhauswahlen im Dezember 2014 einen außergewöhnlichen Erfolg für sich verbuchen können. Mit 6,06 Millionen Stimmen und einem Wähleranteil von 11,7 % gelang es ihr, die Zahl der KPJ-Mandate von 8 auf 21 zu erhöhen. Geradezu triumphal war ihr Abschneiden auf Okinawa, wo sich der KPJ-Direktkandidat Seiken Akamine im Stimmbezirk Nr. 1 klar durchsetzen konnte. Sein Sieg war keineswegs zufällig. Seit Jahrzehnten stehen die Inselbewohner und mit ihnen die KPJ hier in einem erbitterten Kampf gegen die massive militärische Präsenz des Pentagons. Die Streitkräfte der Vereinigten Staaten, die auf Okinawa bereits mehrere Stützpunkte unterhalten, wollen jetzt für die Spezialeinheiten der U.S. Marines eine neue gigantische Luftwaffenbasis errichten.

Als die großbürgerlich-rechtskonservative Regierung des derzeitigen Tokioter Premiers Shinzo Abe im vergangenen Jahr dem Ansinnen Washingtons entsprach, in Okinawas ökologisch besonders sensibler Henoko-Bucht dieses Projekt zu verwirklichen, brach unter den Inselbewohnern ein Sturm der Entrüstung los. Die auflagenstarke japanische Morgenzeitung „Asahi Shimbun“ kommentierte die Gründe für den Wahlausgang bereits in ihrer Schlagzeile: „LDP (gemeint ist die regierende Liberal-Demokratische Partei Abes – RF) erleidet vernichtende Niederlage auf Okinawa – ein Schlag für die Stützpunkthänger.“ In einem ersten redaktionellen Kommentar schrieb das großbürgerliche Blatt: „Die Kandidaten der Opposition gewannen alle vier Direktmandate. Das ist ein Symptom für die wachsende Frustration der Wähler über die geplante Verlegung des Luftwaffenstützpunktes der U.S. Marines von Futema nach Henoko auf Okinawa. Einer der vier Gewinner von Direktmandaten war der kommunistische Bewerber.“

Hier bedarf es eines Wortes der Erklärung: Das japanische Wahlsystem stellt eine Kombination aus proportionaler Sitzverteilung nach der Anzahl der abgegebenen Stimmen und sogenannten Einzelstimmbezirken dar. Dort fällt der Sitz automatisch an die vorliegende Partei, während das Votum für alle anderen Bewerber keine Berücksichtigung findet. Dieser Modus sicherte der regierenden LDP bisher automatisch eine stabile Mehrheit im Unterhaus. Seiken Akamine vermochte diesen Teufelskreis als erster KPJ-Bewerber seit 1996 zu durchbrechen.

Schon 2014 hatten Okinawas Wähler ihrem Unmut über die geplante Verlegung der amerikanischen Superbasis nach Henoko dadurch Ausdruck verliehen, daß sie mit Takeshi Onaga einen entschiedenen Gegner der Stützpunkt-errichtung auf den Posten des Gouverneurs ihrer Präfektur beriefen. Jetzt berichtete „Ryuku Shimpō“, Okinawas auflagenstärkste Zeitung, der kommunistische Kandidat habe diesmal die Unterstützung der Kräfte jener zwei Parteien erhalten, die seinerzeit Onagas

Wahl abgesichert hatten. Ein breites Spektrum aus anderen Oppositionsparteien und zahlreichen Unabhängigen habe dem Bewerber der KPJ den notwendigen elektoralen Rückhalt verliehen. Selbst aus dem zentristischen und konservativen Lager seien ihm wegen seiner

Dieser Kurs der Kommunisten brachte ihrer Partei auf Anhieb Millionen neue Wählerstimmen ein. Obwohl auf die Liste der LDP nur noch 33 % des Votums entfielen, behielt Abes Partei dank des zuvor geschilderten Wahlsystems die Kontrolle über das Unterhaus.



**Dieses Foto wurde im Mai 1971 auf der Luftwaffenbasis Yokota aufgenommen, wo unablässig die schweren B-52-Bomber der U.S. Air Force mit ihrer tödlichen Fracht Kurs Vietnam aufstiegen. Die Personen am Zaun der Verbotszone sind Tetsuzo Otaka, damals Leiter der außenpolitischen Redaktion des KPJ-Organs „Akahata“ (rechts), ND-Sonderkorrespondent Klaus Steiniger und ein kommunistischer Lehrer, der über sämtliche Starts der US-Bomber Protokoll führte.**

konsequenten Haltung gegenüber Washington und Tokio höchst ungewöhnlicherweise Stimmen zugeflossen.

Schon zu Jahresbeginn 2014 war in der Stadt Nago, in deren unmittelbarer Nähe der zur Debatte stehende Stützpunkt eingerichtet werden soll, der parteilose Gegner des Vorhabens Inamine Susumu mit deutlichem Vorsprung als Bürgermeister wiedergewählt worden. Auf einer Rundreise durch die Vereinigten Staaten forderte der Kommunalpolitiker wenige Monate später, Washington solle sein Vorhaben aufgeben. Japans Regierende, ließ er wissen, handelten mit ihrer Förderung des Pentagon-Projekts gegen den erklärten Willen der Bevölkerung. Wörtlich erklärte Susumu: „Die Okinawaer werden nicht nur von den US-Streitkräften kontrolliert, sondern auch durch Tokio unfair behandelt.“ Sie kämen sich vor, als sollten sie kolonisiert werden.

Die KPJ stellte die Forderung nach einem „stützpunktfreien Okinawa“ bewußt in den Mittelpunkt ihrer jüngsten Wahlkampagne. Sie attackierte zugleich die Remilitarisierungspläne des Tokioter Kabinetts und die von ihr als „Abenomics“ gezeißelte Politik im Interesse des Big Business. Angesichts des erst drei Jahre zurückliegenden Super-GAUs von Fukushima wandte sich die KPJ zugleich auch gegen die Nutzung der Kernenergie.

Im vergangenen Dezember bestätigte das Tokioter Kabinett ein Rekord-Rüstungsbudget von 42 Milliarden Dollar, die auch für den Ankauf von Stealth-Kampfmaschinen aus den USA bestimmt sind. Andererseits wurden die Ausgaben für soziale Zwecke weiter gekürzt und die „Konsumsteuer“ angehoben.

Vor dem Hintergrund des hier dargestellten Geschehens ist wohl auch die Japan-Reise der Bundeskanzlerin im März zu bewerten. Sie fand zu einer Zeit statt, in der sich der Ausbau militärischer Zusammenarbeit zwischen Berlin und Tokio wie in „alten Tagen“ schnell entwickelt. Kriegsschiffe beider Staaten haben am Horn von Afrika bereits gemeinsame taktische Manöver durchgeführt. Auch Heer und Luftwaffe der BRD strecken Nippon ihre Fühler entgegen. Regierungsberater haben der Kanzlerin bereits 2013 empfohlen, „sich an der politisch-militärischen Neuausrichtung der USA nach Asien zu beteiligen“. Wie das Internet-Portal „German Foreign Policy“ hierzu feststellte, handelt es sich um „die Stärkung westlicher Positionen im Umfeld der Volksrepublik China, die machtpolitisch zurückgedrängt werden soll“. Vor diesem Hintergrund ist der Wahlerfolg der japanischen Kommunisten ein ermutigendes Signal.

**RF, gestützt auf „People’s World“, New York**

## Troika und Oligarchen wollen Hellas weiterhin im Griff behalten

# Die Würger der Griechen

Griechenland befindet sich seit mehr als sechs Jahren in einer tiefen politischen und ökonomischen Krise. Da Athen seinen internationalen Zahlungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen konnte, erhielt es bisher Kredite in Höhe von ca. 240 Mrd. Euro von der Europäischen Union (EU)/ der Europäischen Zentralbank (EZB) und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) – der

verhaßten „Troika“! Im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt wuchs die Staatsverschuldung von 157,19 % (2012) auf geschätzte 174,7 % im vergangenen Jahr.

Alle Zahlen beweisen eindeutig, daß die Auflagen der „Troika“ und der Verkauf griechischen Staatsvermögens keine Linderung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme gebracht haben. Im Gegenteil: Die Volkswirt-

der anrühigen griechischen Staatspapiere zu entledigen oder ihr Kapital ins Ausland zu schaffen.

Nachdem klar war, daß bei den Neuwahlen des griechischen Parlaments am 25. Januar mit dem Sieg der linksgerichteten Syriza zu rechnen war, schwenkte die EU zunächst scheinbar um. Syriza-Chef Alexis Tsipras hatte in deren Vorfeld die Absicht geäußert, die EU/IWF-Zwangsfestlegungen für „Reformen“ zu stoppen und die Zinsknechtschaft zu beenden. Daraufhin änderte man bei der EU die Rhetorik. Ein Regierungsberater vom bundesdeutschen DIW schlug beispielsweise vor, Hellas die Hälfte der Staatsschulden zu erlassen. Die BRD würde den Verlust in Höhe von 40 bis 50 Mrd. Euro tragen müssen. Auf die EU/EZB würden etwa 25 Mrd. Euro Forderungsabschreibungen zukommen. Der Chef des Münchener Ifo-Instituts ging sogar davon aus, daß die BRD für insgesamt 76 Mrd. Euro geradestehen müßte. Er forderte den Austritt der Griechen aus der Euro-Zone und die Wiedereinführung der Drachme.

Ein schlechter Witz war der Vorschlag des ehemaligen EU-Währungskommissars Olli Rehn. Er möchte lediglich die Kreditlaufzeiten ausdehnen, wodurch die Frist für Zinszahlungen bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag verlängert würde. In diese Richtung gingen auch die Vorstellungen von EU-Kommissionspräsident Juncker. Der meinte am Tag nach den Athener Wahlen, daß das Land durch verlängerte Kreditlaufzeiten genügend Spielraum erhalte. BRD-Finanzminister Schäuble gab demgegenüber die EU-Sprachregelung für Verhandlungen zum Thema Schuldenschnitt vor: „Diese Frage stellt sich nicht.“ Ein vollständiger Schuldenschnitt oder ein Erlassen der Verbindlichkeiten wäre die unabdingbare Voraussetzung, um der Ausplünderung und dem Kapitalabfluß ein Ende zu setzen.

Griechenland muß definitiv seine Reparationsforderungen in Höhe von bis zu 162 Mrd. Euro aus der Zeit der faschistischen Okkupation im Zweiten Weltkrieg gegenüber der BRD – dem Rechtsnachfolgestaat Hitlerdeutschlands – durchsetzen. Es handelt sich hierbei um Zwangskredite und Besatzungskosten, die den Griechen bei der Okkupation des Landes im Jahre 1941 auferlegt wurden.

Eine prinzipielle Frage bleibt die Heranziehung der auf kriminellem Wege – vor allem durch Steuerbetrug – von den griechischen Oligarchen zusammengeraubten Vermögen für eine neue eigenständige Wirtschaftsentwicklung. Die herrschende Klasse des südeuropäischen Landes – eng verflochten mit der politischen Führungskaste der Rechtspartei Nea Dimokratia und Kräften aus der inzwischen abgewirtschafteten sozialdemokratischen PASOK – hat im Zusammenwirken mit dem internationalen Finanzkapital Griechenlands lang anhaltende Misere verschuldet und muß dafür die Rechnung präsentiert bekommen. Es fragt sich übrigens, ob Athen nicht auch andere Kreditgeber finden könnte.

Dr. Ulrich Sommerfeld, Berlin



Karikatur: Klaus Stüttmann

„Troika“. Sie dienen ausschließlich dem Ziel, die internationale Zahlungsfähigkeit, d. h. den Ausgleich der Zahlungsbilanz gegenüber Gläubigerländern, sowie die internationale Liquidität zu sichern. In keiner Weise trugen sie zur Verbesserung der sozialen Lage der Hellenen und zur wirtschaftlichen Entwicklung Griechenlands bei, sondern waren allein ein Bombengeschäft für IWF, EZB und insbesondere die BRD.

„Im Zeitraum von 2010 bis 2014 wurden an den Bund Zinseinnahmen von insgesamt rund 360 Millionen Euro ausgekehrt“, teilte die Bundesregierung auf Anfrage der „Linken“ mit. Es gebe Berechnungen, wonach Griechenland in diesem Jahr rund 6 Mrd. Euro Zinsen an den IWF, die EZB und andere Kreditgeber zahlen müsse.

Die hohe Auslandsverschuldung resultiert aus der Staatsverschuldung, da sich die bisher politisch Tonangebenden Geld auf den internationalen Märkten besorgten. Lag sie 2003 noch bei 168,03 Mrd. Euro, so schnellte sie auf 355,11 Mrd. Euro im Jahre 2011 hoch. Mit dem „Schuldenschnitt“ im Jahre 2012 sank die Summe der Verbindlichkeiten dann zunächst auf 303,92 Mrd. Euro. Heute liegt sie bereits wieder bei geschätzten 320 Mrd. Euro. Das ist ein Anstieg von mehr als 5 Prozent innerhalb von nur zwei Jahren – trotz der „Hilfsmaßnahmen“ und Sparauflagen der bei den Griechen

schaft wurde nur tiefer in die Krise hineingetrieben und regelrecht kaputtgespart. Die Staatseinnahmen brachen noch stärker weg. Ursachen dafür waren radikale Kürzungen im öffentlichen Dienst und bei staatlichen Aufgaben, eine enorme Reduzierung der Mittel für das Gesundheitswesen sowie der Renten, Gehälter und Mindestlöhne. Zwischen 2010 und 2013 sanken die Löhne um 23 Prozent. Die Arbeitslosigkeit liegt bei 26 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung. Unter Jugendlichen beträgt sie nahezu das Doppelte. Über ein Drittel der Griechen gilt als arm und sozial ausgegrenzt. Viele sind auf Suppenküchen oder Armenspeisung angewiesen und haben keine Krankenversicherung mehr. Auf diesem Hintergrund stieg die Selbstmordrate um 40%.

Bisher behauptete die „Troika“, Sparmaßnahmen und der Verkauf von Staatsvermögen seien unvermeidlich. BRD-Bundesfinanzminister Schäuble erklärte noch am 29. 12. 2014 vor der Presse: „Die harten Reformen tragen Früchte, sie sind ohne jede Alternative ... Jede neue Regierung muß die vertraglichen Vereinbarungen der Vorgänger einhalten.“ Tatsache ist aber, daß die bisherige Politik der „Troika“ nicht der Unterstützung Athens, sondern ausschließlich der Rettung von Banken, Hedgefonds und Unternehmen ähnlicher Art diene. Diese erhielten hinreichend Zeit, sich



# Antiimperialistische Solidarität – ein Eckpfeiler unseres Denkens und Handelns



„Alle auf die Straße, rot ist der Mai, alle auf die Straße, Saigon ist frei“, sang der Oktoberklub. Mit ihrem Einmarsch in die südvietnamesische Metropole, die seitdem Ho-Chi-Minh-Stadt heißt, setzten die Truppen der Nationalen Befreiungsfront am 30. April 1975 der Millionen Opfer fordernden USA-Aggression ein Ende.



Der afro-amerikanische Journalist Mumia Abu-Jamal wird von der USA-Klassen- und Rassenjustiz seit fast dreieinhalb Jahrzehnten gefangengehalten. Unser Bild zeigt ihn 2001 in der Tag und Nacht bewachten Todeszelle. Übrigens erlitt Mumia, dessen Todesstrafe in lebenslange Haft umgewandelt worden ist, unlängst einen Zuckerschock, da sein Diabetes nicht erkannt wurde.



Mit dem Doppelporträt der Nationalhelden Simón Bolívar und Hugo Chávez bekundete der dänische Maler Jørgen Buch seine enge Verbundenheit zu dem heute von Nicolas Maduro repräsentierten revolutionären Venezuela.



Titelseite der Pariser Zeitschrift „Initiative Communiste“: Wir sind alle Griechen!

# Portugals CGTP attackiert „Programm der Aggression“

In Portugal ist Wahljahr, und die liberal-konservative Lissabonner Regierung von Pedro Passos Coelho hat gute Nachrichten: 2014 verringerte sich das Haushaltsdefizit des Landes stärker als erwartet. Bereits im Mai verließ Portugal offiziell das Hilfsprogramm der EU und des Internationalen Währungsfonds (IWF). Kapitalmärkte und Rating-Agenturen reagieren nun freundlicher, ein Teil der Notkredite in Höhe von 78 Milliarden Euro zur Abwendung eines Staatsbankrotts soll vorzeitig zurückgezahlt werden. Stark angehobene Einkommens- und Verbrauchssteuern haben dem Fiskus Rekordinnahmen verschafft. Überdies profitiert das Land vom Preisverfall bei Öl und Gas auf den Weltmärkten. Die Krise, die Portugal seit 2010 fest im Griff hat und dem Land einen Regierungswechsel und einen harten Sparkurs bescherte, scheint gemildert zu sein.

Erkauft wurde die Sanierung der Bilanzen mit der drastischen Senkung des Lebensstandards der Bevölkerung und radikalen Kürzungen im öffentlichen Dienst. Das Abkommen mit der „Troika“ aus Europäischer Zentralbank, EU-Kommission und Internationalem Währungsfonds verpflichtete Lissabon zu Einsparungen und Umstrukturierungen sowie zur Privatisierung von Staatsbetrieben. Aus Sicht der den Kommunisten nahestehenden größten Gewerkschaftszentrale CGTP-Intersindical ist es ein „Programm der Aggression“.

Für die meisten Portugiesen vertieft sich die Krise indes weiter. 2014 standen offiziell 15,6 Prozent der Landesbürger ohne Job da, in der Altersgruppe bis 25 waren es sogar mehr als 40 Prozent. Reguläre Arbeitsplätze

sind kaum zu haben. Viele Berufstätige müssen ihr Leben vom Mindestlohn (515 Euro) fristen. Die Lebenshaltungskosten sind weiter gestiegen, die Rechte der Beschäftigten wurden noch mehr beschnitten, die Arbeits-



Eisenbahner-Streikposten der CGTP-Intersindical in Porto

zeiten verlängert, das Renteneintrittsalter wurde heraufgesetzt. Budgetkürzungen bei Krankenhäusern haben den Termin dringender Operationen weiter hinausgeschoben und überfordern die Rettungsstellen. Hunderttausende sind aus wirtschaftlichen Gründen in andere europäische Länder, aber auch nach Brasilien oder in Portugals einstige Kolonien Angola und Moçambique emigriert. Der Sparkurs wurde mit gewaltigen Massenprotesten und wiederholten Generalstreiks beantwortet. Während sich die meisten Menschen einschränken müssen, bedient sich die „Elite“ aus Politik und Wirtschaft weiterhin ohne Skrupel. Ans Licht kam eine Kette von Korruptionsaffären, welche die regierende Mitte-Rechts-Koalition erschütterten. Der Skandal

um die frisierten Bilanzen des Geldhauses Banco Espírito Santo ließ Tausende geprellte Kleinanleger zurück. Hohe Beamte machten sich mit „goldenen Visa“, welche Zuwanderern die freie Bewegung im europäischen Schengen-Raum ermöglichen, eine goldene Nase. Es gilt das Prinzip: Wer genügend zahlt, muß nicht in einer Nußschale auf dem Mittelmeer sein Leben riskieren. Wie andere EU-Staaten ermöglicht es seit 2012 auch Portugal „jedermann“, gegen Zahlung von einer Million Euro, bei Erwerb einer Immobilie im Wert von mindestens 500 000 Euro oder im Gegenzug für die Schaffung von Arbeitsplätzen die Eintrittskarte nach Europa zu lösen. Dieses Verfahren brachte Lissabon mehr als eine Milliarde Euro ein. Vor allem reiche Chinesen und betuchte Angolaner erwarben auf solche Weise zahlreiche Immobilien.

Hohe Beamte von der Ausländerpolizei und aus dem Justizministerium, die dabei mit abkassierten, flogen auf und landeten vor Gericht. Der Innenminister mußte seinen Hut nehmen. Ein Höhepunkt war die Verhaftung des früheren portugiesischen Regierungschefs José Sócrates im November 2014. Der Rechtssozialist regierte das Land zwischen 2005 und 2011. Angelastet werden ihm Korruption, Steuerbetrug und Geldwäsche. Das ist für die größte Oppositionspartei des Landes vor den im Herbst stattfindenden Wahlen eine schwere Hypothek.

Doch beim Ausverkauf Portugals gibt es keine Unterbrechungen. Auf der Liste stehen nunmehr auch das Geldinstitut Novo Banco, Portugal Telecom und die Fluggesellschaft TAP. Deren Beschäftigte wehren sich energisch gegen die Privatisierungspläne. Unter dem Motto „Wir lassen uns unsere Rechte nicht rauben!“ folgten Tausende von Beschäftigten des öffentlichen Dienstes dem Aufruf der CGTP zu einem Protestmeeting in Lissabon gegen die geplante Arbeitszeitverlängerung ohne Lohnausgleich.

Peter Steiniger, Berlin

## Armutswelle überrollt Spanien

Seit 2009 ist die ununterbrochen ansteigende Armutswelle in Spanien nicht zum Stehen gekommen. 2013 lebten statistischen Erhebungen zufolge 27,3 % aller Einwohner des iberischen Landes – insgesamt 12,8 Millionen Menschen – unter Bedingungen, die „das Risiko der Armut oder sozialer Absturzgefahr“ in sich bargen.

Der Studie „Stand der Armut in Spanien“ konnte man entnehmen, daß bereits 2008 ein Viertel aller Landesbürger unmittelbar von Verarmung betroffen war.

Sämtliche offiziellen und offiziösen Berechnungen gingen jahrzehntelang vom Durchschnittseinkommen der Bevölkerung aus. Die ein Frisieren der Zahlen erleichternde Änderung dieser Methode zur Einholung der Daten durch Spaniens Nationales Statistisches Institut führte dann zur Verschleierung der tatsächlichen Situation. Wären nämlich 2013

– dem Jahr der letzten landesweiten Erhebung – noch die Kriterien von 2004 der Maßstab gewesen, dann betrüge der Anteil als arm eingestuft an der Gesamtbevölkerung derzeit 28,4 %, bei Jugendlichen 33 % und bei Kindern 31,9 %.

Einem im März 2014 vorgelegten Bericht der Europäischen Vereinigung zum Kampf gegen die Armut (ESPN) zufolge vegetieren derzeit 6,2 % aller Spanier unter Bedingungen „extremer materieller Not“.

Seit 2009 verdoppelte sich der Anteil Geringverdienender an der Gesamtheit aller Berufstätigen unter 60 auf 15,7 %. Da ist die Tatsache aufschlußreich, daß 11,7 % der als ausgesprochen arm eingestuften Spanier einer regelmäßig ausgeübten Tätigkeit nachgehen.

RF, gestützt auf „Avante!“, Lissabon

Der namhafte Ökonom **Dr. Klaus Blessing** stellt sein neues Buch

**Die sozialistische Zukunft – eine Streitschrift**

auf zwei „RotFuchs“-Veranstaltungen vor.

Am **19. Mai um 19 Uhr** ist er bei der **RF-Regionalgruppe Falkensee** in der Begegnungsstätte der Linken, Bahnhofstraße 74, zu Gast.

Am **30. Mai um 10 Uhr** präsentiert er seine wichtige Arbeit auf einer Veranstaltung der **Regionalgruppe Neubrandenburg**, Poststraße 4 (Mehrgenerationenhaus).



Ein Buch über Kuba, das Position bezieht

## Hans Modrow im Gespräch mit Volker Hermsdorf

An Kuba scheiden sich seit Jahrzehnten die politischen Geister. Der sozialistische Inselstaat in der Karibik ist eine gesellschaftliche Alternative zum sich immer aggressiver und menschenverachtender gebärdenden Imperialismus. Das ist unbestritten. Doch die Bilder der Wahrheit werden gar schnell verzerrt. Auch in den Reihen der Linken ist das dort verbreitete Kuba-Bild verschwommen, nicht aus Mangel an erwerblichem Wissen, sondern eher aus fehlender Haltung. Es gibt für das Verhältnis zu Kuba kein treffenderes Wort als Standpunkt, getragen von marxistischer Analyse.

Im Verlag Wiljo Heinen – einem der wenigen meist kleineren Verlage, in denen politische Analysen nicht dem verheerenden „Zeitgeist“ geopfert werden – erschien zu Jahresbeginn ein Buch über die Insel. Volker Hermsdorf führte monatelang Gespräche mit Hans Modrow. „Amboß oder Hammer“ umfaßt 430 Seiten. Es handelt sich aus meiner Sicht um die tiefgründigste und aufrichtigste Information über Kuba, die hierzulande derzeit vorliegt.

Nun ist Hans Modrow, was politische Weltenerfahrung betrifft, durchaus kein Einsteiger. Ein Aussteiger ist er schon gar nicht. 17 Monate später als Fidel Castro und im selben Jahr wie Che Guevara geboren, ist er in der Tat ein sozialistischer Zeitgenosse und sachkundiger Zeitzeuge zu dem Geschehen seit dem Sieg der kubanischen Revolution. Die Fragen des Interviewbandes greifen bis in die Jugendzeit und die frühe politische Tätigkeit des Befragten zurück. Dabei geht es auch um einen Vergleich von Erfahrungen in der DDR und auf Kuba sowie um die Gründe, wieso die DDR unterging und Kuba sich zu behaupten wußte. Beide Länder waren von Beginn an im Willen verbunden, eine menschliche, antikapitalistische Gesellschaft aufzubauen.

Das Buch hat elf Kapitel. In ihnen widerspiegelt sich ein Stück Weltgeschichte. Das erfolgt nicht wie bei manch anderen sich links gebärdenden Autoren im Zerrspiegel.

Hans Modrow stellt sich die Frage, wieso sich Kuba ungeachtet aller von den USA ausgehenden Vernichtungsversuche auf sämtlichen Ebenen behaupten konnte, und gelangt dabei zu einem, wie mir scheint, sehr wesentlichen Ergebnis, das auch den Untergang der DDR verstehen hilft. „In Kuba haben sich Menschen meiner Generation diese Möglichkeit zehn Jahre später mit der Waffe in der Hand erkämpfen müssen. Uns fehlt dieses Erlebnis der Revolution.“

Hans Modrow hat Kuba zwischen 1970 und 2014 neunmal – nicht als Tourist – besucht. Er war stets in politischer Mission unterwegs. So sind sein Bericht und sein Urteil politisch substanzreich. Das betrifft vor allem jene Kapitel, in denen er – positiv und solidarisch – die Systemfrage aufwirft. Im Kapitel „Alternativen und Hoffnungen“ gelangt er mit Blick auf Kuba zu dem Schluß, daß eine andere Welt möglich ist. Das geschieht sehr behutsam. Der Leser spürt bei den Antworten die politische

Sensibilität der Thematik. Nicht zuletzt ist es die von Kuba auf ganz Lateinamerika ausstrahlende Anpassung des Sozialismus an die Gegebenheiten der aktuellen Situation. Wenn sich fernab von den Schauplätzen solcher Weiterentwicklung der sozialistischen Idee, die Marx und Lenin nicht außer acht läßt, unter uns bisweilen ein eher akademischer Streit vollzieht, so läßt uns Hans Modrow am praktischen und theoretischen Ringen um die gesellschaftliche Alternative teilhaben.



Es bereitet Spätergeborenen Freude, wenn er betont, daß die DDR und Kuba zu allen Zeiten gute Beziehungen unterhielten. Auch für mich war es ein nicht verblappendes Erlebnis, wie ich mit Kubanern, die in der Lausitz eine Ausbildung erfuhren, zusammengetroffen bin. Was für eine Begeisterung, welche Lebensfreude, welche ein Wissensdurst – so hatte ich es bei uns nie erlebt. Revolutionäres Feuer eben. Selbstredend begeisterte mich Fidel Castro, der begnadete Volkstribun. Der erste in deutscher Sprache erschienene Sammelband seiner Reden – er kam zur Zeit der Kubakrise heraus – war Verheißung. Revolutionärer Elan sieht, so nahm man es wahr, anders aus als das, was ich im eigenen Land nur allzuoft wahrnehmen mußte. Mit den Antworten auf diesbezügliche Fragen wird das Verstehen der kubanischen Revolution erleichtert.

Hans Modrow wendet sich auch Fragen der Ökonomie zu. Im Kapitel „Wirtschaftsbeziehungen und gegenseitiger Vorteil“ wertet er das einstmals in der DDR in Angriff genommene, dann aber bald wieder aufgegebenen Neue Ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft mit Blick auf Kuba. Er nennt es „eine Phase der Suche, eine Phase der Öffnung und der offenen Debatten. Das sind Ansätze, die heute in ähnlicher Art auch in Kuba diskutiert werden“, stellt er fest. Die beiden am Buch Beteiligten – Hans Modrow, der nie seine DDR-Wurzeln verleugnet, und der westdeutsche Journalist

Volker Hermsdorf – haben einen höchst gewinnbringenden Dialog über Kuba geführt. Der Interviewer ließ sich dabei von der mittlerweile eher seltenen Gabe leiten, Entwicklungen, Prozesse und Widersprüche zu ergründen, wobei er voll in der Materie steht. Hans Modrow vermittelt Erfahrungen seiner Generation. Fundiert, ambitioniert wertet er den revolutionären Prozeß aus.

Kuba verblüfft immer aufs neue die Welt mit selbstloser internationalistischer Hilfe. Als die kapitalistischen Staaten, einschließlich der BRD, bei der Ebola-Bekämpfung noch recht tatenlos zuschauten, befanden sich bereits Hunderte kubanischer Ärzte im Einsatz. Die heutige Leistungsfähigkeit der Inselrepublik auf medizinischem Gebiet sowie in der pharmazeutischen Forschung und Produktion haben auch in der Kooperation mit der DDR ihre Wurzeln, läßt Modrow wissen. Barack Obamas Erkenntnis, daß Kubas Isolierung nicht funktioniert hat, war eine späte Erleuchtung des Herrn im Weißen Haus. In „Amboß oder Hammer“ machen die Beteiligten klar, warum das so ist und wie es sich erklärt, daß sich Kuba seit Fidel Castros Einzug in Havanna nicht vom US-Imperialismus politisch weicklopfen ließ.

Kuba wurde wie kaum ein anderes Land zum Leuchtfeuer sozialistischer Ideen und zum Initiator neuer, den Gang der Welt befruchtender Konzepte. Dank seiner großen Erfahrungen, die er in mehr als einem halben Jahrhundert politischen Wirkens sammeln konnte, aber auch seiner analytischen Fähigkeit wie der Zurückweisung europäischer Großmannsucht und politischer Beckmesserei, hat Hans Modrow in dem hier besprochenen Sachbuch Wichtiges dazu vermittelt. Der Interviewband nimmt den Leser gefangen und bereichert das Wissen all jener, denen es um ein unverfälschtes Bild Kubas, Lateinamerikas und der Welt geht. Deshalb empfehle ich seine Lektüre. **Sieghard Kosel, Bautzen**

*Volker Hermsdorf/Hans Modrow: Amboß oder Hammer. Gespräche über Kuba. Verlag Wiljo Heinen, Berlin und Böklund 2015, 430 S., 16 €*

In zugespitzten Situationen hat sich Genosse

**Rudolf Herz**

aus Berlin, der am 16. Mai seinen 80. Geburtstag begeht, als überaus beherzt erwiesen. So trug er unmittelbar nach dem faschistischen Putsch Pinochets in Chile maßgeblich zur Ausschleusung von Spitzenpolitikern der Unidad Popular bei, die sich in die Santiagoer DDR-Vertretung geflüchtet hatten. Dem Jubilar gehören unsere von Herzen kommenden Glückwünsche!

## Vier schöne Jahre einer weißen Internationalistin unter schwarzen Freunden

# Als mich die DDR nach Guinea schickte (Teil 1)

*Eine heute 93jährige einstige DDR-Bürgerin hat ihre Erinnerungen über eine mehrjährige Tätigkeit in Guinea aufgeschrieben und dem „RotFuchs“, in dessen Spalten sie schon früher publizierte, Teile ihrer Arbeit zur Verfügung gestellt. Sie erscheinen – redaktionell leicht bearbeitet und gekürzt – als mehrteilige Serie.*

Fremde Länder reizten mich, seit ich verinnerlicht hatte, daß mein Heimatdorf Kleinböhla in Sachsen nicht der Mittelpunkt der Welt sein konnte. Vielleicht war diese Szene der Auslöser: Mutter saß mit einem dicken Buch am Fenster, ihr zu Füßen die kleine Tochter. „Mutti, was liest Du'n da?“ Antwort: „Ein Buch über Pflanzen in den Tropen.“ „Was is'n das – Tropen?“ „Das ist ganz weit weg von hier in Afrika.“ Und sie zeigte mir ein Bild mit merkwürdigen Bäumen. Afrika, Tropen, seltsame Bäume – das wollte mir nicht mehr aus dem Kopf. Kindliches Fernweh spukte fortan immer wieder durch meine Träume und wurde zu einer Realität, als Mutter zufällig auf eine Annonce stieß: „Junge Mädchen gesucht, die in der DRK-Schwesterschaft FÜR DEUTSCHE IN ÜBERSEE ausgebildet werden wollen.“

Mich faszinierte allein der Begriff Übersee, von Krankenpflege hatte ich keine Ahnung. Ich sagte trotzdem sofort zu und wurde mit sechs anderen Mädchen nach Wilhelmshaven geschickt, wo wir im Stadtkrankenhaus den Krankenpflegeberuf erlernten und nebenbei erklärten bekamen, wie mit Hilfe des Mikroskops die Erreger von Tropenkrankheiten zu erkennen seien.

Im Herbst desselben Jahres aber begann der alles überschattende Zweite Weltkrieg. Afrika rückte für mich in weite Ferne. Mit heiler Haut davongekommen, fand ich mich danach in Dresden wieder, wo ich an einer neu eingerichteten Fachschule für Mittleres Medizinisches Personal den Höhepunkt meines Berufslebens erreichte: Lehrerin an dieser Einrichtung. Überdies gründete ich mit der Geburt meines Töchterchens eine Kleinfamilie. Was wollte ich mehr? Ich war glücklich und zufrieden.

Eine Besonderheit verband mich immer noch mit Afrika: Das waren afrikanische Schülerinnen und Schüler, die bei uns zu Medizinisch-Technischen Assistenten für ihre Länder ausgebildet wurden, in welche sie später zurückkehren sollten.

Eines Tages kam ich ins Lehrerzimmer, als unser Direktor gerade den Hörer aus der Hand legte. „Ich kann's doch auch nicht ändern, wenn niemand will!“, sagte er. „Was hast Du denn für Sorgen, wer will was nicht?“, fragte ich. „Na, willst Du vielleicht als Lehrerin nach Afrika gehen?“ Ich mußte

mich erst einmal hinsetzen. „Jaa, natürlich!“ Aber ich konnte das alles noch nicht so recht fassen und kehrte auf den Boden der Wirklichkeit zurück. Was wird mit der erst 7jährigen Dorothee, fragte ich mich. Günther telefonierte zurück und überbrachte mir die Nachricht: „Jetzt stehst Du auf der Liste, und für Dein Kind wird auf alle Fälle in einem sehr schönen Heim gesorgt, wenn Du es nicht mitnehmen kannst.“



Grafik: Gertrud Zucker: 1. Mai

In der Folge absolvierte ich noch einen Französisch-Kurs, doch alles zog sich in die Länge. Theoretisch war ich bereits in Togo, Mali und sonstwo. Immer wieder erfolgte eine Absage. Später erfuhren wir den Grund: Die Hallstein-Doktrin der BRD verwehrte den afrikanischen Staaten das Recht, Leute aus der DDR einzustellen. Anfang der 70er Jahre mußte dieses unselige Dogma endlich aufgegeben werden. Prompt machte man mir den Vorschlag, nach Guinea zu gehen, wo Lehrer aus der DDR zur Ausbildung von Laborkräften gesucht wurden. Ob ich wollte? Dorothee war gerade dabei, ihr Abitur abzulegen. Ein Studienplatz an der Berliner Humboldt-Universität war ihr so gut wie sicher. Die Großmama zog zu ihr in die Dresdner Wohnung, so daß beide nicht mehr allein waren. Mein Traum erfüllte sich.

Am 10. September 1973 fand unsere Luftreise nach Conakry einen geradezu theatralischen Abschluß. Wir näherten uns einer Gewitterfront. Unser silberner Vogel stieß respektlos hindurch. Er wurde gerüttelt und geschüttelt. Plötzlich war da ein Loch in der Wolkendecke, Bäume und Sträucher tauchten auf, und uns trennten nur noch wenige Meter von der Erde. Nichts deutete auf einen Flugplatz hin. Meine Nerven begannen zu

zappeln. Da! Ein Zementstreifen raste heran, das Flugzeug setzte präzise auf. Als die Kabinentür geöffnet wurde und wir die Gangway betraten, schlug uns ein Schwall feuchtheller Luft entgegen.

Nach vielen Jahren erinnere ich mich noch heute an jede Phase der halbstündigen Fahrt in die Stadt: an die volkreiche Straße, die Frauen in langen farbenfrohen Gewändern mit Babys auf dem Rücken, eine Last auf dem Kopf, die Männer in einfachen Anzügen oder im langen Bubu, Rundhütten und Palmen am Rande, Ziegen und Hühner ungeniert im Verkehr. Ich sog die fremde Kultur auf, wollte sie verstehen und lieben. Reni, einer jungen Biologielehrerin, und mir wurde eine Wohnung im europäischen Stil zugewiesen. Glasfenster gab es nicht, wohl aber eine Art Jalousie. Tropisches Getier empfing uns, das zwei Monate lang ungestört in den Räumen hatte leben und sich vermehren können: Gottesanbeterinnen mit zierlich erhobenen Vorderbeinen, Geckos, die mückenfangend die Wände hinauf und hinunterhuschten, auch Kakerlaken, von denen es wimmelte.

Die ersten Tage waren mit der Vorstellung bei guinesischen Behörden, Besprechungen und wechselseitigem Kennenlernen ausgefüllt. Wir wurden in sogenannte Expertengruppen eingeteilt. Ich gehörte zu den Medizinerinnen. Unser Leiter war ein junger Arzt aus Leipzig. Wir duzten uns

alle. Helli, so hieß er, erbot sich, mich zur Ecole de la Santé zu begleiten. Da er sich verspätete, wartete ich auf einer Bank, die an eine Palme gelehnt war. Ein großer Mann lief schnellen Schrittes auf mich zu und redete in einer mir unverständlichen Sprache auf mich ein. Er schüttelte mir die Hände, redete und redete. Es war Diakitè, der Technische Direktor der Medizinischen Schule. Dann wurde ich zur Rektorin der Einrichtung beordert, die gerade Schreibhefte an die Klassenältesten austeilte – „un pour chacun“, für jeden nur eins. Wir begrüßten einander, wobei ich vorbaute: „Mon Français n'est pas bien encore.“ Die Rektorin winkte ab. Noch unvollkommene Sprachkenntnisse im Französischen seien nicht schlimm, für Guineer sei das ja auch nur eine Fremdsprache. Dann erzählte sie mir von ihrer Reise in die DDR, wie sie die Schulen, Kindergärten und Krankenhäuser in einem Land beeindruckt hätten, wo niemand hungert, jedes Kind den Unterricht besuchen müsse und alle Kranken unentgeltlich ärztlich behandelt würden. Und sie fügte hinzu: Wo jeder Arbeit und eine Wohnung habe. Für DDR-Bürger seien das Selbstverständlichkeiten, von denen man in Guinea vorerst nur träumen könne.

**Renate Teller, Worpsswede**



## „Charlie Hebdo“ war auch das Blatt Wolinskis und Charbs

# Würdigung zweier Weggefährten

Zwei der Anfang Januar in Paris ermordeten Zeichner des buchstäblich über Nacht in das Scheinwerferlicht der Weltöffentlichkeit geratenen Satiremagazins „Charlie Hebdo“ waren eng mit der französischen Linken verbunden. Darüber berichtete das belgische PTB-Monatsmagazin „Solidaire“ in seiner März-Ausgabe.

immer eine vielbeachtete linke Publikation. Da versteht es sich von selbst, daß die Medien der Bourgeoisie und die aus aller kapitalistischen Herren Länder angereisten illustren „Trauergäste“ – von Netanjahu über Poroschenko bis zu Merkel – diese letzte Wortmeldung des genialen Zeichners ganz und gar unbeachtet gelassen haben.

Parteien unterzeichneten Gemeinsamen Programms ausgelöst. Auch Wolinski beteiligte sich mit seinen Mitteln an der hitzigen Debatte. Er zeichnete ein Bett, auf das es heruntertropfte und erfand dazu folgenden Dialog: „Es regnet auf mein Bett. Folgt man den Kommunisten, dann müßte man das Dach reparieren.“ „Aber nein! Hört lieber auf die



Georges Wolinski, der ebenfalls am 7. Januar in den Räumen von „Charlie Hebdo“ ermordet wurde, war ein nicht minder renommierter Weggefährte der „Humanité“ aus Zeiten, in denen dieses Blatt noch direkt mit der FKP verbunden war. Er löste gewissermaßen die Generation der unmittelbar aus den Kampfereihen der Résistance gekommenen Generation von Grafikern und Karikaturisten des Blattes ab. 1977 vollzog sich im Bündnis, das damals die von Georges Marchais, François Mitterrand und Robert Fabre geführten Kommunisten, Sozialisten und Radikalen Linken geschlossen hatten, ein Bruch. Der Konflikt wurde durch unterschiedliche Interpretationen des 1972 durch die Führer der drei

Sozialistische Partei! Es genügt, das Bett zu verschieben!“

Wolinski, der nach dem Ende der alten „Huma“ seine Arbeiten auch in so auflagenstarken Blättern wie „Paris-Match“ und „Le Journal du Dimanche“ veröffentlichte, vergaß dabei nie seine Freunde von einst. Auf jedem „Huma“-Pressefest in La Courneuve sah man ihn und konnte am Stand von „Cuba Sí“ auch mal ein Gläschen mit ihm leeren.

Die linken Freunde von Wolinski und Charb hielten den beiden Karikaturisten bis zuletzt die Treue. In Pontoise, wo Charb bestattet wurde, erklang nach der Marseillaise die von vielen mitgesungene Internationale.

RF, gestützt auf „Solidaire“, Brüssel

Am 7. Januar – dem Tag seines gewaltsamen Todes – ging eine letzte Arbeit von Charb, dem Chefredakteur des überfallenen Blattes – in Druck. Sie war nicht für „Charlie Hebdo“ bestimmt, sondern erschien tags darauf in der „l'Humanité Dimanche“, die eine ständige Rubrik „Charbs Woche“ eingerichtet hatte. Ein jammervoll bekleideter Obdachloser – in Frankreich als SDF – bezeichnet – sitzt auf dem Trottoir und vernimmt aus seinem Schrottradio: „Die Kälte hat wieder einen SDF getötet.“ Wutentbrannt entzischt es ihm: „Es ist nicht die Kälte, die tötet! Es sind die Obdachlosigkeit und das Fehlen sozialer Politik!“ Ein Bourgeois, die Zigarre im Mundwinkel, geht vorbei und wirft ihm statt einer Münze die Worte zu: „Passen Sie auf! Wut verbrennt Kalorien ... Sie werden den Winter nicht überleben.“

Charbs letzte Karikaturenreihe erschien also in der einst durch den später gleichfalls ermordeten Sozialistenführer Jean Jaurés begründeten „Humanité“. Auch wenn dieses Blatt heute nicht mehr das politische Flaire der alten „Huma“ aus den Tagen einer von Maurice Thorez, Jacques Duclos und Marcel Cachin geführten grandiosen FKP besitzt – es ist noch

**Auf der Titelseite der linksgerichteten französischen Wochenzeitung „l'assiette au beurre“ vom 28. April 1906 sah man drei junge Frauen:**

„8 Stunden Arbeit – 8 Stunden Freizeit – 8 Stunden Schlaf“, waren ihre Forderungen.

**Grafik: Jules Grandjouan**



# Sport-Senioren bewahren das Vermächtnis antifaschistischer Athleten

In der Weimarer Republik gab es bis zur Machtauslieferung an den Hitler-Faschismus neben bürgerlichen, oft national-konservativen Sportverbänden auch eine starke Arbeitersportbewegung, die eine eigene, meist auf den Breitensport orientierte Kultur pflegte. Sie wurden oft von erfolgreichen Sportlern geleitet, die Kommunisten waren: So Ernst Grube, der seit 1930 die „Kampfgemeinschaft für Rote Sporteinheit“ anführte, Hans Zoschke, Bruno Plache und andere.

Nach Zerschlagung der Nazi-Diktatur wurden diese Traditionen, aber auch fortschrittliches Gedankengut aus den Tagen von Friedrich Ludwig Jahn und Guts Muths auf die Tagesordnung gesetzt. Sportplätze, Stadien, Sporthallen, Schulen, Betriebe in Stadt und Land, Brigaden und Straßen erhielten Namen fortschrittlicher und antifaschistischer Sportler. In den Sportgemeinschaften und Sportverbänden des DTSB der DDR wurden Pokalwettkämpfe, Turniere und Gedenkveranstaltungen zu Ehren von Arbeitersportlern oder von den Faschisten ermordeter Athleten durchgeführt. Das jährlich in Leipzig ausgerichtete „Werner-Seelenbinder-Turnier“ hatte aufgrund seiner weltweiten Resonanz fast den Status einer Weltmeisterschaft. Der Deutsche Ringerbund der BRD wußte 1990 nichts Eiligeres, als dieses Turnier von der Wettkampfliste zu streichen.

Der Freundeskreis der Sport-Senioren Berlin hat sich in engem Zusammenwirken mit der Arbeitsgruppe Sport bei der Gesellschaft für Rechtliche und Humanitäre Unterstützung (GRH) die Pflege der Traditionen des deutschen Arbeitersports und die Wahrung des Andenkens hingerichteter Widerstandskämpfer aus dessen Reihen zu einer wichtigen Aufgabe gemacht. Dazu gehört vor allem die Ehrung Werner Seelenbinders, die eine lange, aber auch wechselvolle Tradition hat. Sie begann im September 1945 mit der feierlichen Beisetzung der Urne im Beisein von 100 000 seiner Gedenkenden, die mit der Umbenennung des Sportparks Neukölln in „Werner-Seelenbinder-Kampfbahn“ verbunden war. Weil der Geehrte aber Kommunist war, tilgten die Westberliner Verwaltungschefs schon 1950 seinen Namen.

Gemeinsam mit unseren Neuköllner Freunden und der VVN-Bund der Antifaschisten ehren wir jährlich am 24. Oktober – dem Tag der Ermordung Werner Seelenbinders – das Andenken dieses herausragenden Ringers und standhaften Genossen. Nicht nur Angehörige des Freundeskreises erinnern bei dieser Gelegenheit an die Mordtat, würdigen das Leben und den Kampf des gefallenen Widerstandshelden.

Eng verbunden mit Werner Seelenbinder war auch das politische und sportliche Wirken Erich Rochlers, der viele Jahre im faschistischen Zuchthaus gequält wurde. Nach 1945 war er ein gefragter Gesprächspartner. Vor Kindern und Jugendlichen schilderte er Episoden aus dem gemeinsamen Sport- und

Leidensweg mit Werner Seelenbinder. Erich Rochler war in der DDR Ehrenmitglied des DTSB und des Ringerverbandes der DDR.

Auch Helmut Behrendt, Mitglied der Roten Sporteinheit seit 1931, mußte wegen seines mutigen Auftretens gegen die faschistische Diktatur mehrere Jahre in Zuchthäusern und Konzentrationslagern verbringen, wo er seine Haltung tapfer bewahrte. Im KZ Mauthausen gehörte er der Lagerorganisation des Widerstandes an. Als Vizepräsident des Deutschen Fußballverbandes der DDR und Generalsekretär des Nationalen Olympischen Komitees der DDR leistete Helmut eine verdienstvolle Arbeit für die internationale Anerkennung des DDR-Sports, gegen die Hallstein-Doktrin. Das Internationale Olympische Komitee (IOC) verlieh ihm den Olympischen Orden in Bronze.

In Würdigung seines Lebensweges erhielt die Schwimmhalle in Berlin-Marzahn nach Helmut's Tod 1985 seinen Namen. Die Bilder- und Schilderstürmer der Konterrevolution vergingen sich auch an seinem Andenken. Sie tilgten den Namen der Sportstätte und entwendeten die Büste des Namensgebers. Das stieß bei uns auf Widerstand. Gemeinsam mit dem Bezirksamt und dem Bezirkssportbund konnten wir 2002 durchsetzen, daß die Schwimmhalle Helmut Behrendts Namen zurückerhielt. Seine Büste steht heute wieder in deren Vorraum. Am 4. September 2015 – dem 30. Todestag des

verdienstvollen Genossen – werden wir dort seiner gedenken.

Viele Sportstätten und Einrichtungen trugen den Namen Ernst Grubes, des Leiters der „Kampfgemeinschaft Rote Sporteinheit“. Seit 1933 verfolgt und eingesperrt, starb er 1945 im KZ Bergen-Belsen an Flecktyphus. Seine Lebensleistung wurde mit der Benennung des Magdeburger Stadions gewürdigt. Dessen Vermarktung nach dem Anschluß der DDR an die BRD hatte zur Folge, daß auch der Name dieser Sportstätte unter die Räder geriet. An seinem 70. Todestag im April gedachten die Leipziger Sport-Senioren in der Ernst-Grube-Halle auf dem Gelände der ebenfalls abgewickelten DDR-Hochschule für Körperkultur und Sport dieses herausragenden kommunistischen Widerstandskämpfers.

Kurt Schlosser, des Roten Bergsteigers und Ehrenvorsitzenden des bekannten Dresdner Bergsteiger-Chores, wurde im vergangenen Jahr anlässlich seines 70. Todestages durch Angehörige des Freundeskreises der Sport-Senioren und Chormitglieder gedacht. Schon 2010 hatten 200 Freunde aus Berlin das Traditionskonzert des „Kurt-Schlosser-Chores“ erleben können.

**Erhard Richter**

*Unser Autor war Generalsekretär des Deutschen Ringerverbandes (DRV).*

## Der RF-Förderverein gratuliert seinen Geburtstagskindern des Monats Mai

Herzliche Grüße gehen an die Ältesten unter den Älteren. Der verdiente Wirtschaftspolitiker **Heinz Schwarz** aus Halle/Saale begeht am 7. 5. seinen **94. Geburtstag**, während der bewährte Offizier der Volksmarine, Kpt. z. S. **Kurt Loge** aus Rostock am 7. 5. sein **93. Lebensjahr** vollendet.

Grüße fester Verbundenheit gehen an **Hannelore Müller** (10. 5.) aus Halle/Saale und **Hans Grunow** (21. 5.) aus Berlin, die **91 Jahre** alt werden.

Zum **90. Geburtstag** am 21. 5. gratulieren wir **Ulrich Müller** aus Berlin auf das herzlichste.

Die **85jährigen** „stürmen“ den „RotFuchs“: **Wilhelm Bastian** (5. 5.) aus Kleinmachnow, **Helga Schuhmann** (6. 5.) aus Burgwenden, **Heinz Schöpe** (10. 5.) aus Königsbrück, **Dietmar Geyer** (18. 5.) aus Teterow, **Helmut Müller** (21. 5.) und **Werner Lindner** (24. 5.) beide aus Berlin, vollenden diesen reifen Lebensabschnitt. Herzliche Gratulation!

Liebe Grüße aus dem „RotFuchs“-Kessel gehen an **Hans Dunkhase** (8. 5.), **Klaus Radzinski** (15. 5.), **Erich Arnold** (17. 5.), alle aus Berlin, **Gerhard Nemitz** (17. 5.) aus Rostock und **Gertrud Ranzinger** (27. 5.) aus Gera, die eine Wegstrecke von **acht Jahrzehnten** zurückgelegt haben.

**75 Jahre** werden unsere Mitstreiter **Günter Voigt** (3. 5.) aus Schönfließ, **Günter Ackermann** (18. 5.) aus Duisburg, **Konrad Fiedler** (19. 5.) aus Jena, **Günter Broockmüller** (24. 5.) aus Güstrow, **Manfred Friedrich** (29. 5.) aus Ottendorf-Okrilla und **Horst Loos** (31. 5.) aus Erfurt. Laßt Euch von ganzem Herzen gratulieren!

Ein Sprung zu den **65jährigen**: Dieses Lebensalter erreichen **Harald Hentschel** (9. 5.) aus Oechsen/Rhön, **Bernd Sussujew** (11. 5.) aus Berlin und **Hans-Jürgen Heinzig** (15. 5.) aus Aumühle. Seid beglückwünscht!

Den letzten beißen in diesem Falle nicht die Hunde. Ihm wird der Glücksumstand zuteil, jünger als alle anderen zu sein: **Jürgen Witt** aus Pfullendorf wird am 8. Mai – dem Tag der Befreiung – **60 Jahre** alt. Der „RotFuchs“ gratuliert.

**Natürlich sind auch alle anderen Geburtstagskinder des Monats Mai in unsere guten Wünsche eingeschlossen.**



## Was die HV A schon lange vor Edward Snowdens Enthüllungen wußte Klassenkampf mit elektronischen Waffen

Als ich unlängst mit einer Besuchergruppe den Bundestag besichtigte, wurde viel Demokratie und Souveränität propagiert. Der Erklärer geriet ins Schwärmen darüber, wie hier der Wille aller Bürger vertreten werde und sich zu politischen Entscheidungen kristallisiere. „Einzug fand das“, schloß er den Vortrag, „in die neue Architektur. Mit der gläsernen Kuppel“ – dabei hob er Stimme und Arme –, „in der Sie die Besucher wandeln sehen, sollen die Abgeordneten immer an den wahren Souverän über ihnen erinnert werden!“ Also stieg ich denen aufs Dach, ohne daß einer von ihnen nach oben geschaut hätte. So blickte ich auf die USA-Botschaft mir gegenüber und auf die verblendete Dachetage. Da waren mir alle Sätze vom großen Volkssouverän aus dem Kopf geblasen, was nicht nur am frischen Wind lag, der hier oben wehte.

Erneut kam ich angesichts der knallerbsengroßen Kugeln, die sich am Horizont vom Teufelsberg zeigten, ins Grübeln. Sie waren auf jener Anhöhe stationiert, welche die Amis einst als „letzten Hügel vor Moskau“ bezeichnet hatten. Von dort aus betrieben sie während des Kalten Krieges ihre „Field Station Berlin“. Es handelte sich dabei um ein Abhörzentrum, das von der BRD durch Zuwendungen in Höhe von 300 Millionen DM mitfinanziert wurde. Seine „Ohren“ reichten wirklich fast bis nach Moskau, nahmen aber auch Westberlin und Westdeutschland ins Visier. Allerhöchste Zeit, sagte ich mir, endlich Klaus Eichners Buch über die elektronische Kriegführung der USA und der NATO zu lesen. Der Autor war als Analytiker der Hauptverwaltung Aufklärung des Ministeriums für Staatssicherheit auf die Geheimdienste der Vereinigten Staaten spezialisiert. Ein Experte also, an dem ob seines umfangreichen Insiderwissens mittlerweile auch sogenannte Leitmedien nicht vorbeikommen. Er ist zugleich ein gefragter Gesprächspartner bei zahlreichen Veranstaltungen des RF.

Dort, wie im Buch, macht er klar, daß die Aufklärung der DDR über die NSA-Überwachungsmaßnahmen und die Aktivitäten anderer US-Geheimdienste lange vor den Enthüllungen von Edward Snowden gut informiert war. Das Wissen darüber betraf nicht

nur die Field Station auf dem Berliner Teufelsberg, sondern auch NSA-Großstationen wie jene in Augsburg-Gablingen oder Bad Aibling. Der Grund für solche Umsicht lag auf der Hand: „Der Klassengegner war kein Hirn-gepinst, sondern arbeitete sehr real gegen die DDR.“



Zeichnung: Heinrich Ruynat

Aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der PDL-Fraktion im Januar dieses Jahres geht hervor: Westdeutsche Dienste haben zwischen 1946 und dem April 1990 mindestens 71 500 DDR-Bürger ausspioniert. Hans Modrow, Ministerpräsident der Nochn-DDR, wurde vom BND seit 1958 beobachtet. Erst im März 2013 endete das Interesse des Verfassungsschutzes an dem SED-Politiker, langjährigen Bundestagsabgeordneten und früheren Mitglied des Europaparlaments. Aber mußten selbst die eigenen Verbündeten ins Visier genommen werden? In den 80er Jahren lieferte eine Quelle der HVA den „Wunschzettel“ von NSA & Co., die „National SIGINT Requirement List“, die etwa 10 Aktenordner füllte. Unschwer war dort herauszulesen, daß sich die US-Geheimdienste für jedes Land der Welt interessieren. Die damaligen Schnüffelziele in der BRD füllten allein 35 Seiten! Und auch dem Bonner Auslandsnachrichtendienst BND oblag nicht nur das Belauschen der „Ostblock“-Staaten.

Eichner serviert eine „Delikatesse“: Unter dieser Deckbezeichnung nutzte der BRD seit 1975 in Zusammenarbeit mit dem spanischen Geheimdienst ein Objekt an der Mittelmeerküste zur massenhaften Erfassung von Informationen, die über transatlantische Unterseekabel liefen. Diesen Weg dürften wohl kaum Berichte der Warschauer Vertragsstaaten genommen

haben. Erschreckend ist, was schon Anfang 1986 dem Pentagon und den US-Geheimdiensten zur Aufgabe gestellt wurde: Alle Möglichkeiten des modernen Kampfes mit elektronischen Mitteln zu prüfen, um einen atomaren Enthauptungsschlag gegen die Leitzentralen der UdSSR und des Warschauer

Vertrages führen zu können. Es war der Auftakt für die Kriegführung im elektronischen Raum. Eichner nennt den Cyberspace die fünfte strategische Dimension neben Land, Luft, See und Weltall – heute längst eine Realität. Auch dort wollen die USA ihre Hegemonie aufrechterhalten – mit unvorhersehbaren Folgen!

Das reich bebilderte Buch liest sich wie ein Spionagethriller. So, wenn die Werbung von Quellen und die Arbeit mit ihnen geschildert wird. Eine arbeitete zunächst auf dem Westberliner Teufelsberg der Amis und später in Frankfurt am Main. Eine andere, von der im Buch die Rede ist, saß in einem Objekt der U.S. Air Force in Berlin-Marienfelde. Beide mußten nach ihrer Enttarnung langjährige Haftstrafen absitzen, wobei die USA in einem Fall auch vor der gewaltsamen Entführung des ehemaligen Aufklärers nicht zurückschreckten, ohne sich darum zu scheren, daß dieser mittlerweile Bürger der BRD war. Ein Akt der Verletzung der Souveränität der Bundesrepublik! Doch ein Protest dagegen blieb aus.

Auch anlässlich der Snowden-Enthüllungen geht es Klaus Eichner niemals um ein „Ätsch, das haben wir längst gewußt!“ Das Wissen der HV A zu diesem Komplex war aktenkundig. Es wurde von keinem Reißwolf zerrissen, so daß es auch die neuen Machthaber auf dem Tisch hatten. Um so peinlicher war die zur Schau gestellte Betroffenheit nach den Enthüllungen der Whistleblower. Ausführlich wird in dem Buch geschildert, wie mit den Dokumenten umgegangen wurde, welche das Ausspionieren auch der BRD durch die USA belegten. Nach Eichners Informationen, „wurden diese Dokumente durch die Geheimschutzstelle des Bundesinnenministeriums aus der damaligen Gauck-Behörde abgezogen, um sie direkt an die USA auszuliefern.“ Selbst wenn eine „ersatzlose Herausgabe“ solcher Unterlagen, nach BRD-Rechtsauffassung vertretbar wäre, hätte die Behörde in ihrem Tätigkeitsbericht an den Deutschen Bundestag solche brisanten Aktionen darstellen müssen. Doch der Souverän blieb blind.

Eichner zieht das Fazit: „Die Überwachung der deutschen Telekommunikation durch die NSA ist nicht der Kern des Problems, sondern der imperiale Drang der Großmacht USA, ihren globalen Herrschaftsanspruch mit Hilfe der NSA im elektronischen Krieg gegen Feind wie Freund durchzusetzen.“ **Bernd Gutte**

*Klaus Eichner: Imperium ohne Rätsel – Was bereits die DDR-Aufklärung über die NSA wußte. Edition Ost, Berlin 2014, 128 Seiten, 9,99 Euro, ISBN 978-3-360-01864-9*

Am 12. Mai wird der in vielen Sätteln erfahrene und bewährte langjährige Mitstreiter des RF

### Wolfgang Runge

aus Hamburg 85 Jahre alt. Erst unlängst hat ihn ein schwerer Schicksalsschlag getroffen – der Verlust Inges, seiner Frau. So verbinden wir den Glückwunsch für einen treuen und engagierten Genossen mit warmer Anteilnahme.

Spannender DDR-„Straßenfeger“ soll in Rußland neu verfilmt werden

## Das „Archiv des Todes“ lebt

Rudi Kurz, der Regisseur vieler unvergessener Filme und Fernsehserien, wurde am 9. Mai 1921 in Ludwigshafen geboren. Er absolvierte das Gymnasium und studierte Schauspiel und Gesang in Mannheim. Nach Krieg und Gefangenschaft war er als Schauspieler, Regisseur und Dramaturg in Alten-

Hochschuldozent in Leipzig. Ab 1960 arbeitete er als Drehbuchautor und Regisseur. Beim Fernsehen entstanden viele Filme und Serien wie „Das grüne Ungeheuer“, „Ohne Kampf kein Sieg“, „Artur Becker“, „Ernst Schneller“, „Hans Beimler, Kamerad“ und „Der Leutnant vom Schwanenkietz“.

begleitete, war (in den 13 Wochen der Ausstrahlung im Fernsehen der DDR) zu einer Art Markenzeichen geworden. Es signalisierte die Begegnung mit historischen Begebenheiten, profilierten Charakteren, interessanten Fakten und spannenden Vorgängen. Die Spannung war wahrscheinlich das bestimmende Moment der Serie. Sie wurde sachkundig eingesetzt, prägte den Aufbau der einzelnen Teile, verselbständigte sich jedoch niemals. Es ging heiß her, jedoch stets im Sinn der Sache. Man fieberte mit den Kundschaftern, fieberte den nächsten Folgen entgegen, wurde mitgerissen, wie es nur in guten Kunstwerken möglich ist ... Das Wesen der Sache, der historische Auftrag und die geschichtliche Situation, waren das Fundament der abenteuerlichen Spannungskurve. Ungeheuerliche Begebenheiten, ein breites Panorama von Figuren, Tatbeständen, Handlungsorten, außergewöhnlichen Umständen und ganz gewöhnlichen Verhaltensweisen wurden in ein realistisches Wechselspiel gebracht.“ (Irene Böhme in „FF dabei“, Nr. 15/1980)



Georg (Jürgen Zartmann), Boris (Gojko Mitic) und Janik (Leon Niemczyk) – ein deutscher Kommunist, ein sowjetischer Oberleutnant und ein polnischer Partisan

burg, Weimar, Leipzig und Berlin tätig. Zu seinen Werken zählen über vierzig Theaterinszenierungen von Goethe, Schiller, Kleist, Shakespeare, Hauptmann, Friedrich Wolf

Rudi Kurz nutzte das Abenteuergenre geschickt, um Geschichten wirksam und erlebnisreich zu gestalten. Schöpferische Phantasie in reicher Fülle und großes Wissen um gesellschaftlich relevante Fragen sind Quellen seiner Ausstrahlungskraft. Vieles hat er selbst erlebt in der Zeit der Weimarer Republik, dem Nazireich, in zehn Jahren Krieg und Gefangenschaft, in beiden deutschen Staaten und in der widerspruchsvollen Gegenwart. Seine Arbeiten zeichnen eine hohe Spannung und große Publikumswirksamkeit aus. Sie sind erregend und mitreißend – wie u. a. die Erfolgsproduktion „Archiv des Todes“.

Die Umstände sind authentisch, die Personen der Fernsehserie frei erfunden. So auch die internationale Kundschaftergruppe, die unter der Leitung eines jungen sowjetischen Oberleutnants heim Abschuß einer Transportmaschine ohne Kennzeichen weitab von ihrem Zielgebiet abspringt und jeden der Kundschafter – Oberleutnant Boris, den ehemaligen polnischen Partisanen Janik, Hauptmann Ernst, den Gefreiten Heiner und Georg, einen erfahrenen kommunistischen Widerstandskämpfer – zu verantwortlichem Handeln zwingt. Die Trennung, irgendwo im okkupierten Vorland der Beskiden, darf nicht zum Scheitern eines wichtigen Auftrages führen ... Die Serie lief u. a. auch im sowjetischen Fernsehen.

„Das musikalische Motiv von Wolfgang Hohensee, das die Helden der Serie ankündigt und



Der Regisseur Rudi Kurz (1979)

u. v. a., außerdem Uraufführungen von Hedda Zinner, Hans Rehfisch, Ulrich Becher sowie Opern (u.a. Tschaikowskis „Zauberin“ und Mozarts „Figaro“). Daneben lehrte er als

## Архив смерти

Jetzt haben sich die Moskauer Firmen Magic Factory / Sputnik Vostok Production mit Rudi Kurz über eine Neuverfilmung seines Stoffes verständigt. Wir beglückwünschen unseren Autor zu diesem Vertragsabschluß – und zu seinem 94. Geburtstag am 9. Mai, an dem in diesem Jahr der 70. Jahrestag des Sieges im Großen Vaterländischen Krieg gefeiert wird.

RF

в ОАО «Сбербанк России» г. Москва Корреспондентский счет 30101810400000000225
<b>ООО «МЭДЖИК ФАКТОРИ»</b> 119270, Россия, Москва, Лужнецкий наб. д. 2/4 стр. 18 Счет № 40702978100014889635 Банк: ЗАО «ЮниКредит Банк» SWIFT CODE: IMBKRU33 119034, Россия, Москва, Пречистенская наб., 9 Корреспондентский счет 08102338 UNICREDIT BANK AG, MUNICH SWIFT CODE: HYVEDE33
Подписано и согласовано "21" Октября 2014 года
От имени и по поручению Лицензиар 
От имени и по поручению Лицензиата 1 
От имени и по поручению Лицензиата 2 
 

Auszug aus dem Vertrag über die Neuverfilmung



## Compañera Christa: Für junge und junggebliebene Roffüchse

# Brief an meinen Vater (Teil 1)

Es riecht wieder nach Krieg, lieber Vater! Seit Monaten herrscht eine beschämende Hetze gegen die Russen. Vergessen sind die 27 Millionen Toten der Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg. Putin wird mit Hitler gleichgesetzt, und die Medien forcieren den neuen eiskalten Krieg in Europa.

Es sind Nachtgedanken, die mich diesen Brief schreiben lassen. Vater, Du bist in den Räumen, die mit den Füßen keiner betritt ... So lange bist Du schon tot, aus dem Leben gerissen mit 31, im Kriegsjahr 1943. Und ich, Deine damals winzige Kleine, bin jetzt 73 und habe Dich schon 42 Jahre überlebt. Manchmal begegne ich Dir, in den Nächten, wenn ich nicht schlafen kann ..., dann höre ich ein Akkordeon ... Deine Stimme singt „Über die Prärie klingt ein Lied durch die Nacht ...“ Solltet ihr alle umsonst gelitten haben, umsonst gestorben sein? Sollen eure Urenkel wieder in den Krieg ziehen müssen für die Interessen von Globalstrategen und Rüstungsmilliardären, für geheuchelte Freiheit und Demokratie?

Die Angst, die ich als Kriegskind hatte, ist noch immer unter meiner Haut: Die Flucht aus Liegnitz im Januar 1945 mit Mutter und Margot in eisiger Kälte in Güterwagen. Sirenen und Bomben, Verwundete und Tote. Erfrorene auf Bahnhöfen, die wie Bretter geworfen wurden, Hunger, Kälte und Blut. Und Schreie, die wie Glas zersplitterten. Du konntest uns nicht mehr beschützen, Du warst schon tot. Ich hatte immer Sehnsucht nach Dir, nach einer schützenden männlichen Hand. Als ich heranwuchs, trug ich Dein Foto jahrelang in der Schulmappe, bis es ganz zerknittert war. Ein schöner junger Mann mit traurigen Augen und einer roten Blume in der Hand. Was weiß ich von Dir, lieber Vater? Mutter sagt, Du bist nicht in die Nazi-Partei eingetreten, obwohl sie Dich bedrängten. Die braunen Machthaber waren Dir zu brutal. Du warst im Arbeiter-Sportverein unter Gleichgesinnten und spieltest Akkordeon. Die Heine-Werke in rotem Einband hast Du in Ölpapier in eurer Gartenlaube vergraben, erzählte Mutter. Du hattest Dir in der Kaserne einen Posten als Tankwart besorgt, um nicht an der Front töten zu müssen.

Mit achtundzwanzig hast Du Hedwig, eine junge Frau, Verkäuferin mit zwei unehelichen Kindern, eines von einem jüdischen Mann, geheiratet. Das erste Kind hatte Hedwig von einem Zahnarztsohn, der sie schwanger sitzen ließ. Bittere Realität für ein hübsches Mädchen aus armem Haus. Mutter war neunzehn, stand schon auf eigenen Füßen und konnte ihren Jungen ernähren. Der Mann, den sie dann kennenlernte und liebte, war Jude und hieß Joseph Reiner. Als sie wieder ein Kind erwartete, schrieb man mit Kreide „Judenhure“ an ihre Tür. Sie flüchtete hochschwanger mit Joseph Reiner nach

Görlitz. Im kleinen Hotel „Preußenhof“ in der Salomonstraße 6 vertrauten sie sich der Wirtin an. Diese half Mutter bei der heimlichen Entbindung im Hotel. Im Oktober kam meine Schwester Margot zur Welt. Die Wirtin, schon eine ältere Frau, gab sie als Verwandte aus, um sie zu schützen. Aber die Görlitzer Gestapo spürte sie nach einer Denunziation im November auf. Im Morgengrauen wurden



Die kleine Christa auf der Schulter ihres Vaters

beide Frauen festgenommen. Mutter kam nach Dresden ins Frauengefängnis. Die Wirtin hatte, bevor die Gestapo eindrang, meine winzige Schwester im Wäschekorb in ein anderes Zimmer gestellt und sie so vor dem Zugriff gerettet.

Im Frauengefängnis Dresden erlebte Hedwig Verhöre, Schläge und Demütigungen. Auf „Rassenschande“ und „volksschädigendes Verhalten“ lautete die Anklage. Und da war auch das „noble“ Angebot zur Freilassung. Sie, eine blonde deutsche Frau, sei doch sicher von dem Judenschwein vergewaltigt worden. Sie brauche das nur im Protokoll zu unterschreiben. Hedwig blieb sich treu und dem, den sie liebte. Joseph Reiner war ins KZ Buchenwald gekommen. Ein entwichener Mithäftling brachte ihr später die Nachricht von seinem Tod. Da hatte sie ein Jahr Frauengefängnis hinter sich und war verstört fürs ganze Leben. Ich weiß nicht, ob sie Dir das alles erzählt hat. Mir hat sie sich offenbart, als „Holocaust“ im Fernsehen lief. Dieser Film hatte bei ihr Schleusen geöffnet. Bis dahin hatte sie das alles verdrängt, vor

uns und anderen geheimgehalten. War die Scham, Mutter zweier unehelicher Kinder zu sein, stärker als die Erkenntnis ihrer tapferen stillen Größe? Zu Zeiten der DDR hat sie sich nicht als Verfolgte des Naziregimes gemeldet. Nach der Entlassung aus dem Gefängnis Ende 1935 suchte sie ihr Kind in Görlitz. Die Wirtin hatte Margot in ein privates Kinderheim gegeben. Sie war jetzt ein Jahr alt – Margot, meine schöne schwarzhaarige Schwester, die sich mit 34 Jahren das Leben nahm. Waren bei ihr in frühester Kindheit Wurzeln zerstört worden? War es die geheimnisvolle Kette des Unglücks, die manchen Tod so rätselhaft macht? Es stimmt wohl, daß man auch ein Schicksal erben kann.

Vater, Du hast Hedwig in Liegnitz kennengelernt, eine vom Leben gezeichnete junge Frau. Eure erste Begegnung hat sie mir so erzählt: Eines Tages kam ein schöner junger Mann ins Warenhaus EHP, wo sie als Verkäuferin in der Besteckabteilung wieder Arbeit hatte. Der schmale junge Mann kaufte einen Silberlöffel. Am zweiten Tag kam er wieder, um die passende Gabel zu kaufen. Am dritten Tag kaufte er das Messer. Als Mutter fragte, warum er nicht das Besteck auf einmal gekauft hätte, erwiderte er lächelnd, da hätte er sie ja nicht jeden Tag wiedergesehen. Schüchtern hast Du Mutter zum Essen eingeladen, aber sie entzog sich. Du bliebst hartnäckig, bis sie Dich eindringlich bat, sie in Ruhe zu lassen. Um Dich abzuschrecken, erzählte sie von ihren beiden Kindern und ihrer Gefängniszeit. Aber Du machtest ihr bald einen Heiratsantrag. Das war der größte Liebesbeweis. Im September 1940 habt ihr geheiratet. Du hast Hedwig und ihren Kindern Deinen Namen Schmidt gegeben. Das schützte sie und die Kinder. Wenn Du

mit der kleinen schwarzhaarigen Margot spazierengingst und die Leute sagten „Ganz der Vater“, hast Du vielleicht leise gelächelt. Du hattest ja auch pechschwarze Haare. Gearbeitet hattest du noch in der Kaserne als Tankwart. Dein jüngerer Bruder Herbert sollte an die Front. Er wollte vorher seine Lisbeth heiraten und bat Dich um einen kleinen Kanister Benzin, für eine Hochzeitsreise auf dem Motorrad nach Breslau. Diese Freude hast Du Deinem Bruder gemacht. Das brachte Dich in die Hände der Geheimen Staatspolizei. Haus-suchung, Verhaftung, Verhöre. Denunziert hatte Dich Deine Schwägerin, Mutters Schwester Emma, eine Nazisse. Die Anklage gegen Dich lautete „Heeresguthinterziehung“. Kollegen setzten sich für Dich ein. Du kamst mit einem blauen Auge davon: Das Kriegsgericht verurteilte Dich zu fünf Monaten Gefängnis und Strafversetzung. Dein Bruder Herbert fiel wenige Wochen nach der Kriegstrauung.

**Christa Kožik**

Teil 2 folgt in der Juniausgabe.

## Gisela Steineckert: Hand aufs Herz

Über Glück und Unglück weiß ich als Hausfrau, Mutter und Mitlebende im Weltprozeß mit all seinen – befürchteten oder überraschenden – Katastrophen durch Wetter, persönliches Schicksal und die Folgen von sogenannter Politik doch einiges, wenn auch nicht genug, wie sich immer wieder zeigt. Es gibt auch glaubwürdige Anzeichen von Gelassenheit und ruhigerer Handhabung im eigenen Leben. Aber davon soll hier nicht die Rede sein, im Gegenteil:

Das Jahr hätte gut beginnen können, aber es gelang mir im Januar, durch einen Sturz drei wichtige Knochen meines rechten Mittelfußes zu brechen. Im Haushalt, einem der bevorzugten Orte, um aus dem Stand in den Ruhezustand zu gelangen. Kalender und Hirn waren voller Termine und Pläne, aber es half nichts. Die Prophezeiung des knurrigen, aber kundigen Arztes wies auf Zeitverluste hin, von akuten Schmerzen und bleibenden Schäden zu schweigen. Es war ein Unglück, das mir Glück brachte. Ich hatte es nicht erwartet.

Früher, bei uns zu Hause, wie wir noch immer gelegentlich sagen, da wäre meine Bettkante besetzt gewesen, man hätte mir Mühen aus der Hand gerissen, sich um mich gekümmert, mich getröstet und verwöhnt.

Aber heute? Heute rennt jeder nur noch dem eigenen Gutgehen hinterher, man hat keine Zeit mehr für fremdes Unglück, und ehrlich „... man kann in einem solchen Fall sowieso nicht wirklich helfen.“

Das alles scheint den Verhältnissen und den neuen sozialen Ängsten geschuldet, ist auch wahrnehmbar. Ich habe es nun anders erlebt. Es gibt uns noch, ich habe die Art wiedergefunden, es war ein ganz privates, für meine Arbeit aber glückseliges Ereignis. Was hieß da Fuß? Meine Seele erlebte in unerwartetem Umfang freundschaftliche Solidarität und Hilfe jeder Art. Es war ein eher mürrischer Scherz von mir, um Suppe statt Blumen zu bitten.

Wenn ich jetzt erkläre, daß ich keinen Tag dieser zehn Wochen missen möchte, dann ist es die Wahrheit. Ja, auch, weil bei uns Pelmeni, Rouladen, Kartoffelsuppe und Käsetorte abgegeben wurden, auch Obstsalat und Gulasch, Hühnersuppe und andere Köstlichkeiten. Das war tatkräftige Hilfe. Andere brachten mir ihre eben ausgelesenen oder noch nicht ausgepackten Lieblingsbücher, denn ich litt ja nun nicht an Zeitmangel. Nur eins war darunter, das habe ich in den Papierkorb befördert, also nicht auf die Konsole in unserem Hausflur gelegt, wo jedes Buch schnell verschwindet. Warum? Nun, mir sollten die Vorurteile zwischen Wessis und Ossis von der Seele geräumt werden. Das wäre ja auch schön gewesen. Nur stellte sich leider bei der Lektüre heraus, daß unsere „Vorurteile“ zumeist von unserer Weltfremdheit herrühren, während die armen Wessis (nicht alle) nur noch mehr Geduld aufbringen müssen. Ich konnte am 8. März mit viel Hilfe auf die Bühne humpeln, statt 400 Gäste zu enttäuschen. Es war ein glücklicher Tag, er hat uns zusammen den alltäglich nötigen Mut gestärkt, denn wir begingen ihn in seinem

gemeinten Sinn, so wie wir uns den Tag der Befreiung nicht nehmen lassen.

Ich konnte in diesem unverhofften Urlaub in aller Ruhe die Zeitungen lesen. Sonst nicht? Nein, sonst nicht.

Gewärmt von der neuen und Brechtschen Überzeugung, daß der Mensch dem Menschen ein Helfer sein kann, es sein könnte, empfing ich die geistigen Faustschläge der Informationen ungeschützt. Die Gesinnung hinter den Nachrichten ist allemal nackt und eindeutig. Es braucht keine Beweise, um ein Schurke genannt oder als Schurkenland gebrandmarkt zu werden. Griechenland wird von Kapitalisten erpreßt, Schuld und Schulden vergangener Regierungen helfen dabei.

Ich war noch jung und politisch naiv, als ich ein Hörspiel über Manolis Glezos schrieb. Er hatte die verhaßte Besatzerfahne der Nazis heruntergeholt. Ich habe die Mauthausenkantate von Theodorakis in unsere Sprache gebracht – und einmal hatte ich die Ehre, beim Friedensmarsch von Marathon nach Athen dreißig Kilometer in der ersten Reihe zu laufen, Arm in Arm mit dem Sohn des Arztes, der erschossen worden war, weil er diesen Marsch neu belebt hat, und neben einem ehemaligen Auschwitz-Häftling. Mehr als hunderttausend Griechen, unter ihnen Maria, die einen Genossen geheiratet hat, um Kontakte zu den Gefangenen auf der Insel herzustellen – sie sind noch zusammen und haben zwei Kinder.

Was mich damals tief bewegte: Neben uns fuhr langsam teure Autos vorbei, hielten an, fuhr weiter. Man erzählte mir, es seien Ärzte, Rechtsanwälte, Kaufleute, die den Zug begleiten, um Ermüdete aufzunehmen. Und Konrad war bei uns, der Pastor, er hatte in Athen studiert und für Griechenland eine Medaille bei einem Europa-Cup geholt. Er ging mit uns DDR-Leuten in die Gasse der Juweliere und Kaufleute, wo die Dächer ganz niedrig waren. Nach einem bestimmten Klopfzeichen wurde die Tür aufgerissen, und Männer lagen sich in den Armen. Bei dem jungen Genossen Bürgermeister, der die Universität gegen die Panzer der Junta verteidigt hatte, erfuhr ich von Konrads eigentlichem Verdienst: Als die Rechten an die Macht kamen, hatte er die Namenslisten der Genossen unter seiner Kleidung nach Hamburg gebracht und aufbewahrt, bis er sie feierlich wieder übergeben konnte. Ich muß daran denken, gerade jetzt: Wir gingen beim Friedensmarsch an einer amerikanischen Kaserne vorbei, der Posten stand mit gespreizten Beinen davor, die Hände im Rücken. Ich fragte die zierliche Amerikanerin hinter mir, ob er wohl bewaffnet wäre. Das war naiv.

Und dann kamen aus dem Lautsprecherwagen, zu Ehren unserer Delegation, die griechischen Lieder in deutscher Sprache, meine Nachdichtungen. In Athen wartete auf einer Bühne im Freien, in einem Thronsessel, die berühmteste griechische Dichterin auf uns, die von dreißig Kilometern Weg ermüdet waren. Was sie sagte, wurde nicht übersetzt. Die Griechen wollten ihr zuhören, sie ließen sich auch von der Gegendemonstration nicht

unterbrechen, und wir erfuhren später, was sie gesagt hat.

Haltungen haben ihren Augenblick der Entstehung. Man muß ein Schurke sein, um von einer solchen Barrikade wieder herunterzusteigen. Ich fühle oft Trauer um einen Verlust, neben dem der Gewinn blasser erscheint. Auch, wenn ich das nicht will und mich trotz langsam schwindender Kraft einbringe, wo Heilung oder Gewinn vorsichtig blinken. Das Herz beharrt aber auch auf seinen Stempeln.



**KZ Häftlinge freuen sich über ihre Befreiung am 8. Mai 1945**

Den Tag der Befreiung vom deutschen Faschismus erlebte ich, vier Tage vor meinem vierzehnten Geburtstag, im Innviertel, in unserem kleinen Dorf. Wir standen im Freien und reichten uns gegenseitig ein Fernrohr, durch das man die Straße von der Bahnstation Gurten nach Ried im Innkreis sehen konnte. Ungenau zu erkennen war ein langer, langsam sich bewegender Zug aus Menschen in gestreiften „Schlafanzügen“ – so nannte es neben mir ein Soldat, der alle Kennzeichnungen von seiner Landseruniform entfernt hatte, ehe er Stunden später in amerikanische Gefangenschaft lief. „Die sind aus Mauthausen“, sagte der Landser. Mehr sagte niemand, und später: „Man hat ja nicht mehr gewußt.“ Das stimmt nicht, ich weiß es.

Peter Edel meinte einmal, er wäre wahrscheinlich in diesem Zug gewesen. Da er in Mauthausen befreit wurde, könnte es sein. Das macht nichts besser.

An einem 9. Mai wurde meine Tochter geboren. Damals war der Frieden sechs Jahre alt. Er soll uns, sie und unser Kind von ihr überleben.

Soll der Mensch den Menschen nie mehr nach der Schlacht betrauern  
muß auf dieser Erde eben  
Frieden wie das eigne Leben  
kostbar sein und dauern ...

Ich kann inzwischen beinahe mühelos wieder gehen. Jedenfalls bestehe ich darauf.



## Leserbriefe an RotFuchs



Zu den wichtigsten Ereignissen meines Lebens gehört die Reise mit der ersten FDJ-Studentendelegation in die UdSSR. Beim Besuch der Moskauer Universität stellten wir fest, daß die meisten Studenten nicht mehr ganz jung waren. Viele hatten ihr Studium auf Jahre unterbrechen müssen, um an den Fronten zu kämpfen.

Unvergeßlich bleibt mir Stalingrad. Rund um die Stadt befanden sich noch viele Schützengräben. Bis auf einen neu errichteten Bezirk bei der großen Treppe zur Wolga war alles ein einziges Trümmerfeld. Als ich 1975 bei einer Wolga-Don-Reise erneut in Stalingrad, das jetzt Wolgograd hieß, Station machte, war die Stadt vollständig wiederaufgebaut. Das gewaltige Monument „Mutter Heimat“ auf dem Mamajew-Kurgan beeindruckte mich zutiefst.

Tragen wir dazu bei, daß es auf russischem Boden nie wieder ein solches Blutvergießen wie die Stalingrader Schlacht gibt!

**Dr. Johanna Jawinsky, Roggentin**

Da ich feststellen mußte, daß der Umgang mit den Erinnerungen an den Aufenthalt der sowjetischen Truppen in der DDR heute kaum noch eine Differenzierung erfährt, faßte ich meine Erfahrungen und Ergebnisse in einer Fotodokumentation „Freunde zum Anfassen“ zusammen. Die Begegnungen und Treffen fanden zwischen Menschen statt, deren Staaten heute schon nicht mehr existieren. Was jedoch weiterbesteht, ist eine enge Beziehung zwischen mir – einer Deutschen – und ihren Freunden in Rußland, Belarus und der Ukraine.

Anfang der 80er Jahre traf ich während einer Klassenfahrt mit meinen Schülern zufällig auf sowjetische Wehrpflichtige. Bei Sport- und Musiknachmittagen, wechselseitigen Besuchen in Garnison und Schule wurde das Interesse an weiteren Kontakten geweckt. In den Kasernen konnten sich die Schüler vom keineswegs leichten Dienst und vom Leben in der Sowjetarmee ein Bild machen. Sie erfuhren zugleich viel intensiver als im Geschichtsunterricht, warum die Soldaten mit dem roten Stern bei uns waren, was sie zu eigenem Engagement ermutigte. Der diesjährige 70. Jahrestag der Befreiung mahnt uns, gegen Fremdenfeindlichkeit und Gewalt aufzutreten. Das Datum fordert uns heraus, die Haß- und Verleumdungskampagne gegen Rußland nicht hinzunehmen, die Erinnerung an die sowjetischen Soldaten und deren Taten, die sie gemeinsam mit den anderen Alliierten vollbrachten, um den Sieg über den Faschismus möglich zu machen, für immer im Gedächtnis zu bewahren.

**Brigitte Großmann, Berlin**

Am 6. März vor 70 Jahren mußte ich mit meinen damals schon betagten Großeltern und meiner Mutter Greifenhagen, das jetzt zu Polen gehört, verlassen. Der Krieg tobte bereits in unserer Nähe. Flüchtlingstrecks schleppten sich durch die Stadt. Wir hörten den Donner der Kanonen und sahen Stettin brennen. Tiefflieger schossen auf uns. Junge Menschen zogen früh mit Panzerfäusten los, abends kehrten nur wenige zurück. Angst ging um. Mit dem letzten Transport konnten wir dem Kriegsgebiet entrinnen. Wir wurden in Viehwaggons verladen und kamen nach dreitägiger Fahrt im mecklenburgischen Boddin an, wo uns anfangs ein Stall als Quartier diente. Drei schwere Jahre haben wir dort gelebt. Dann übersiedelten wir nach Berlin.

Mit der Zeit bauten wir uns etwas auf. Die DDR wurde zur gleichen Zeit gegründet wie unsere Familie. Die vier Kinder erwarben eine gute Schulbildung und erlernten solide Berufe. Die DDR war unsere Heimat. Wenn jetzt vom „Unrechtsstaat“ die Rede ist, dann weiß ich wirklich nicht, wie ein

Rechtsstaat beschaffen sein soll. Ich bin darüber glücklich, 40 Jahre auf der sicheren Seite gewesen zu sein. An meinem 85. Geburtstag werde ich mich mit Freuden dieser Zeit erinnern.

**Hannelore Dondalewski, Berlin**

Als Kind von Widerstandskämpfern und Opfern des Faschismus danke ich auch im Sinne meiner Eltern den Bürgerinnen und Bürgern der UdSSR, ihrer Armee und den sowjetische Partisanen. Gemeinsam mit ihnen gedenken wir unserer Toten. Nichts und niemand wird vergessen.

Wir stehen in der Tradition des Schwurs von Buchenwald.

Ich verweigerte einst den Kriegsdienst in der Bundeswehr. Mein Fall ging durch zwei Instanzen. Auch damals sprachen die herrschenden Kreise wie zu Hitlers Zeiten von einer Bedrohung aus dem Osten.

**Edwin Wesemann, Hannover**

Habt ihr alles vergessen?

Den Kummer und den Schmerz.

Leid und Trauer in eurem oft geprüften Herz.

Als gefallen gemeldet: der Vater, der Bruder und der Sohn!

Sie zogen gegen die Sowjetunion.

Soll sich das noch einmal wiederholen?

Nein! Solch grausiges Leiden

Müssen wir vermeiden!

**Maria Benditz (84), Eberswalde**

In seinem 1959 erschienenen militärpolitischen Abriß stellte der sowjetische Schriftsteller Deborin fest: „Die führenden Staatsmänner der USA und Großbritanniens haben die Verdienste der Sowjetarmee und des Sowjetvolkes bei der Zerschlagung Hitlerdeutschlands noch während des Zweiten Weltkrieges anerkannt.“

So richtete USA-Präsident Franklin D. Roosevelt am 23. Februar 1943 folgende Worte an die Mitstreiter aus der Antihitlerkoalition: „Im Namen des Volkes der Vereinigten Staaten will ich der Roten Armee anlässlich ihres 25. Jahrestages unsere tiefe Bewunderung für ihre großartigen, in der Geschichte unübertroffenen Siege ausdrücken. Derartige Erfolge kann nur eine Armee erringen, die über eine gewandte Führung, eine feste Organisation und entsprechende Ausbildung verfügt und die vor allem entschlossen ist, den Gegner zu besiegen, ohne eigene Opfer zu scheuen. Die Rote Armee und das russische Volk haben die Streitkräfte Hitlers gezwungen, den Weg der endgültigen Niederlage zu gehen.“

Und im Februar 1945 schrieb der britische Premier Winston Churchill: „Die Rote Armee und das russische Volk feiern ihren 27. Jahrestag und haben die Streitkräfte Hitlers besiegt.“ Am 5. März 1946 soll er dann erklärt haben: „Wir haben offenbar das falsche Schwein geschlachtet!“

**Klaus Keller, Heiligenstadt**

Nach der aufmerksamen Lektüre der März-Ausgabe kam ich auf eine Idee. Bestimmt machen doch auch Mitglieder und Verantwortliche des „RotFuchs“-Fördervereins gelegentlich Urlaub in Österreich, ja sogar in meiner engeren Heimat Tirol. Bestünde da nicht die Möglichkeit, daß sie sich bei dieser Gelegenheit mit Österreichern treffen, die noch von der Notwendigkeit einer revolutionären Umgestaltung der Gesellschaft überzeugt sind? Wir würden uns über einen Gedankenaustausch, besonders mit gleichgesinnten früheren Bürgern der DDR, sehr freuen.

**Wilfried Bader, Angerberg (Tirol)**

Zur Grafik von Klaus Parche im März-RF (Die schnelle Eingreiftruppe auf den Spuren der Verlierer): Die Herren der Industrie, des Geldes und der Generalstäbe haben nichts dazugelernt – weder diesseits noch jenseits des Atlantiks.

Sie strecken ihre Klauen erneut zum tapferen, großen Rußland aus. Nicht ihre neue Stärke fürchten wir, sondern ihre Blindheit.

**Günter Schmidt, Chemnitz**

Folgt man Jean-Claude Juncker, dem Chef der EU-Kommission, dann ist eine Europäische Armee unerlässlich. Sie werde gebraucht, um „gemeinsam die Verantwortung Europas in der Welt wahrzunehmen“. Dabei hat Juncker die Stoßrichtung gleich vorgegeben. Diese EU-Armee würde „Rußland den Eindruck vermitteln, daß wir es mit der Verteidigung der Werte der Europäischen Union ernst meinen“. Die gegenüber Rußland zu verteidigenden Werte hat Juncker nicht näher beschrieben. Norbert Röttgen (CDU), Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag, hält „die Zeit für gekommen“. Und bei Frau von der Leyen hört sich das so an: „Deutschland ist bereit, international eine sicherheitspolitische Führungsrolle zu übernehmen ...“ (Münchener Sicherheitskonferenz 2015)

**Wilfried Steinfath, Berlin**

In der Garnisonstadt Marienberg inmitten unseres schönen und friedlichen Erzgebirges warten derzeit 900 Bundeswehrangehörige auf ihren Einsatzbefehl. Bestens ausgerüstet und auf neuestem militärtechnischem Stand, bilden sie – wörtlich so formuliert – die „Speerspitze“ der „schnellen Eingreiftruppe“ für einen Blitz Einsatz mit unabsehbaren Folgen. Die baltischen Staaten und Polen haben Washington und die NATO offiziell darum ersucht, sie durch solche Kommandos „vor den Russen zu schützen“. Von möglicher Bedrohung ist die Rede.

Kann ein vernünftig denkender Mensch etwa glauben, ausgerechnet Rußland, dessen Vorgängerstaat UdSSR durch den Überfall Hitlerdeutschlands nahezu 27 Millionen Menschen verlor, sei an einem es selbst beschädigenden Krieg interessiert?

**Dr. Wilfried Meißner, Chemnitz**

Den 8. Mai 1945 erlebte ich bei meiner Großmutter in Leisnig an der Freiburger Mulde. Zuerst rasten die Amerikaner mit ihren Jeeps durch die Straßen. Sie rückten jedoch bald wieder ab. Nun kämen die Russen zu uns, hieß es. Diese Nachricht löste Angst und Schrecken aus. Die Grauelmärchen der faschistischen Propaganda waren nicht ohne Massenwirkung geblieben. Vorsichtshalber begaben sich meine beiden Schwestern mit mir auf den Dachboden. Aus der Luke sahen wir, wie die Russen auf der schmalen Straße mit ihren kleinen Pferden und den Panjewagen zum Zentrum zogen. Uns gegenüber befand sich eine Gaststätte. In ihr verschwanden einige von ihnen. Es dauerte gar nicht lange, bis die ersten Kinder auftauchten. Neugierig betrachteten sie Pferde und Wagen aus vorsichtiger Entfernung. Dann wagten sich die Mutigsten vor und versuchten, auf einen der Wagen zu klettern. Die Russen lachten nur und halfen ihnen dabei. Sie zogen ihren Proviant aus dem Beutel und boten den Kindern etwas davon an. Unsere Flucht auf den Dachboden erwies sich als grundlos. Doch es war ein weiter Weg der Erkenntnis, um die Bedeutung des 8. Mai als Tag der Befreiung zu erfassen.

**Gerda Huberty, Neundorf**

Karl Marx – zwei seiner Werke wurden inzwischen in die Weltkulturerbe-Liste der UNESCO aufgenommen – hat 1843 in seiner „Kritik des Hegelschen Staatsrechts“ die Gewalt der Verfassung folgendermaßen beschrieben: „Sie hat der gesetzgeberischen Gewalt Gesetze gegeben und gibt sie ihr beständig.“ (MEW Bd. 1, S. 257) Was aber geschieht, wenn ein Staat wie die BRD lediglich über ein als Grundgesetz bezeichnetes Provisorium verfügt? Gar nichts! Im Artikel 146 heißt es zur Geltungsdauer des GG: „Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.“ Seit dem Anschluß der DDR an die BRD sind über 25 Jahre vergangen. Doch die Formulierung eines Verfassungstextes sowie die Organisation eines Volksentscheids kosten offenbar sehr viel Zeit und Geld. Das könnte man vielleicht durch den Verzicht

der Bundeswehr auf den neuen Hubschrauber und andere Rüstungsgüter beschaffen. Oder wäre mit einer „gesamtdutschen Verfassung“ gar Herr Schäubles „schwarze Null“ gefährdet? Nebenbei möchte ich bemerken, daß das Provisorium Grundgesetz für die alte BRD bis zum November 2012 insgesamt 48mal geändert worden ist, einige der 203 betroffenen Artikel sogar mehrmals. Ein Menschenrecht auf Arbeit ist dabei allerdings nicht herausgekommen.

#### Dr. Klaus Emmerich, Edertal-Mehlen

Der März-RF enthält u. a. drei wertvolle Beiträge zur israelischen Kolonialisierungspolitik in Palästina. Joachim Augustin hat fassenreich an das Massaker von Hebron erinnert und die lange andauernde Heldenverehrung extremistischer Siedler für den Massenmörder beschrieben. Hinzugefügt werden kann, daß zwei Tage nach der Bluttat das Begräbnis des dabei umgekommenen Attentäters stattfand, wobei es in der Grabrede von Rabbi Yaakov Perlin hieß, „eine Million Araber“ seien „nicht einen jüdischen Fingernagel wert“.

Wenige Jahre nach Hebron marschierte der damalige Außenminister und spätere Premier Ariel Sharon mit einem starken Polizei- und Militäraufgebot auf den Jerusalemer Tempelberg. Nach internationalen Regelungen steht dieser Bereich mit der Al-Aksa-Moschee und dem Felsendom als muslimischen Heiligtümern unter palästinensischer Verwaltung. Juden sind das Betreten des Terrains und das Abhalten religiöser Kulthandlungen dort streng untersagt. Sharons Provokation wurde in der ganzen arabischen Welt als Versuch empfunden, diese Heiligtümer zu entweihen und Schritt für Schritt in Besitz zu nehmen. Das löste die zweite Intifada aus.

#### Prof. Dr. Herbert Meißner, Oranienburg

Mein Vater, der Tischler, hatte viele Freunde – auch jüdische. Alle waren Arbeiter wie er, ansässig im Wedding. Meine Mutter kam am Beginn der 30er Jahre nach Berlin und fand Anstellung bei einem jüdischen Rechtsanwalt in Charlottenburg. Von den jüdischen Familien überlebte niemand das „Dritte Reich“. Oft erzählten die Eltern nach dem Krieg von dieser Zeit. Nicht selten flossen dann bei uns Kindern die Tränen. So prägte sich das in der DDR „staatlich verordnete“ Achtungsverhältnis gegenüber jüdischen Menschen bei uns aus.

Meine Kritik richtet sich allein gegen die aggressive Politik Tel Avivs, nicht aber gegen das Volk in Israel, sei es jüdisch oder palästinensisch. Netanjahu verfolgt einen rabiat antiarabischen Kurs, den es zu verurteilen gilt. Vermutlich haben nicht wenige jüdische Israelis ein ähnliches Verhältnis zu „ihrem“ Imperialismus wie wir zu „unserem“.

#### Horst Birkholz, Berlin

Der bereits im Februar-RF erschienene Beitrag von Dr. Klaus Schwurack über die Bombardierung Dresdens geht mir unter die Haut. Er ist überaus glaubhaft geschrieben und deckt sich mit meinem bisherigen Denken. Darüber hinaus vermittelt er zusätzliches Wissen. Jede Zeile erscheint mir bedeutungsvoll und bereichert die eigenen Kenntnisse. Ich werde den Artikel in meine Dresden-Mappe einordnen, damit er mich überdauert. Damals wohnten wir in Heidenau. Ich habe noch die Angst der Erwachsenen vor jedem Bombenangriff und den glühend roten Himmel Dresdens im Gedächtnis.

#### Barbara Ludwig, Berlin

Als 1936 in der Dresdner Neustadt Geborener, der die Großangriffe im Februar 1945 miterlebt hat, möchte ich in der Erinnerung Bewährtes schildern: Am 13. Februar wurden zunächst Orientierungsmarken für die Bomber, sogenannte Christbäume, gesetzt, während es zugleich Brandbomben hagelte. Wir wohnten in einem Mietshaus mit vielen Schichtarbeitern. Mein Vater war bei der Dresdner Straßenbahn tätig. Glücklicherweise befanden sich fast alle Männer des Hauses mit im Luftschutzkeller. Sie begaben sich sofort auf

den Dachboden, um erste Brände unter Kontrolle zu bringen. Dadurch blieb unser Haus erhalten. Das Nebengebäude, in dem überwiegend ältere Frauen wohnten, brannte ebenso aus wie weitere Häuser unseres Straßenzuges. Andere wurden von Sprengbomben getroffen.

Als mein Vater, der tags darauf nach den Großeltern hatte sehen wollen, von dort zurückkehrte, berichtete er von zahlreichen Flüchtenden, die auf den Elbwiesen durch Tiefflieger niedergemäht worden waren.

Walter Weidauer, Dresdens Bürgermeister nach dem Krieg, ging von 35 000 Toten aus. Damals hatte Dresden 628 000 Einwohner. Doch zum Zeitpunkt der Angriffe befanden sich etwa 1 Million Menschen in der Stadt, darunter viele Soldaten und Flüchtlinge. Eine unbestimmte Zahl von Toten wurde wegen Seuchengefahr schon kurz nach dem Luftüberfall auf dem Altmarkt verbrannt.

#### Gerhard Frank, Riesa

Am 25. März 1995 trafen sich in Berlin ehemalige Kundschafter der DDR, die bereits aus der Haft entlassen worden waren. Unter den Anwesenden befanden sich auch die einstigen Chefs der HVA Markus Wolf und Werner Großmann. Bei diesem Treffen wurde die Initiativgruppe „Kundschafter des Friedens fordern Recht“ gegründet, deren Vorsitz man mir übertrug. Unser Anliegen war und ist es, die Ungleichbehandlung von Menschen publik zu machen, die in Ost und West eine formell gleiche Tätigkeit ausgeübt hatten. Dagegen sollten rechtliche Schritte eingeleitet werden. Doch der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte erklärte sich für unzuständig. Aber eine erfolgreiche Öffentlichkeitskampagne, bei der wir den zu 12 Jahren Freiheitsentzug verurteilten DDR-Kundschafter im NATO-Hauptquartier Rainer Rupp in den Mittelpunkt stellten, brachte uns viel Solidarität ein.

Insgesamt waren 245 Personen aus unseren Reihen zu Freiheitsstrafen verurteilt worden. Während sich in der BRD niemand mehr in Strafhaft befindet, wurden in den USA der Deutsch-Amerikaner Kurt Stand und dessen damalige Ehefrau Theresa Squillacote zu einem Zeitpunkt, als es die DDR schon längst nicht mehr gab, zu 17 bzw. 21 Jahren Freiheitsentzug verurteilt. Theresa ist noch immer in Haft. Ihr gilt in besonderem Maße unsere Solidarität.

#### Dieter Popp, Bonn

Unlängst stieß ich in der „Sächsischen Zeitung“ auf einen Bericht, der an Deutlichkeit nicht zu übertreffen war. Das Blatt kolportierte Äußerungen Frau von der Leyens auf einer Pressekonferenz zu Fragen der Sicherheitspolitik: „Unsere Interessen haben keine unverrückbare Grenze, weder geographisch noch qualitativ ... Daraus läßt sich auch kein starrer Handlungskatalog, keine Checkliste für Auslandsentscheidungen ableiten“, sagte die Verteidigungsministerin aus der CDU. Besonders bemerkenswert fand ich ihr Fazit: „Für das internationale Engagement Deutschlands muß gelten: Kein Zugzwang, aber auch keine Tabus.“

#### Marianne Wuschko, Hoyerswerda

Anfang März berichtete die „Lüneburger Zeitung“, der frühere Bundesfinanzminister und Ex-Kanzlerkandidat der SPD Peer Steinbrück wolle der Ukraine beim Aufbau eines modernen Bankwesens behilflich sein. Gemeinsam mit weiteren prominenten Experten aus dem Westen werde er für eine „Agentur zur Modernisierung der Ukraine“ wirken.

Der Präsident des ukrainischen Unternehmerverbandes Dmitri Firtasch sagte dem „Handelsblatt“, er stehe wie andere seines Schlages der „Initiative“ zur Verfügung: „Wir wollen mit Deutschland einen Garantiefonds über 500 Millionen Dollar schaffen, in den Großunternehmer wie Rinat Achmetow, Viktor Pintschuk, ich und andere ihr Geld investieren.“

#### Jobst-Heinrich Müller, Lüneburg

Der März-RF war wie stets interessant und informativ. Zum Leserbrief Dr. Günter Stubenrauchs scheinen mir die mutmachenden Verse

Heinz Kahlaus zu passen:

#### Unaufhaltsam

Der Kommunismus kommt,  
ist auch das Kapital  
noch immer mächtig  
wie Naturgewalten.

Der Kommunismus kommt,  
denn nur durch uns,  
die Kommunisten,  
ist er aufzuhalten.

Herzliche Grüße aus dem schwarzen Nordwesten.

#### Richard Georg Richter, Cloppenburg

Als Vorsitzender des Vereins Erinnerungsbibliothek DDR danke ich dem „RotFuchs“ dafür, daß er seine Leser über unser Vorhaben ([www.erinnerungsbibliothek-ddr.de](http://www.erinnerungsbibliothek-ddr.de)) informiert hat. Das trug dazu bei, daß uns zahlreiche weitere Autobiographien zugesandt wurden. Auf der Festveranstaltung der Berliner RF-Regionalgruppe zum 65. Jahrestag der DDR-Gründung am 10. Oktober 2014 sagte Egon Krenz: „Ich kann Euch nur bitten: Schreibt für Eure Kinder, Enkel und Urenkel Eure Lebensgeschichte in der DDR auf, mit Euren eigenen Überlegungen, auch mit unseren Irrtümern. Dokumentiert diese Lebensläufe bei der Erinnerungsbibliothek DDR. So machen wir den Anti-DDR-Ideologen ihr Leben schwerer.“

Inzwischen haben wir etwa 750 Autobiographien deponiert, von denen ein erheblicher Teil ursprünglich nur für die eigene Familie bestimmt war. Mit unserer Sammlung sichern wir, daß man auch noch in 100 Jahren erfahren kann, wie das Leben in der DDR wirklich gewesen ist.

Übrigens findet unsere diesjährige Mitgliederversammlung am 27. Mai um 13.30 Uhr im Münzenbergsaal des ND-Gebäudes, Franz-Mehring-Platz 1, statt. Interessierte „RotFüchse“ sind dort herzlich willkommen.

#### Dr. Rolf Funda, Staßfurt

In meinem zweiten Leben schöpfe ich viel aus dem RF, der inzwischen für mich unverzichtbar gewordenen Lektüre. Sie gab mir letztlich auch den Anstoß, ernsthaft an einer Art Zeitzeugenbericht zu arbeiten. Dabei geht es um den gesamten landwirtschaftlichen Straßenbau in der DDR. Zwischen 1961 und 1989 waren das mehr als 13 000 Kilometer. Natürlich dreht sich der Bericht auch um meine Ausbildung, meinen Werdegang und die Darlegung von Berufserfahrungen.

Inzwischen trifft sich hier in Brno ein Freundeskreis („Deutschkurs“). Gestern kamen wir zum 94. Mal zusammen. Sehr oft liegen unseren Diskussionen Beiträge aus dem „RotFuchs“ zugrunde. Das Prinzip, etwas Verstandenes ist nur etwas, was auch einem Zweiten oder Dritten in einfachster Weise erklärt werden kann, sticht aus jedem Eurer Artikel ins Auge. Ich schließe dabei die Darstellung von Zusammenhängen im geschichtlichen Kontext ein.

#### Ekke Abicht, Brno (Tschechien)

Ich möchte den RF-Lesern ein Geständnis machen: In der ganzen Zeit meiner Parteizugehörigkeit (und das waren immerhin 45 Jahre, also von 1945 bis 1990) habe ich mich nie so wohl gefühlt wie jetzt, da ich als 92-jähriger beim „RotFuchs“ mitarbeiten darf.

#### Helmut Hellige, Berlin

Ich fände es gut, wenn der „RotFuchs“ ausführlicher auf die legendäre „zweite Lohntüte“ in der DDR eingehen würde, die ja nicht nur aus staatlichen, sondern auch aus betrieblichen Mitteln gefüllt wurde. Bei Gesprächen im Bekanntenkreis sind von Kindern und Jugendlichen, aber auch von Erwachsenen oftmals Fragen zu diesem Thema an mich gerichtet worden.

#### Horst Lüneburg, Schkeuditz

Nach 40-jähriger Tätigkeit als Lehrerin – davon 30 Jahre im Schulwesen der DDR – betrachte ich



mich wie Prof. Dr. Horst Weiß als „Kennerin der Materie“. Die in seinem Beitrag „Gedanken eines Insiders“ aufgeführten Forderungen zur Veränderung der BRD-Schulstrukturen halte ich für richtig. Neben diesen Zielvorgaben müßte jedoch eine tiefgreifende Wandlung der Lehrinhalte erfolgen.

**Edith Bergk, Arnstadt**

In der DDR geboren und aufgewachsen habe ich bis 1990 diesem Staat als Offizier der NVA gedient. Ich erinnere mich noch an die letzte Mitgliederversammlung unserer SED-Grundorganisation im Geschwader HAG-35. Dort gehörte ich zu den wenigen, die gegen die Auflösung der APO stimmten.

Als es diese dann nicht mehr gab, gingen meine Frau und ich in die PDS-Wohngebietsgruppe. Unsere spätere Entscheidung, die Mitgliedskarten abzugeben, wurde u. a. auch durch folgende Begebenheit beeinflusst: 1989 war unser Sohn geboren worden, und meine Frau befand sich 1990 noch im Babyjahr. In jenem Herbst suchte sie ihre mit der PDS verbundene Arbeitsstelle auf. Zu Hause fand sie ein Kündigungsschreiben der Partei im Briefkasten vor. Niemand hatte den Mut gehabt, ihr auch nur ein Sterbenswörtchen darüber zu sagen, sie sei entlassen worden. Man handelte so, wie es jeder kapitalistische Firmenchef auch getan hätte.

Heute würde ich nicht mit Menschen in einer Partei sein wollen, die mir erklären, ich hätte in einem Unrechtsstaat gelebt und ein bestimmtes Ministerium sei mit der Gestapo gleichzusetzen.

**Rolf-Dieter Ellermann, Rostock**

Ramelows Politik des Kniefalls bei uns in Thüringen, aber auch weiterer Führungskräfte der „Linken“ in der Zentrale und anderen Landesverbänden offenbart immer mehr die Abkehr vom Erfurter Programm und damit die Schädigung des Profils der Partei. Die wirklich Linken sollten sich in allen Landesverbänden zu einem „Liebknecht-Kreis“ zusammenfinden, wie das Volker KÜLOW in Leipzig für Sachsen getan hat. Das ist eine positive Entscheidung im Sinne des Erfurter Programms.

**Gert Thiede, Suhl**

Nach dem 2. Weltkrieg wurden Millionen Spanier, Italiener und Jugoslawen als „Gastarbeiter“ in die BRD geholt, um dort die Drecksarbeit zu machen. Auch nahezu drei Millionen Republikflüchtige, die vor der Errichtung der Berliner Mauer in den Westen gegangen waren, sollten hier nicht vergessen werden. Es handelte sich in der Regel – ob Hochschulabsolventen oder Facharbeiter – um gut ausgebildete Arbeitskräfte, die eine große Bereicherung für die BRD darstellten. Mir kann auch niemand erklären, warum fast vier Millionen Türken, die keine Kriegsflüchtlinge sind, hier leben. Die DDR nahm ebenfalls Ausländer auf. Diese hatten befristete Arbeitsverträge und erhielten eine solide Ausbildung, die ihren Heimatländern nach der Rückkehr zugute kam. Jetzt erklingt plötzlich wieder der Ruf nach ausländischen Fachkräften. Die BRD brauche sie und heiße sie herzlich willkommen, damit der „Wohlstand“ in deutschen Grenzen nicht gefährdet werde. Natürlich fehlen die Abgeworbenen ihren eigenen Ländern! „Der Islam gehört zu Deutschland!“, sagte Angela Merkel. Heuchler aller Länder, vereinigt euch!“

**Gerhard Kmoch, Aachen**

Ich bin eine gelegentliche Besucherin von „RotFuchs“-Veranstaltungen, hatte aber bisher noch nie eine Ausgabe der Zeitschrift in der Hand. Jetzt erhielt ich durch Freunde den März-RF, den ich mit großem Interesse las, darunter auch die vielen Zuschriften, oft Leser-Reaktionen auf zuvor erschienene Artikel. Man muß ja nicht immer mit allem Geschriebenen übereinstimmen. Reibung tut bisweilen not.

Die unqualifizierten Angriffe auf Petra Pau veranlassen mich zu einer Meinungsäußerung. Petra ist immer für die PDS und die Partei Die Linke

eingetreten. Man denke nur an die Jahre, in denen sie allein mit Gesine Lötzsch am „Katzentisch“ des Bundestages gesessen hat, oder an ihre Rolle im NSU-Untersuchungsausschuß. So ist es in meinen Augen unverstündlich, daß Konstantin Brandt sie in seiner Zeitschrift fast als Feindin erscheinen läßt. Mit der Bitte um weitere Ausgewogenheit im „RotFuchs“ grüße ich Sie freundlich.

**Ingrid Graubner, Berlin**

Notiz der Redaktion:

*Dietrich Lade aus Neuenhagen verwies auf eine Ungenauigkeit. Im oben erwähnten Leserbrief hieß es: „Die DDR-Pionierleiterin Petra Pau erklärte unlängst ...“ Zu Recht stellt unser aufmerksamer Leser fest, daß diese Tätigkeit durch die heutige Bundestagsvizepräsidentin in relativ weit zurückliegender Vergangenheit ausgeübt worden ist.*

Konstantin Brandt äußert sich zu einem angeblichen Interview Petra Paus in der „Süddeutschen Zeitung“. Er polemisiert dabei gegen eine in ihr Gegenteil verkehrte Aussage. Das wird deutlich, sobald man den redaktionellen Artikel der SZ – kein Interview – gelesen hat. Petra Pau erklärte nicht, die Hinwendung der PDS/Partei Die Linke zu den sozialen Interessen der Mitarbeiter bewaffneter Organe der DDR sei ein Fehler gewesen und man müsse da eine klare Trennlinie ziehen. Vielmehr sagte sie wörtlich: „Es gab mal eine sehr bewußte Entscheidung, die uns heute sehr viel Ärger macht, sich den sozialen Interessen der ehemaligen bewaffneten Kräfte zuzuwenden.“ Die Integration ehemaliger DDR-Eliten in die Partei fand Pau grundsätzlich nicht verkehrt. Sie teile aber nicht alle Auffassungen der ehemaligen Staatsträger und mache das gern auch mal deutlich. „Da muß man eine knallharte Trennlinie ziehen.“ Soweit die SZ.

Auch ich kann in Petra Pau leider nur eine durch die Nähe zur Macht politisch verdorbene ehemalige Linke sehen, zu der eine „knallharte Trennlinie“ erforderlich ist. Das hat sie sich seit Jahren durch die verschiedensten Äußerungen, Stellungnahmen und Entschuldigungen verdient. Unsere Argumentation muß aber sachlich richtig und damit überzeugend sein.

**Jürgen Stenker, Halle/Saale**

Das durch Klaus Steiniger im März-RF vorgestellte Reisedokument existiert in abgewandelter Form auch heute noch: Vor einigen Jahren war ich als Firmenvorteiler eines westeuropäischen Unternehmens in den baltischen Staaten tätig. Einer meiner russischen Mitarbeiter mit dortigem Wohnsitz erhielt für seine Auslandsreisen ebenfalls nur einen ALIENS-PASSPORT. Auf der letzten Seite war – sinngemäß – folgender Vermerk eingedruckt: Der/ Die Inhaber/-in dieses Reisedokuments ist kein/ keine Staatsbürger/-in der ... ischen Republik. Er/ Sie hat keinen Anspruch auf politische, juristische oder materielle Unterstützung durch die Regierung der ... ischen Republik oder deren diplomatische Vertretungen im Ausland. Er/Sie ist jedoch nicht im Sinne entsprechender UN-Regulierungen als staatenlos zu betrachten.

Im Auftrag meiner Firma hatte ich einmal zwei russische Mitarbeiter mit deren Ehefrauen in das Restaurant meines Hotels zum Abendessen eingeladen. Aus Rücksicht auf die Damen sprachen wir statt des in Geschäftskreisen üblichen Englisch diesmal Russisch. Nach einer Viertelstunde ohne Bedienung fragte ich einen der Ober. Dessen schnoddrige Antwort lautete: „Sie werden von uns bedient, die Russen nicht.“ Daraufhin wechselte ich mit meinen Gästen in ein russisches Lokal. Die Leute in Brüssel und Berlin wissen sehr genau, daß russische Bürger in den baltischen Republiken diskriminiert werden. Doch bei Staaten, die der NATO oder der EU angehören, drückt man ein Auge zu.

**H. K., Rostock**

Herzlichen Dank für die tolle Zeitschrift „RotFuchs“, die ich auf dem UZ-Pressfest zufällig kennenge-

lernt habe. Jede Ausgabe ist spannend. Weiterhin viel Kraft und Energie!

Als langjähriger Sympathisant der PDL hatte ich die ständigen Debatten über den „Unrechtsstaat“ DDR und ähnliche Themen satt. So zog ich einen Schlußstrich und bin 2014 in die DKP eingetreten. Die DDR habe ich selbst nur kurz kennengelernt. Doch mein Lebenspartner ist dort geboren und aufgewachsen. Er hatte eine sehr glückliche und behütete Kindheit, möchte diese Zeit also niemals missen. Seine alleinerziehende Mutter mit vier Kindern lebte sorgenfrei.

Ich selbst war froh, daß es ein zweites, ein anderes Deutschland gab. Ich hätte mir deshalb eine reformierte DDR sehr gewünscht und ziehe den Hut vor den Errungenschaften dieses kleinen Landes, dessen steiniger Weg beschwerlich gewesen sein dürfte.

**Thomas Grundmann, Köln**

Seit dem Potsdamer Sommerfest der „Linken“ im September 2013 beziehe ich den „RotFuchs“. Zuvor erhielt ich ihn in unregelmäßigen Abständen von Freunden und Bekannten. Heute will ich Euch sagen, wie ich die Zeitschrift sehe: Ich bin begeistert. Es ist ein Blatt von hoher Aktualität, Qualität und Sachlichkeit. Inhaltlich dürfte der RF mit seinen Berichten und Kommentaren zu nationalen und internationalen Ereignissen wohl kaum zu übertreffen sein. Auch die Kultur kommt nicht zu kurz. Fazit: Eine Zeitschrift, die meine Frau und ich nicht mehr missen möchten.

**Klaus Kaiser, Potsdam**

27 000 Staatsangestellte, vor allem sächsische Lehrer, kämpften am 24. März gegen anhaltende Diskriminierung und für soziale Gerechtigkeit. Eigentlich traten sie gegen den Verrat am Hauptgesetz der internationalen Gewerkschaftsbewegung auf den Plan: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Dieses Gesetz wird sowohl von den Kapitalisten selbst als auch von den Behörden des kapitalistischen Staates flächendeckend gebrochen: Beamtung und Nichtbeamtung bei gleicher Tätigkeit führen in ein und derselben Schule zu völlig unterschiedlichen Gehaltseinstufungen. Jetzt war den von der Diskriminierung Betroffenen endlich der Geduldsfaden gerissen. Drücken wir den Langzeitbetroffenen die Daumen!

**Joachim Spitzner, Leipzig**

Das Rostocker Volkstheater soll den Bach runtergehen. Das durch seine hervorragenden Inszenierungen international bekanntgewordene Haus kann von der Kommune nicht länger über Wasser gehalten werden. Die DDR finanzierte es aus Mitteln, welche die volkseigenen Betriebe erwirtschafteten. Nach der „Wende“ kamen und gingen fünf Intendanten. Alle verzweifelten an der wirtschaftlichen Situation und verließen schnell wieder unsere Hansestadt. Der Jetzige sollte wegen kritischer Äußerungen zu Fall gebracht werden. Pläne aller Art für den Neubau an den verschiedensten Rostocker Standorten wurden diskutiert und danach verworfen. Nun soll das einst zu den führenden Theatern der DDR gerechnete Haus größtenteils aus der Stadtzone verschwinden. Ähnliches drohte einst auch dem DDR-Museumsneubau – der Kunsthalle. Sie wurde von „Kulturbeflissenen“ aus dem Westen geleitet, die den Ossis endlich mal „Kunstverständnis“ beibringen sollten. Doch die Lehrmeister scheiterten allesamt. Unsere Kunsthalle am Schwanenteich wurde durch den Einsatz eines Rostockers, der es verstand, Gleichgesinnte um sich zu scharen, gerettet.

Es ist eine Schande, wie unersetzliche Kultur- und Bildungseinrichtungen dem Profit zuliebe gnadenlos vernichtet werden.

Sage ich heute, das sei doch von den DDR-Bürgern 1989/90 so gewollt gewesen, antwortet mir fast jeder wie aus der Pistole geschossen: aber nicht von mir.

**Hans Jürgen Grebin, Rostock**



Wovon man in Washington träumt

Grafik: Klaus Parche

Am **9. Mai um 14 Uhr** spricht der DKP-Vorsitzende **Patrik Köbele** auf einer durch den Liedermacher Achim Bigus und die Musikgruppe der Volkssolidarität mit russischen Kindern kulturell umrahmten Veranstaltung der **RF-Regionalgruppe Rostock** zum

#### 70. Jahrestag der Befreiung

in der Gaststätte „Nordlicht“, Ratzeburger Straße 8 (Lichtenhagen).

Am **20. Mai um 19 Uhr** spricht der langjährige ADN-Korrespondent in Vietnam und Buchautor **Helmut Kapfenberger** auf einer Veranstaltung der **RF-Regionalgruppe Potsdam** im Jugendzentrum „Freiland“, Friedrich-Engels-Straße 22, über das Thema

#### Auf den Spuren der USA-Krieger

Am **21. Mai um 14 Uhr** spricht der Kenner der UdSSR und Rußlands **Bruno Mahlow**, Mitglied des Ältestenrates der Partei Die Linke, auf einer Veranstaltung der **RF-Regionalgruppe Magdeburg** in der Kühleweinstraße (Kulturraum am Ende der Sackgasse), über das Thema

#### Die Ukraine im Fadenkreuz der USA, der NATO und der EU

Für den **22. Mai um 16.30 Uhr** lädt die **RF-Regionalgruppe Berlin** zu einer Veranstaltung aus Anlaß des

#### 70. Jahrestages der Befreiung

in das Bürogebäude, Franz-Mehring-Platz 1 (ND), herzlich ein.

In Anwesenheit von **Prof. Dr. Moritz Mebel**, einst Offizier der Roten Armee, spricht der Botschaftsrat der Republik Belarus **Aleksei Zhanov**. Die Veranstaltung wird kulturell umrahmt.

## IMPRESSUM

Der im Februar 1998 gegründete „**RotFuchs**“ ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift.

#### Herausgeber:

„RotFuchs“-Förderverein e.V.

#### Chefredakteur:

Dr. Klaus Steiniger (V.i.S.d.P.)  
Rheinsteinststraße 10, 10318 Berlin  
Tel. 030/561 34 04  
Mail: rotfuchskessel@t-online.de  
(Redaktionsadresse)

**Sekretärin:** Karin Großmann

**Layout:** Rüdiger Serinek

**Herstellung:** Druckerei Bunter Hund

**Internet:** www.rotfuchs.net

#### Internet-Präsentation:

Sylvia Feldbinder

**Redaktionsschluß für die übernächste Ausgabe ist der 20. eines Monats.**

#### Autorenkreis:

Joachim Augustin  
Dr. Martin Baraki  
Konstantin Brandt  
Dr. Vera Butler (Melbourne)  
Prof. Dr. Götz Dieckmann  
Ralph Dobrawa  
Bernd Fischer  
Peter Franz  
Günter Freyer  
Prof. Dr. Georg Grasnick  
Ulrich Guhl  
Bernd Gutte  
Helmuth Hellge  
Eberhard Herr  
Erik Höhne  
Rico Jalowietzki  
Ralf Jungmann  
Christa Kożik  
Siegfried R. Krebs  
Marcel Kunzmann

#### Rudi Kurz

Dr. Kurt Laser  
Wolfgang Mäder  
Bruno Mahlow  
Dr. Bernhard Majorow  
Prof. Dr. Herbert Meißner  
Wolfgang Metzger  
Jobst-Heinrich Müller  
Horst Neumann  
Cornelia Noack  
Erhard Richter  
Prof. Dr. Horst Schneider  
Prof. Dr. Rolf Sieber  
Joachim Spitzner  
Gisela Steineckert  
Bruni Steiniger  
Dr.-Ing. Peter Tichauer  
Marianne Walz  
Johann Weber  
Prof. Dr. Zbigniew Wiktor (Wrocław)  
Edda Winkel

#### Künstlerische Mitarbeit:

Dieter Eckhardt, Günter Endlich, Heinz Herresbach, Klaus Parche, Heinrich Ruynat, Renatus Schulz, Gertrud Zucker

#### Versand und Vertrieb:

Karin Dockhorn, Postfach 02 12 19,  
10123 Berlin, Tel. 030/2 41 26 73  
WDockhorn@t-online.de  
oder Sonja Brendel  
Tel. 030/5 12 93 18  
Heiner Brendel, Gerald Umlauf,  
Hans Ludwig u. v. a. m.

**Finanzen:** Jürgen Thiele  
Prerower Platz 6, 13051 Berlin  
Tel. 030/981 56 74

#### Bitte die einheitliche neue Bankverbindung für das In- und Ausland beachten:

„RotFuchs“-Förderverein  
IBAN: DE18 1005 0000 2143 0314 00  
BIC: BELADEVXXX